

Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co. Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794. Für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitung Nr. 2. Nachtrag, Seite 110. — Sezugspreis: Vom 1. bis 15 März 1.10 Mark, Abholer 1.00 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gespaltene, 27 Millimeter breite Nonpareille kostet 20 Pfennig auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Bezirkskalender 20 Pfennig, die 6gespaltene 20 Millimeter breite Postkarte kostet 10 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. (Eine Goldmark = 100 Schilling geteilt durch 4.20.) Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckaufträge keine Gewähr. — Postfach Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 62.

Magdeburg, Donnerstag den 13. März 1924.

35. Jahrgang.

Mecklenburg in Rötten.

Am Sonntag waren drei Wochen vergangen, seit in Mecklenburg-Schwerin die Landtagswahlen stattgefunden haben und Deutschnationale und Völkische Sieg und Heil riefen. Seitdem ist es merklich still geworden, und im übrigen Reich wird man sich nicht wenig wundern, daß in Mecklenburg-Schwerin noch alles beim Alten ist. Von einer Ministerpräsidentenschaft des Herrn von Graefe ist auf der rechten nirgendwo mehr die Rede, das „marginalische“ Kabinett Stellung wachet noch wie vor seinem Untergang. Woran liegt es, daß die so laut verkündete Rechtsregierung ausbleibt?

Ein interessanter Briefwechsel zwischen den beiden Siegerparteien, den Völkischen und den Deutschnationalen, der Anfang März erfolgte, und jetzt der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde, gibt den Aufschluß. Danach haben sich die Deutschnationalen bald nach der Wahl an die Völkischen gewandt um gemeinsam eine Regierung zu bilden. Dazu wären mit den 19 Deutschnationalen und den 12 völkischen Mandaten gegenüber den 26 Sitzen der Linken (15 Sozialdemokraten, 9 Kommunisten, 2 Demokraten) bei 5 Volksparteilern und einem Wirtschaftsparteiler an sich Umstände gegeben. Aber am 2. März teilte der Fraktionsführer der Völkischen Maertens (Neuhof) dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschnationalen Dr. Kneibisch (Güstrow) mit, daß die völkische Fraktion, „getreu den Grundgedanken unserer Bewegung, nunmehr endgültig beschlossen hat, auf Grund des Wahlergebnisses an einem Kabinett teilzunehmen zu wollen“. Es sei „unabhängig vom Grundgedanken der miteinander verbündeten Deutschnationalen Freiheitspartei und der Nationalsozialisten, in keine Regierungscoalition einzutreten, sondern nur dann die Regierungsmacht selbst in die Hand zu nehmen, wenn damit für uns die volle Verantwortung verbunden ist“. Schließlich erklärten sich die Völkischen „bereit und gewillt, einem antimarginalischen Kabinett die verfassungsmäßige Basis im Landtag zu verschaffen“. Dafür stellten sie aber allerlei Bedingungen: Schutz der deutschnationalen Freiheitsbewegung; Eintreten für die Völkischen dem Reich gegenüber; Entfernung aller Fremdherrscher und Marxisten aus verantwortlichen Regierungsstellen; Schutz aller Beamten bei völkischer Beteiligung. Nur, aber nur in diesem Falle wollten die Völkischen eine Regierung der Deutschnationalen und der Volksparteiler unterstützen.

Darauf gingen die Deutschnationalen indes nicht ein. Sie hatten augenscheinlich Angst, zu sehr der Spielball des völkischen Radikalismus zu werden. Zweifellos hätten wir in diesem Falle in Mecklenburg-Schwerin eine ergötliche Parallele zu den Vorgängen in Sachsen und Thüringen erhalten, als in diesen beiden Ländern die Kommunisten aktiv an der Regierung sich beteiligten. Die Deutschnationalen erklärten, daß bei dieser Haltung der Deutschnationalen eine Regierungsbildung unmöglich sei, zumal bereits im Wahlkampf völkische Wahlagitatoren verkündeten, daß die völkische Partei ihrer Befensart und Aufgabe nach gar kein Interesse daran habe, einen gut arbeitenden Block für die Regierung zu schaffen. „Wir verkommen nicht die schwerwiegenden Folgen — so heißt es in dem deutschnationalen Antwortschreiben —, die das Unterbleiben einer Regierungsbildung für Mecklenburg-Schwerin mit sich bringt und haben deshalb auch die Möglichkeit erwoogen, ein Ministerium zu bilden, dessen Mitglieder nicht gerade als Vertrauensmänner einzelner politischer Parteien berufen werden. Wir haben aber niemand finden können, der bereit wäre. Denn auch die Nichtparteilichkeit tun den Völkischen nicht den Gefallen, den Herr Wulle müßig für Thüringen verkündet hat: „Statt in der Regierung unterzugehen, übt die Freiheitspartei die Polizeiaufsicht über die bürgerliche Regierung aus.“ Trotzdem der deutschnationale Fraktionsvorsitzende die Völkischen schließlich dadurch zu fördern suchte, daß er ihnen weitgehendes Entgegenkommen der Deutschnationalen zusicherte, wenn sie einen Vertrauensmann in das Ministerium entsenden und damit die Mitverantwortung für dessen Handlungen übernehmen, lehnte die deutschnationale Fraktion in einem neuen Schreiben nochmals endgültig jede Beteiligung an der Regierung ab. Unterstützung der Regierung sagten sie lediglich für den Fall zu, daß die Deutschnationalen „die in der Wahlpropaganda betonte völkische Gesinnung praktisch betätigen“.

Unter diesen Umständen weiß heute noch kein Mensch, wie eine neue Regierung zustande kommen soll. Die Völkischen denken in ihrer rein agitatorischen Einstellung gar nicht daran, die durch ihren „Sieg“ bedingte Verantwortung zu übernehmen. Alle Wähler, die deutschnational

haben ihr höchstes Staatsbürgerrecht veräußert. Sind dadurch schon für das kleine Vändchen Mecklenburg-Schwerin unhaltbare Zustände geschaffen, so kann man sich ausmalen, welches innerpolitische Drunter und Drüber mit seinen verhängnisvollen Wirkungen auf die Außenpolitik im Reich entstehen müßte, wenn die kommenden Reichstagswahlen auch nur ein ähnliches Stimmenergebnis haben sollten. Jede völkische Stimme, die in Mecklenburg-Schwerin abgegeben worden ist, erschwert die innere Ordnung; jede völkische Stimme, die bei der Reichstagswahl abgegeben wird, hemmt den wirtschaftlichen und staatlichen Wiederaufbau und bringt uns bei der reinen Negation dieser Rechtssozialisten innen- und außenpolitisch nicht vorwärts, sondern jähleudert das deutsche Volk nur wieder zurück. Mecklenburg-Schwerin sollte daher für jeden Reichstagswähler ein warnendes Beispiel sein.

Krisenluft in Weimar.

In Thüringen waren die Völkischen nicht so vorsichtig wie in Mecklenburg, und wenn sie auch nicht in die Regierung eintraten, so ist diese doch durch die völkische Unterstützung zustande gekommen. Eine Regierung unterstützen, bedeutet aber die Übernahme einer gewissen Verantwortung, die abzuwälzen die Völkischen in Thüringen sich sehr bemühen.

Genau Anknüpfung, dem Bürgerblock die Gefolgschaft aufzusagen, glauben sie nun gefunden zu haben. Präsident der Thüringischen Staatsbank ist der Jude Loeb, der überdies auch noch Sozialdemokrat ist. Gegen Loeb wurde eine systematische Hetze betrieben, deren Anfänge in die Zeit der Reichswehrerschaft fallen und deutlich in einem Eingriff der Reichswehr in die Geschäfte der Bank erkennbar wurden. Die bürgerliche Regierung fand es notwendig, dieser Hetze gegen den Leiter der Staatsbank entgegenzutreten und Loeb ausdrücklich ihres Vertrauens zu versichern. Die Völkischen sind barock hier aus dem Häuschen geraten! Eine Regierung, die von der Unterstützung der Völkischen lebt, wickelt einem Juden und Sozialdemokraten ihr Vertrauen aus! Aber über Weimar schwebt schon der völkische Kuchengel. Die völkische Fraktion droht mit dem Sturz der Regierung, falls die Nachricht von der Vertrauensklärung für Loeb richtig sein sollte.

Von heute auf morgen wird der Sturz nicht gelingen; denn der thüringische Landtag tritt erst am 8. April wieder zusammen. Aber trotz allem: die Bürgerblock-Regierung wackelt in Weimar weht Krisenluft.

Begnadigung — sonst Landesverrat.

Der bairische Landtagsabgeordnete Dr. Schäfer, der in der Nacht zum 9. November als Regierungsrat den Aufruf der bairischen Kumpfregierung gegen den „Kaiserlichen Ludendorff“ verfaßte und im Landtag zum föderalistischen Flügel der Bayerischen Volkspartei gehörte, ist jetzt mit einer sensationellen Enthüllung an die Öffentlichkeit getreten, nachdem das Volksgericht seiner Bitte auf Begnadigung nicht entsprochen hatte. Der Vorgang ist nach einem Münchner Telegramm des „A. L.“ folgender:

Die völkische Propaganda hatte den Hitler-Prozess durch die immer wiederholte Behauptung zu hinterziehen versucht, daß die Verteidigung in ihm Dinge zur Sprache bringen müßte, die das Land schädigen würden. Ein völkischer Abgesandter wandte sich unter Berufung auf einen Namen von besonderer Bedeutung an den Abgeordneten Schäfer, der jedoch die Möglichkeit, ein Hochverratsverfahren durch Vergleich zu erlebigen, zurückwies und den Vorsitzenden des Volksgerichts informierte.

Bei einer weiteren Besprechung mit dem Verteidiger Rechtsanwalt Semeter machte dieser alles Ernstes den Vorschlag, die Staatsregierung möge den Angeklagten volle Begnadigung nach dem Urteilsspruch zusichern; dann sei die Verteidigung bereit, den Prozeß so zu führen, daß das Vaterland nicht geschädigt werde. Wenigstens möge die Staatsregierung Schäfer eine persönliche Zusicherung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Matt erwirken, daß er für seine Person sich unter jeder Voraussetzung für die unbedingte Begnadigung der Angeklagten einsetzen werde.

Bei dieser Gelegenheit wurden dem Abgeordneten Schäfer auch die Beweisanträge der Angeklagten zur genaueren Kenntnisnahme vorgelegt. Herr Schäfer glaubte auffallenderweise, dieses ständische Angebot erst „beschaffen zu müssen“, ehe er in einem ablehnenden Schreiben den „nationalen“ Verteidiger daran erinnerte, daß eine bewußte Schädigung der vaterländischen Interessen Landesverrat und es die Aufgabe der

Verteidigung sei, freiwillig jede Schädigung des Vaterlandes zu vermeiden. Herr Schäfer hatte dem Vorsitzenden des Volksgerichts einen Durchschlag dieses Schreibens geschickt, was dieser Herrn Semeter sofort wissen ließ.

Herr Semeter sucht sich jetzt durch einen Brief herauszureden, auf den hin Abgeordneter Schäfer jetzt im „Bayerischen Kurier“ seine Beschuldigung wiederholt, daß die Verteidigung durch Semeter der bairischen Regierung die Schonung gewisser Staatsinteressen zugesichert habe, wenn als Gegengabe die Begnadigung aller Angeklagten fest zugesagt werde.

Das paßt ganz zu dem letzten Vorstoß eines der Verteidiger, der erklärte, wenn Rahr, Löffow und Seizer vernommen würden, gäbe es „Kampf bis zur letzten Patrone“. Die Gelder, die „das Vaterland erneuern“ wollten, haben augenscheinlich ein sehr schlechtes Gewissen.

Rahr auf der Zeugenbank.

Die angekündigte Vernehmung Rahr's füllte den Sitzungssaal in München bis auf den letzten Platz. Ohne die sonst übliche Verzögerung eröffnete der Vorsitzende kurz nach 9 Uhr die Verhandlung, und schon trat der mit Spannung erwartete einfrühe Generalstaatskommissar und jetzige Regierungspräsident von Oberbayern mit einem dicken Akt bewaffnet in den Saal, den er sofort auf das bereitgestellte Pult ausbreitete. Herr Herr v. Rahr kennt, weiß, daß er seine Reden in der Regel Satz für Satz monoton abliest, und darum war der Hinweis des Vorsitzenden, der Herr Zeuge dürfe nicht ablesen, wohl am Platz. Auf die Bemerkung, daß er wegen seiner äußeren Beteiligung an den Vorgängen im Bürgerblock nicht unbedeutend vernommen werde, erklärte Rahr: Ich werde, bezichtigt oder unbezichtigt, das sagen, was ich für wahr halte. Für mich handelt es sich nicht um meine Person, sondern um den Staat. Dann begann er mit der Schilderung der politischen und wirtschaftlichen Lage im Reich und in Bayern, die am 26. September 1923, als er zum Generalstaatskommissar ernannt wurde, für ihn gegeben war:

Der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung rief die Gefahr schwerer sozialer und politischer Unruhen herauf. Einseemann selbst hat das Kabinett der großen Koalition als

die letzte parlamentarische Möglichkeit

bezeichnet. Der im Falle des Verfalls eines Direktoriums folgen müßte. Dazu kam der Eintritt der Kommunisten in die Regierung in Sachsen und Thüringen. In Bayern glaubten die Kreise um Hitler unter Hinweis auf die Staatsautorität die Krise als eine reine Machfrage, hauptsächlich mit den Waffeng, lösen zu sollen. Angesichts dieser Zustände bestand in Bayern die Aufgabe, die Staatsordnung unbedingt zu sichern, alle Kräfte zusammenzuschließen und je nach Lage der Verhältnisse auch zur Wiederherstellung der Ordnung im Reich einzusetzen. Der tiefgehende politische und wirtschaftliche Zerfall zeigte weitest Volkstreu in katastrophale Aufregung und erfüllte alle Patrioten mit tiefer Sorge und dem Gedanken, daß nur eine Umgestaltung und eine neue Zusammenfassung der Kräfte der Regierungsgewalten im Reich noch einige Hoffnung auf Rettung bringen könnte. So erschien mir wie andern Politikern nach den

lehreichen Beispielen der Weltgeschichte

es als Notwendigkeit, zur Lösung der übermenschlichen Aufgabe im Reich ein überparteiliches Direktorium zu schaffen. Es war nicht an eine militärische Aktion gedacht, sondern an die Herbeiführung eines politischen Druckes. Diese Bestrebungen sind auch nicht hinter dem Rücken der bairischen Regierung erfolgt. Löffow und Seizer haben mir wiederholt schon zu Beginn des Monats September auf Grund ihrer Besprechungen mit Hitler von dem Gedanken Kenntnis gegeben, wonach nur eine in Bayern ausgearbeitete und mit Waffengewalt nach Norddeutschland vorgebrachte Diktatur Hitler-Ludendorff die Not im Reich heben könne. Mit einem solchen Vorgehen sollte die bairische Regierung unbeschäftigt bleiben, wenn sie nur den geplanten Vormarsch nicht hindere. Löffow, Seizer und ich haben von Anfang an und ohne Schwanken diesen Gedanken

als Katastrophe für Bayern und das Reich

bezeichnet. Die Aufgabe, den Vertretern dieser Idee deren Undurchführbarkeit und Schädlichkeit nachzubringen, übernahmen Löffow und Seizer, weil sie mit Hitler und Ludendorff in Beziehungen standen, während ich mit Hitler seit Anfang 1923 in keinerlei persönlicher Führung mehr stand. Meine Beziehungen zu Ludendorff waren vorübergehend und rein gesellschaftlicher Natur. Löffow, Seizer und ich waren uns klar, welche unheilvolle Folgen ein solcher bairischer Marsch nach Berlin für Bayern und für den Bestand des Reiches haben müßte. Es war uns bekannt, daß auch außerhalb Bayerns Teile der nationalen Kreise den Namen Ludendorff schon wegen der außenpolitischen Wirkung ablehnen und Hitler ganz bestimmt ablehnen würden. Der Vormarsch Hitlers müßte weiter zu einem zweiten Kriege 1866 führen und außerdem dazu, daß das einzige durch jahrelange mühselige Arbeit des Generals v. Seeck und seiner Offiziere aufgebaute Machtinstrument des Reiches,

die Reichswehr, zerstört würde,

mit dem Deutschland den Kommunismus niederhalten könnte. Diese absolut ablehnende Stellung unsererseits hatten wir wiederholt zur Kenntnis Hitlers gebracht, worauf er mir einmal durch Seizer mitteilen ließ, er stünde mir zunächst neutral gegenüber und werde nichts unternehmen, ohne mich vorher in Kenntnis zu setzen. Er wisse aber, daß ich im Namen der Kurie sei, daß mein Weg nach Paris gehe, der seine aber nach Berlin.

Zur Höhe ergab sich die Wahrscheinlichkeit, daß bairische Reichswehr durch das Reichswehrministerium in Sachsen und

Thüringen zur Verwendung kommt. Damit hängt die Frage zusammen, daß in solchen Fällen ein Zivilstaatskommissar dem militärischen Führer zur Seite gestellt wird. Am 6. Oktober fand auf Wunsch Boehners eine Unterredung zwischen mir und Boehner statt, die eine Unterredung im Jahre 1922 mit Boehner. Die Rede kam auf die radikale Entwicklung in Thüringen und Sachsen und auf die darin für Bayern liegende Gefahr. Ich sprach davon, daß ein Aufgebot bayrischer Reichswehr zur Wiederherstellung der Ordnung in Frage kommen könnte und daß hierbei ein General ein Zivilkommissar beigegeben werden müsse. Ich glaubte, daß das eine Aufgabe sei, die Boehner interessiere. Boehner erwiderte, er würde eventuell bereit sein, die Stelle eines Kommissars für Nordbayern mit späterer

Verwendung in Thüringen und Sachsen
zu übernehmen, aber nur bei Erteilung weitgehender Vollmachten. Für Bayern habe er kein Interesse; das sei ihm völlig gleichgültig, er interessiere sich nur für das große Deutschland. Seither teilte mir einige Tage später mit, er habe die in Frage kommenden Vollmachten Boehner zur Kenntnis gegeben, und dieser habe daraufhin erklärt, daß er sich für eine solche Aufgabe nicht zur Verfügung stelle.

Anfang November berichteten sich die Gerüchte, daß in vaterländischen Verbänden mit gewalttätigen Schritten gegen Thüringen und Sachsen gerechnet werde. Ich berief deshalb die Vertreter der Verbände am 6. November zu mir, um sie vor solchen Dingen zu warnen. Ich sprach davon, daß wir im Reich eine stark national gerichtete Regierung brauchen und daß diese entweder auf dem normalen Wege der parteipolitischen Entwicklung oder auf dem normalen Wege der Schaffung eines Direktoriums herbeigeführt werden könne durch einen Druck der Nachbarn im Reich, namentlich

der Landwirtschaft und Industrie.

Voraussetzung sei, daß sich die vaterländischen Verbände einigen und unterordnen. Jedem garantierten Vorgehen einzelner müßte ich entschieden entgegenstehen. Die bayrische Reichswehr und Landespolizei würde niemals einen militärischen Einsatz mitmachen. Der Zweck der Unterredung war, ein etwaiges Unternehmen vaterländischer Verbände gegen Sachsen und Thüringen zu verhindern. Am eine derartige Einmischung auf den Kampfband war ich in jener Zeit auch von Admiral Tirpitz erfuhr worden, der die Befürchtung ausgesprochen hatte, daß durch ein solches Vorgehen des Kampfbundes das große Ziel der nationalen deutschen Zukunft in letzter Stunde gefährdet werden könnte. Am eine militärische Aktion gegen Berlin und dergleichen war von Löffow, Seiger und mir niemals gedacht.

Am 7. November ließ mich Lubendorff durch Löffow um eine Unterredung bitten, die am 8. November, nachmittags 4 Uhr, in meinem Empfangszimmer in Gegenwart von Löffow und Seiger stattfand. Es wurde dabei von dem geplanten Direktorium gesprochen. Löffow und Seiger bemerkte, in Norddeutschland werde sich niemand finden, der sich zur Verfügung stelle. Er habe auch

Zählung mit Norddeutschland
genommen, aber die Sache sei sehr, weil die Lüneburger Inseln eingeschlagen hätten. Löffow erwiderte: „Was wollen denn die Leute, sie können sich doch nicht gegen die Reichswehr behaupten. Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, die Reichswehr gehöre ihrem Führer nicht.“ Die Unterredung ist dann ohne Ergebnis abgeschlossen worden.

Ruhrschiffbau kann die Vorbereitungen zur Bürgerbräufelder-Veranstaltung, die am 8. November, nachmittags 4 Uhr, in meinem Empfangszimmer stattfand, nicht ohne mein Zutun erfolgen. Am Bürgerbräufelder ließ Herr Giller gleich bei seinem ersten Einbringen die Bitteln auf mich gerichtet. Nach der ersten Ansprache Gillers habe ich zunächst das Gefühl des Jargismus und des Eifers über den Heberfall auf eine nationale Versammlung durch nationalisierende Männer. Ich sagte sofort zu dem neben mir stehenden Löffow: „Da hat uns die Polizei

in eine schone Sonette

geraten lassen, da müssen wir jetzt schauen, wie wir wieder herauskommen.“ Herr Giller hat das Wort komisch gespielt. Wir waren durch dieses Zusammenkommen auf unser gleiches Ziel völlig zusammen eingeleitet und völlig einig darüber, daß wir nur durch ein gemeinsames Wirksprechen die Freiheit der Bewegung erreichen können, die wir brauchen. — Herr Giller hat nunmehr in ausführlicher Hebererzählung mit der geistigen Auslage Löffows den weiteren Verlauf der Dinge im Saal und im Nebenraum.

Rechtsanwalt Gell unterrichtet ihn hier und bemerkt: Ich habe mitgehört und mich interessiert, aber das, was der Jung hat hier erzählt, das ist für mich mit dem übereinstimmend, was in dem Bericht Löffows wiedergelegt ist. — Herr Giller hat mich ebenfalls die wichtigsten Hebererzählungen ferngehalten. Ich habe den Jungen eben gemacht, nicht zuzuhören, habe aber von einer weiteren Abmahnung abgesehen, da ich bemerkte, daß im Nebenraum ziemlich viel vorgegangen war.

Sache führt dann fort: Im Nebenraum wurde immer wieder von neuem auf mich eingetradet. Schließlich sagte Löffow zu dem auch Seiger. Ich hat: mit meiner Erklärung zurück-

gehalten, da ich immer noch die stille Erwartung hatte, es würde die Polizei vielleicht doch noch Anstrengungen machen, uns zu befreien. Nachdem das nicht mehr zu erwarten war, gab ich nach längerem Drängen die Erklärung ab: „Ich bin bereit, die Leitung der Geschäfte Bayerns

als Statthalter der Monarchie
zu übernehmen.“ Ich wählte diesen Ausdruck, um eine möglichst neutrale und von der Aktion Gillers unabhängige Erklärung abzugeben, um Worte zu vermeiden, aus denen ein Mißverständnis mit dieser Aktion abgeleitet werden könnte. In eine Wiederherstellung der Monarchie habe ich natürlich nicht gedacht. Ich hatte nur den einen Gedanken, aus dieser mir unwillkürlichen Situation herauszukommen. Bei der Vernehmung der Angeklagten war auch die Rede davon, ich hätte gesagt, man hätte abwarten sollen, 14 Tage später wäre das gleiche gekommen. Davon kann keine Rede sein. Das ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß ich wohl bei der Besprechung über die Errichtung des Direktoriums sagte, die Entwicklung in Norddeutschland lasse Günstiges erwarten. Das tat ich auf Grund einer Mitteilung von Admiral Tirpitz,



Dr. von Kahr.

Bei der Vernehmung der Angeklagten war auch die Rede davon, ich hätte mit Löffow und Seiger am 12. November losgeschlagen wollen. Diese Behauptung ist aus der Luft gegriffen. Nachdem wir im Bürgerbräufelder die Erklärungen abgegeben hatten, irredete uns Giller die Hände an, die wir selbstverständlich nicht ausstrecken konnten.

Als ich nach der Bürgerbräufelder-Versammlung ins Generalstaatskommissariat kam, etwa um 11 Uhr, traf ich dort den Baron v. Freyberg, dem ich sagte, Löffow, Seiger und ich seien eingeschlossen.

die Sache nicht mitzumachen.

Gegen 11 Uhr ließ mich Minister Rath an. Ich schilderte ihm kurz die Vorgänge und sagte mit besonderer Betonung: Am 12. November kann ich hierüber nicht weiter sprechen. Inzwischen hatten sich Boehner und Giller in meiner Wohnung eingefunden. Boehner meinte, ich solle einen Antrag erlassen. Da zeigte ich ihm einen Papierzettel, auf den ich schon vorher in Gegenwart Freybergs geschrieben hatte, daß ich die Leitung der Staatsgewalt in Händen habe. Ich teilte bei dieser Besprechung Boehner auch mit, daß der Name Lubendorff in norddeutschen nationalen Kreisen zum Teil und Giller als Direktor bestimmt abgelehnt werde. Die beiden Herren haben sich dann entfernt.

Wir begaben uns darauf in die Kaserne J. 10, wo ich Löffow mit seinem Stabe traf. Wir haben bei unserer Bewegung gar kein Wort darüber verloren, daß wir die Aktion Giller nicht mitmachen wollten, weil das

für uns ganz selbstverständlich

war. Unsere Gedanken waren nur darauf gerichtet, wie wir die Situation für den Staat retten und Verhärtnungen herabbringen könnten. Unsere Position in der Kaserne war militärisch geschützt, eine äußere Präsenz, und wir mußten darauf achten, daß aus der Kaserne nichts herausdrang.

Rath berührte dann den bekannten Aufbruch und teilte mit, daß Baron Freyberg benachrichtigt wurde, mit dem Ministerium Rücksprache zu nehmen. Freyberg habe zurück mit der Mitteilung, daß Rath und Krausnick für nach Regensburg begeben hätten. Am Morgen gegen 5 Uhr wurde mir mitgeteilt, daß Lubendorff und Giller durch den Oberst Leopold davon benachrichtigt worden waren, daß Rath, Löffow und Seiger die Aktion nicht mitmachen. Der Auftrag des Ministers trafen dann die Verfügungen ein und mit der Vernehmung wurde General Danner beauftragt.

Gegenüber immer noch umlaufenden Gerüchten, als ob ich durch Kardinal Faulhaber oder durch den Kronprinzen oder durch eine Partei im Laufe der Nacht umgestimmt oder beeinflusst worden sei, erkläre ich hier: An all diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Der Kronprinz weilte in Berchtesgaden,

mit Kardinal Faulhaber
hatte ich nur eine einzige Begegnung im Jahre 1923, als er mir bei meinem Antritt als Generalstaatskommissar für mein schmerzliches Amt Gottes reichsten Segen wünschte. Zwoendeckel direkte oder indirekte politische Beziehungen bestanden zwischen dem Generalstaatskommissariat und dem Kardinal Faulhaber nicht. Im übrigen pflege ich meine Entscheidungen selbst zu fällen. Das politische Spiel, das ich am 8. November spielen mußte, war aus dem Gedanken herbeigekommen: Das Volkswohl ist oberstes Gesetz. Es war mir innerlich ein Grausen. Für mich persönlich ist an jenem Abend viel an Hoffnung und Vertrauen, das ich im Herzen trug, zusammengebrochen.

Boehner kam bei seinen Ausführungen auch auf die rein innerpolitischen Vorgänge im Jahre 1920, 1921 und 1922 zu sprechen. Die Vorgänge, die er dabei im Auge hatte, sind alle Gegenstand eingehender ministerieller Erhebungen gewesen und, wenn ich nicht irre, zurzeit auch Gegenstand eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens. Jetzt darauf einzugehen, dazu bin ich nicht berechtigt, aber ich nehme jetzt schon für mich in Anspruch, daß ich durch mein Verhalten in jenen Jahren dazu beigetragen habe, den Staat vor manchen Erschütterungen zu bewahren.

Heute stehen sich hier vor dem Tribunal Männer wie Feinde gegenüber, die doch in dem großen nationalen Grundgedanken dieselben Empfindungen hatten, deren tragisches Schicksal es aber war, daß sie über den einzuschlagenden Weg gegenseitig in schärfsten Konflikt geraten sind und geraten mußten, weil einige

an die Spitze der Staatsgewalt gestellte Männer

die Pflicht hatten, das zu verhindern, was dem Staat und dem Reich zum Unheil und zum Unglück werden mußte. Den Herren gegen die sich die Anklage richtet, ist es darum zu tun, auf die gerade Linie der Novembervorgänge 1923 zurückzugreifen und ihre Gegner im politischen Spiele der Novemberlage auch aus ihrer früheren nationalen Tätigkeit heraus zu verdächtigen. So wird jede nationale Arbeit fortgeschlagen; denn keiner kann mehr dem andern trauen und vertrauen, und in solcher Atmosphäre verdirbt das Mark des Staates. Dem Vorteil aber hat die Internationalität, die es im Gegensatz zu den nationalen Kreisen versteht, in ihren Reihen die Disziplin der Einstellung auf das große politische Ziel streng zu wahren.

Nach einer kurzen Pause ergeht auf Antrag der Staatsanwaltschaft, dem sich die Verteidigung anschließt, Gerichtsbeschluss dahin, für die weitere Vernehmung des Zeugen Kahr die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

In der Nachmittagsung begann die von der Verteidigung angekündigte und mit Spannung erwartete

Fragestellung an den Zeugen Kahr.

M. A. Koder: Sie haben bei Ihrer Vernehmung ein mit Majorschiff gezeichnetes Exemplar vor sich liegen gehabt. Sind weitere Abdrücke davon gefertigt und verteilt worden? —

Kahr: Ich habe einen Abdruck an Löffow und Seiger zur Kenntnis gegeben, um mich zu kontrollieren, ob alles, was ich hier gesagt habe, mit der Wirklichkeit übereinstimmt. — Koder: Haben Sie seinerzeit, als die Aussagen vor dem Staatsanwalt gemacht wurden, diese Aussagen zusammen mit Löffow und Seiger gemacht? — Kahr: Nein! — Koder: Es sind verschiedene Sätze in den Aussagen gleichlautend, das kann doch nicht Zufall sein? —

Wortj.: Es kommt nicht darauf an, was im Vorbereitungsgemacht wurde, sondern was in der Verhandlung gemacht wird. — Koder: Ministerpräsident Knilling hat als Begründung für die Entziehung des Generalstaatskommissariats eine Behauptung aufgestellt, die uns Wirkliche eigentlich schon vor der Gründung dieses Amtes des Hofrats bezichtigt. Wann ist zum

erstenmal die Bildung des Generalstaatskommissariats ins Auge gefasst worden? — Kahr: Das ist schwer zu sagen, ich glaube Anfang September. — Giller: Warum ist diese Frage damals aufgeworfen worden? — Kahr: Aus der ganzen Entwicklung der Zeitverhältnisse heraus. — Giller: Wann haben Sie zum

erstenmal den Antrag erhalten, sich zur Verfügung zu stellen? — Kahr: Das war am 26. September spät nachmittags. — Giller: Ist diese Anordnung vom Ministerialrat ausgegangen oder von Persönlichkeiten, die später Beamte im Generalstaatskommissariat waren? — Kahr: Darüber kann ich keine Auskunft geben. — Giller: War der Grund dazu zu suchen, daß von uns 14 Ver-

sammlungen angeführt waren,

um einen Putsch zu machen? —

Koder: Das kann ich nicht sagen. — Giller: Wurde diese Behauptung von den 14 Versammlungen von Knilling bei der Begründung der Notwendigkeit dieses Amtes aufgestellt? — Kahr: Heber die Vorgänge im Ministerialrat kann ich hier nicht sprechen. — Giller: Wäre es nun, gefehlt den Fall, daß diese Begründung zuträfe, nicht Pflicht des Generalstaatskommissars

Kleines Feuilleton.

Norma.

In der Besprechungsabteilung durch die Juranden, las man: Die Wiederentdeckung in den Archiven von „Norma“. Das Werk ist in der Gestaltung und Durcharbeitung eine solche Rolle der alten Opernkomponisten, Gestaltung und Willen über uns in das Gebiet der nachgelassenen Zeit gerückt, als sich die Männer dieses Landes bewußt haben. Neben der Wiederentdeckung der Rolle Götter und Götter für die Bühne ist es Pflicht, die Rollen dieser Komponisten gleich zu stellen und ihnen eine würdige Aufnahme zu verschaffen.

Die Juranden weisen zunächst auf den einen eigenständigen Charakter hin. Die Rolle ist gewissermaßen eine alte, bekannte, aber doch in der Gestaltung, in der Darstellung, in der Aufführung und in der Auffassung eine neue, die die Rolle der alten Opernkomponisten, Gestaltung und Willen über uns in das Gebiet der nachgelassenen Zeit gerückt, als sich die Männer dieses Landes bewußt haben. Neben der Wiederentdeckung der Rolle Götter und Götter für die Bühne ist es Pflicht, die Rollen dieser Komponisten gleich zu stellen und ihnen eine würdige Aufnahme zu verschaffen.

beständigen, beruflichen bei Beginn der Spielzeit eine große Aufgabe, die zur Ausführung gelangen soll, und das ist alles! Die Daten bleiben aus. Es kann ein Beispiel dafür anführen, daß jeder kleinere Theater ihren Publikum mehr bieten, als wir in der Lage zu sein bekommen. Die Kalliope in Hamburg, die neben dem dortigen großen Stadttheater einen anderen Stand hat, hat sich wiederum vorbildlich in guten und schlechten Zeiten. Wenn man in Betracht zieht, daß diese Kalliope nur die Hälfte des Jahresvertrags besitzt wie unser Stadttheater und man sieht das reichhaltige Programm, dann kann man nicht mehr im Zweifel sein, wo die Schuld zu suchen ist, nämlich bei der Theaterleitung! Und noch etwas ist uns der Herr Juranden Mitteilung geblieben: Die Gunguisierung guter Götter. Bei dem vorgenannten Theater gastierten in der letzten Spielzeit die ersten Götter der deutschen Opernwelt: Lino Patinero, Giovanni Solimanis, Richard Tauber, Robert Fug und viele andere. Das ist ein Programm, die Aufmerksamkeit, die man hier nicht zu lassen verstanden hat, ist dort anzusetzen. Die Verpflichtung anständiger, beruflicher Götter ist eine Notwendigkeit erstens zur Aufrechterhaltung der einheitlichen Kultur und dann zur Wehrdigung des Kunstbegriffes, der man einmal bei uns Menschen sein Leben lang verbunden ist.

Herr Bogeler führt aber von dem Grundsatze auszugehen, daß man niemand in seine Maßnahmen drängen darf. An und für sich würde man ja diesen Standpunkt verstehen. Wie aber, wenn die Juranden an einem öffentlichen Auftritt, wie oben angedeutet, sehr im Auge liegen, hat dann das Publikum — als Zuschauer — genommen — immer noch sein Recht, gehört zu werden?

Theater-Angebote.

In einem neuen Heft „Theater-Angebote“ von Dr. E. M. Kronfeld, das im Theaterverlag in Wien erschienen ist, hat man:

In dem jüngsten Hefchen „Theater-Angebote“ von Dr. E. M. Kronfeld, das im Theaterverlag in Wien erschienen ist, hat man:

In dem jüngsten Hefchen „Theater-Angebote“ von Dr. E. M. Kronfeld, das im Theaterverlag in Wien erschienen ist, hat man:

bestimmten Willkürdars zu zeigen. In dem äppig ausgestatteten Salon, in den er geführt wurde, fand der berühmte Sänger zu seiner Heberzählung nur den Herrn des Hauses und ein kleines Häufchen. Vor diesem „Publikum“ begann Caruso eine seiner schönsten Arien aufzuführen; der Mund unterbrach ihn aber schon nach den ersten Tönen durch ein wütendes Geschliff, und der Mikrophon erlosch schon nach seinem Platz und jagte gemächlich: „Ich danke Ihnen auferstmal! Sie können jetzt aufhören und gehen; ich wollte nur sehen, ob Doby auch heulen würde, wenn Sie jagen.“

Als Kainz im Theater am Hollendorfpark in der Rolle des Repertoisierte, war — so erzählte Jura Strunz — ich die „Stimme von oben“ und entgegnete dem Gast auf das: „Sie ist gerichtet“ — „Ist gerichtet“. Joseph Kainz kam vor dem Verlassen der Bühne an mir vorbei und bemerkte in bester Laune: „Grüßeln, es tut mir wirklich leid, daß Sie einen ganzen Abend opfern mußten — bloß um mir zu widersprechen.“

Als Bogler im Münchner Hoftheater auf hohen Kolonnen als Jurandant und Schaupielers wandelte, wurde ihm einmal auf der Probe eine junge Schauspielerin vorgeführt. Die achtzehnjährige fand vor ihm, der auch im Leben den Olympier spielte, kann eine Anrede und flammte nur: „Meister — Meister!“ Das merkte selbst Bogler, beugte sich zu ihr nieder und sprach: „O meine liebe Weise, sprechen Sie doch zu mir ganz einfach und schädel wie Mensch zu Mensch — und nennen Sie mich nur: „Herr Generalintendant Erzellenz Professor Doktor Ernst von Bogler.“

Eine Kulturkunde. Die vom Berliner Republikanismen Jugendbund für Sonntag mittags anlässlich der Verurteilung des Reichstages George Grosz wegen seiner Rappe „Ecce homo“ einberufene Versammlung mit dem Thema „Kampf gegen die Kunst — oder — Wille zur Kultur“ gestaltete sich über den anlagegebenden Einzelfall hinauswachsend, zu einer bedeutenden Kundgebung gegen die in letzter Zeit immer häufiger werdenden Heberzählung der Kunst. Fritz Körner las Satiren von Heberzählung, darunter „Reaktion“, in dem der Herr „Kultur“, „Kultur“, über alles!“ vorfuhr. Als Heber traten auf Alfred Koller, der von der Reaktion seit der „Ankündigung, irriterende Revolution genannt“ sprach und den Dresdener Putschmann-Skandal beleuchtete, Franz Trobel, der auf das beschlagene Werk von George Grosz „Ecce homo“ hinwies, Arthur Politz, der vor der Gefährdung der proletarischen Bildungsbestrebungen durch die geplante Wiedererrichtung des Heberzählung warnte, Julius Bab mit historischen Ausführungen über Theaterlandale und ihre Berechtigung, und der Verfasser von George Grosz, Wieland Herzfelde, der den Kampf gegen die Kunst als „Kampf gegen das Kolonialregiment“ bezeichnete.

getroffen, und in den nächsten Tagen sofort beschaffen zu lassen? — **Borj.**: Das ist keine Zeugenfrage. — **Roder.**: Welche Befugnisse hatte der Zeuge als Generalstaatskommissar? — **Rahr.**: Ich kann darüber nichts auslagen. — **Roder.**: Die Anklage sagt, die Angeklagten hätten die Verfassung mit Gewalt geändert. Nun war aber nichts da, gegen das die Gewalt sich wenden können, nachdem die Gewalt mit den Angeklagten ging, wie diese auf Grund ehrenwürdiger Zusicherungen annehmen mußten. Es ist daher notwendig, zu wissen,

welche Machtvolle Rahr befaß.

— **Rohl.**: Es ist Aufschluß darüber notwendig, ob die öffentliche Erklärung über die Bildung des Generalstaatskommissars die Machtbefugnisse dieses Amtes in sich schließt, oder ob noch darüber hinaus Befugnisse erteilt worden sind. Zeugen behaupten, daß die gesamte Gewalt Bayerns vereinigt war damals, als Rahr mit Hitler auf der Tribüne im Bürgerbräukeller stand.

Das Gericht erläßt Beschluß dahin, daß diese Fragen nicht zugelassen werden.

Roder.: Mit dem Zeugen der Volkzug nur von Landesgesetz oder auch Reichsgesetzen übertragen worden? — **Rahr.**: Was mit der vollziehenden Gewalt in Bayern im Zusammenhang stand, wurde mir übergeben. — **Roder.**: Warum hielten Sie sich für berechtigt Ehrhardt und Heiß nicht zu verhaften, nachdem doch Befehl des Oberreichsanwalts vorlag? — **Borj.**: Die Frage liegt auf dem gleichen Gebiet wie die vorher nicht zugelassene. — **Rohl.**: Diese Fragen sind für uns aber deshalb von Bedeutung, weil damit ein wesentlicher Teil der

Nachverhältnisse in Bayern zerklüftet

wurde, nämlich die Justizhoheit. Im Falle Rahr hat Baron Kluffe Rahr im Auftrag Rahr mitgeteilt, der Haftbefehl werde nicht vollzogen. Ehrhardt kam im Auto von Diefenreich, wurde von Rahr begrüßt und erhielt ebenfalls von Kluffe einen Ausweis, daß er dableiben dürfe. Heiß hat in Augsburg davon gesprochen, der Saufall in Berlin werde mit bairischen Kräften ausgeräumt, als dieser Haftbefehl des Oberreichsanwalts nicht vollzogen wurde.

R.A. Rohl weist darauf hin, daß die Rechte des Generalstaatskommissars in einer Erklärung des Gesamtministeriums umrissen wurden. Die Angeklagten behaupten, Rahr sei über diese Rechte hinausgegangen, so daß von der Reichsverfassung in Bayern nichts mehr übriggeblieben ist. — **Rohl.**: Wenn Rahr den Volkzug des Haftbefehls aus eigener Machtvollkommenheit tätigt hat, dann ist das für die Verteidigung ein Beweisstück, daß er sich über die Verfassung hinaus

selbständig zum Diktator gemacht

hat; dann ist ein Hochverrat in der Richtung gegen Bayern gar nicht mehr denkbar, weil die gesamte vollziehende Gewalt in dieser einen Person Rahr, die die Reichsverfassung annulliert hat, vereinigt war. — **Roder.**: Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen hielt sich Rahr für befugt, die Absetzung Lojows zu verhindern und die bayerische Reichswehr auf Bayern zu verpflichten? Hatte Rahr nicht nur die vollziehende, sondern auch die gesetzgebende Gewalt bekommen? Wenn nein, wie rechtfertigt er dann verschiedene seiner Verwaltungsmaßnahme? — **Rohl.**: Ich beantrage, an Rahr folgende Fragen zu stellen: Wer hat angeordnet, daß das Reichsbankgold, das von der Bayerischen Staatsbank in Nürnberg nach Berlin übergeführt werden sollte, beschlagnahmt wurde? Wer hat angeordnet, daß die Steuererträge des bayerischen Staates bis auf weiteres

nicht an die Reichsfinanzkasse abgeführt

werden? War Rahr entschlossen, den Zutritt zum Landtag zu verhindern und nötigenfalls das Ministerium abzusetzen? — **R.A. Rahr.**: Inwiefern hat Rahr gegenüber Reichsbehörden Befehlsgewalt in Anspruch genommen? — **Roder.**: Es sind Offiziere vom Reichswehrministerium entlassen und verhaftet worden. Diese Befehle des Reichswehrministers wurden ja obdient. Hat sich also die Machtvollkommenheit Rahr auch auf das Reichsheer erstreckt? Wir wollen wissen, aus welchem Grunde das geschah, ob diese Gründe in der gleichen Richtung liegen wie die, um deren Willen die Angeklagten jetzt hier sind. Wir von der Verteidigung vermuten, daß diese Gründe sich decken mit der Zielrichtung, die die Angeklagten zu ihrem Hochverrat veranlaßt hat. — **Schramm.**: Die Fragen, wo die Grenze der Kompetenz Rahr lag oder wie weit er sie überschritten hat, führen zum eigentlichen Kernpunkte des ganzen Prozesses, nämlich zu seiner rechtlichen Seite. Denn wenn der Besitzer der bayerischen Macht sich

über die Reichsverfassung hinwegsetzt

hat, so konnte sich bei den Angeklagten die Ansicht festsetzen, daß Reichsgewalt und Reichsverfassung überhaupt nicht mehr existieren.

Nach längerer Beratung verkündet das Gericht den Beschluß: Die von den Verteidigern gestellten Fragen werden abgelehnt.

Roder.: Am 10. November erklärte der Zeuge im Gegenjah zu einem Anschlag des Ministers Ratt: Ich muß darauf bestehen, daß die gesamte Macht Bayerns in meinen Händen ist und daß Anordnungen nur von mir ausgehen dürfen. Wie kamen Sie dazu gegenüber dem Ministerium? — **Rahr.**: Ich kann über Besprechungen mit Ministern nichts auslagen. — **Roder.**: Sie waren ja damals mit Ratt gar nicht zusammen. Der war in Regensburg. Es handelt sich gar nicht um eine Besprechung. Sind Sie nicht davon ausgegangen, daß Sie der Diktator sind, der allein zu befehlen hat? — **Rahr.**: Ich war damals tatsächlich der

Inhaber der gesamten Gewalt.

— **Borj.**: Sie wollen damit sagen, daß das Gesamtministerium ausgeschaltet war? — **Rahr.**: Das Gesamtministerium war nur ein Puppentheater. — **Roder.**: Warum haben Sie von 10 bis 3 Uhr in der Reichsstadt es nicht für notwendig gehalten, die Minister zu verhaften? — **Rahr.**: Ich hatte andere zu tun. — **Borj.**: Wann haben Sie Führung mit Ratt genommen? — **Rahr.**: Nachts gegen 12 Uhr. — **Schramm.**: Ratt ist aber damals auf eine fahrlässige Weise getötet worden. Er soll deshalb einem General gegenüber gedauert haben, er werde die Reichswehr außerhalb Münchens im Interesse der alten Regierung gegen die neue Rahrregierung aufstellen.

Auf eine Frage **Rohl**s über das Bestehen eines Regimenterplans, der automatisch bei jedem Rutsch in Richtung tritt, verweigert Rahr die Auskunft, worauf **Rohl** feststellt, daß ein solcher Plan existiert. — **Rohl.**: Wenn man den Grundriss aufstellt,

daß Reichsrecht Landesrecht bricht,

so war doch damals der bayerische Ausnahmezustand erledigt? — **Rahr.**: Das sind rechtliche Auffassungen, die Sache der Staatsregierung sind. (Mruhe und Gelächter im Zuschauerraum.) — **Rohl.**: Was bestand für ein Unterschied zwischen dem Vormarsch auf Berlin und dem Druck auf Berlin? — **Rahr.**: Der Vormarsch ist ein militärisches Unternehmen, der Druck eine rein politische Aktion. — **Rohl.**: Kann auf Grund des Artikels 48 die Reichsverfassung selbst außer Kraft gesetzt werden? — **Rahr.**: Das kann möglich sein, ist aber eine reine Rechtsfrage. — **Rohl.**: Wie haben die Herren den Druck auf Berlin gemeint? Sind das Leute, die auf Grund ihrer Verurteilung nach der Verfassung das Recht dazu haben? — **Rahr.**: Das sind die Kreise und Kräfte, die bei den großen politischen Fragen das entscheidende Wort führen, Industrie und Landwirtschaft. — **Rohl.**: Meine Frage zielt darauf ab, daß die Sache mit dem Direktorium nichts anderes war als ein trockener Hochverrat. — **Rahr.**: Strefemann hat damals selbst erklärt, daß sein Ministerium das letzte parlamentarische Kabinett sei. Den Befehl zum Loslösen hat's nicht ich zu geben, ich hatte lediglich eingzugreifen mit Ergänzungsmaßnahmen. — Nach einer Reihe weiterer Fragen wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Wann wird gewählt?

Die Reichsregierung hat sich wieder einmal entschlossen. Einmal hat sie sich entschlossen, ihren Entschluß, am Donnerstag den Reichstag aufzulösen, nicht unbedingt durchzuführen. Sie hat sich aber entschlossen, am Freitag den Reichstag nach Hause zu schicken.

Ganz und gar umgeschritten sind die Entschlüsse über den Anlaß zur Auflösung. Auf eine Abstimmung wollen es die Parteien der Regierung nicht mehr ankommen lassen; sie müßten sonst zumindest für jene sozialdemokratischen Anträge stimmen, die von ihnen selbst ausgingen, sie müßten ihre eignen Anträge niedersinken, sie müßten riskieren, daß Abgeordnete wie der Volksparteiler Dr. Düringer mit den Sozialdemokraten gehen. Also eine höchst peinliche Geschichte. Na, der Reichskanzler will es billiger tun, er will den Reichstag auflösen, weil ihm die ganze Richtung nicht paßt. Er soll nämlich die Absicht haben, den Reichstag nach Abschluß der allgemeinen Beratung der Anträge aufzulösen, und zwar mit der Begründung, die Gesamthaltung des Reichstag erscheine der Regierung untragbar.

Wir hoffen, daß es auch in den bürgerlichen Parteien noch Leute gibt, die der Regierung die Gefährlichkeit einer solchen „Begründung“ im Hinblick auf zukünftige Fälle klarmachen.

Kopfzerbrechen macht immer noch der Wahltermin. Das Zentrum gefüllt der 11. Mai nicht, keine Fraktion brüht über einen Antrag, der die Wahlen auf einen Wochentag vor Ostern festgesetzt wissen will. Den Lohnausfall der Arbeiter und Angestellten sollen die Unternehmer tragen. Dazu müßte man aber die Verfassung geändert werden, die Wahlen an einem Sonntag vorschreibt. Wir warnen vor der leichtfertigen Murkerei an der Verfassung! Wir lehnen Wahlen am Wochentag ganz entschieden ab.

Der Ministerrat hat die Dispositionen für den Rest der Tagung so getroffen, daß am Donnerstag oder Freitag die Auflösung des Reichstages erfolgen kann. Am Mittwoch werden das Postfinanzgesetz, das Gesetz über die Ausprägung von Silbermünzen und der deutschnationale Antrag wegen der Wahl des Reichspräsidenten, und am Donnerstag das Gesetz über die Golddiskontobank erledigt werden. Der Sparauschluß des Reichstags, der die Beschlüsse der Beamten über den Personalaufbau zu prüfen hat, soll als ein Ausschluß bei der Regierung fortbestehen. Ueber eine Verlängerung der Gültigkeit der Freifahrkarten der Abgeordneten bis zur Neuwahl soll noch mit dem Reichsrat verhandelt werden.

Ferner ist vorgeesehen, aber noch nicht bestimmt beschlossen worden, daß die Wahltagung während der Karwoche ruhen soll, in dieser Woche also keine Versammlungen abgehalten werden sollen.

Am das Schicksal des Memellandes.

Vor dem Völkerbundsrat, der in Genf zusammengetreten ist, wird über das Schicksal des Memellandes beraten. Den Beratungen liegt ein Entwurf zugrunde, der vom Memellandaustritt des Völkerbundes ausgeht.

Nach dem Entwurf wird das Memelland unter die Souveränität Litauens gestellt. Das Eigentum des Deutschen Reiches im Memelland geht an Litauen über. Der Präsident Litauens bestellst einen Gouverneur für das Memelland, dessen Einwohner eine Kammer wählen, welche die gesetzgebende Macht ausübt. Die Exekutivgewalt wird einem Direktorium von fünf Köpfen übertragen, die Bürger des Memellandes sein müssen.

Die deutsche und litauische Sprache werden als gleichberechtigt erklärt, bis zum Jahre 1930 können im Memelland Lehrer mit deutscher Staatsangehörigkeit angestellt werden. Die Verwaltung des Hafens von Memel soll durch drei Männer ausgeübt werden, davon einer von Litauen, der zweite durch das Direktorium und der dritte vom Völkerbund ernannt werden soll.

Die Verhandlungen des Völkerbundes über das Memelland beweisen erneut, wie sehr Deutschland daran gelegen sein muß, als gleichberechtigtes Mitglied mitberaten und mitentscheiden zu können.

Saargebiet und Völkerbund.

Der Völkerbundsrat in Genf kam am Dienstag auf das Saargebiet zu sprechen, und zwar gelegentlich des Antrags, die Stärke der Gendarmerie zu erhöhen. Lord Rammor sagte im Auftrag der englischen Arbeiterregierung, die Verstärkung der Gendarmerie sei notwendig, um die Zurückziehung der französischen Truppen zu ermöglichen.

Der schwedische Vertreter, der Sozialdemokrat Branting, erklärte, es sei notwendig, irgendeine Form zu finden, die es ermöglichte, daß die saarländische Bevölkerung zu Worte komme. Der französische Vertreter fügte daraus einen Vorwurf und antwortete in gereiztem Ton. Er konnte aber die Annahme eines Antrags Lord Rammors Branting nicht verhindern, der die Zurückziehung der französischen Truppen noch in diesem Jahre fordert.

Deutschnationale Bekenntnisse.

Am Donnerstag spricht in Magdeburg der deutschnationale Abgeordnete Lambach. Er wird gewiß nicht verjammern, auf die „Marzisten“ loszuschlagen, den „Dolchstoß der Heimat“ für den Verlust des Krieges verantwortlich zu machen. Wir wollen dem Abgeordneten Lambach zu Hilfe kommen und ihm an Hand einer Sammlung von Briefen aus dem Felde beweisen, wie 1915/16 schon die Front zermürbt wurde. Lambach müßte die Sammlung eigenhändig fernern. Sie ist nämlich ein Teil

einer Denkschrift, die der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, deren Führer Lambach ist, im zweiten Kriegsjahr an die verantwortlichen Stellen der Reichsregierung sandte. Es waren Briefe deutschnationaler Handlungsgehilfen, die als Soldaten an der Front waren und ihrem Herzen Luft machten.

Da wird in Feldbriefen gegenübergestellt, daß ein Wehrmann mit acht Kindern bei schwerstem Dienst und mangelhafter Ernährung eine monatliche Löhnung von 15,90 hat, ein junger Leutnant dagegen mit wehrdienst, ohne bürgerlichen Beruf, der noch nie einen Pfennig verdient hat, ein Monatsgehalt von 320 Mark, „oder so etwas“ erhält. „Der Jüngling schickte in wenigen Monaten 1800 Mark Ersparnis nach Hause. Er bekommt das Eisene Kreuz und fragt selbst dafür.“ Ein anderer Deutschnationaler rühmt, „daß die größten Idealisten doch die früheren Vaterlandslose, Gefellen und ähnliches Geistes sind“.

Die machen den Krieg umsonst, denn die 58 Pfg. kann man nicht als eine Entlohnung ansehen. Sie schauen, machen Patrouillen, gehen auf Vordposten, bemachen den Kompanieführer, kurz, sie drehen den Kram. Die Herren Offiziere, die das Geld massenhaft in den Taschen geworfen kriegen, die haben in den dicken Unterkleiden und lassen sich's gut gehen.

Ein anderer Deutschnationaler schreibt schon im Dezember 1915 aus dem Westen, daß jeder Soldat nur den einen Wunsch nach Frieden habe, daß jeder Soldat „Schluß mit dem Schwindel“ rufe. Das waren anderthalb Jahre vor der Friedensresolution im Jahre 1917, die ja auch ein „Dolchstoß“ gewesen sein soll. Wie es mit der Kriegsbegeisterung der wirklichen Frontkämpfer, auch der Deutschnationalen, schon im Dezember 1915 aussah, erkennt man aus folgendem Brief aus dem Osten:

Wenn ich offen sein soll: ich habe nicht die geringste Lust, an die Front zurückzugehen. Das Leben ist dort wesentlich anders, als es sich alle vorstellen, die es nie kennengelernt haben. Man ist nicht mehr Mensch, man wird zum Kadaver herabgedrückt, sinkt unter das Vieh, dem vielsach eine bessere Ernährung und Behandlung zuteil wird.

Dieser Deutschnationaler leidet aus den Gegenjahren in der Front, aus der vielfachen Behandlung der Mannschaften schon damals — im Dezember 1915 — das Kommen der Revolution her:

Der äußere Krieg wird zweifellos durch einen sehr heftigen inneren abgelöst werden. Der wird aber die innern Verhältnisse in ganz andre Bahnen lenken, als es wünschenswert sein wird, wird alles anders gestalten, als wir es anfangs aus der dem Kriege folgenden Rührung erhofft hatten. Leider, leider!

Zimmer wieder kehrt der Murr wieder: Das Grundübel ist: „Wir haben keinen Führer!“ Zimmer wieder wird die Zermürbung der Front den Mängeln der Vorgelegten zugeschrieben. Alles gehe nach Gurre: Schmutz und Schmarotzer genossen die größten Vergünstigungen. Ein Briefschreiber, der ausdrücklich hervorhebt, daß er im deutschnationalen Wejen erzogen sei, erklärt rundheraus: „Hier fängt der Mensch erst beim Offizier an.“ Dieser selbe deutschnationale Vertrauensmann, der bekennt, im Glauben an den Sieg unserer gerechten Sache und in heißer Vaterlandsliebe ins Feld gezogen zu sein, prophezeit:

Diese Klagen wären allenthalben, wir dürfen hier als Krieger die Stimmen jetzt nicht offen erheben, aber wenn die Millionen Streiter den kranken Kopf wieder ausgezogen haben, dann wird der Sturm losbrechen, dann gibt es kein Halten mehr, denn was man im Krieg erlebt, kann und wird nicht eher vergessen werden.

Jeder, der um diese Zeit an der Front gewesen ist, wird bestätigen, daß die deutschnationalen Briefschreiber die Stimmung der Frontsoldaten ganz richtig wiedergegeben haben. Die Leitung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hielt diese Klagen für so wichtig und typisch für die Stimmung selbst der — wie man heute sagen würde — nationalen Frontkämpfer, daß sie gesammelt und den Reichsstellen vorgelegt wurden. Hoffentlich vergißt der Abg. Lambach in seiner Magdeburger Rede diese Sammlung von „Dolchstößen“ nicht.

Notizen.

Die Eingemeindungsfrage in Brehren. Der Landtagsauschuß für die preussische Verwaltungsreform beendete am Dienstag die erste Lesung der Stadt- und Landgemeindeordnung. Zur Eingemeindungsfrage wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach eine Eingemeindung nur durch Gesetz erfolgen kann, oder wenn die beteiligten Gemeinden sie mit Zweidrittelmehrheit beschlossen haben. Gegen den Beschluß der Gemeinden ist Bürgerrechtsbegehren und -entscheid zulässig. Die Bestimmungen über die Stadtverordnungen von Gemeinden wurden unbedingte nach den Regierungsvorschlägen angenommen.

Streikabbruch im Kölner Revier. Am Dienstag wurde in einer Funktionalen Konferenz des Bergarbeiterverbandes, der Maschinen-, Geizer und Metallarbeiter beschlossen, den am 21. Februar im Braunkohlrevier begonnenen Kampf abzubrechen. Am Mittwoch sollen die Belegschaften sich wieder zur Arbeit melden.

Depeschen.

Verhaftungen im Rheinland.

Wb. Köln, 12. März. Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung“ aus Andernach wurden dort der Industrielle Doktor Finien, der Referendar Kurt Simons und vier Arbeiter von den Franzosen verhaftet und nach Koblenz übergeführt. Außerdem fanden bei mehreren Bürgern Hausdurchsuchungen statt. Die Maßnahmen werden auf Maßnahmen der wenigen übriggebliebenen Separatisten zurückgeführt.

Krawalle in Oberhesseln.

Wb. Dethen, 12. März. Die „Oberhessische Zeitung“ meldet aus Königshütte: Am Sonntag kam es zu wilden Ausschreitungen seitens des Anjugentenverbandes. Mehrere Deutsche wurden blutig geschlagen. Einige Cafés mußten schließen. Die Gasse verließen panikartig die Räume. Im Café Schuhmacher ist ein Schaden von mehreren Millionen polnischer Mark entstanden. An einigen Geschäften wurden die Schaufenster zertrümmert.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Theaterkasse:

Freitag 8 Uhr Wilhelm-Becker: Die Räuber des Herrn Niemand. — Sonntag Rabate und Liebe dortselbst. — Republikanische Rundgebung Samstag vor Freitag 10 Uhr im „Solliger“. Eintritt 0,40 Mk.

Die neue Gestalt der Sozialversicherung.

Die tiefsten Umwälzungen unserer wirtschaftlichen und politischen Lebens im letzten Jahrzehnt übten auch einen tiefen Einfluß auf die Gestaltung unserer sozialen Versicherung aus. So mußte die in der Vorkriegszeit entstandene Reichsversicherungsordnung fortlaufend den sich verändernden Verhältnissen angepaßt werden. Zunächst waren es die Bedürfnisse des Krieges und der Kriegsteilnehmer, denen Rechnung zu tragen war. Später galt es die Folgen der fortschreitenden Geldentwertung auszugleichen und die Leistungen auf die Inflation einzustellen. Zwischenzeitlich mußte die Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung auch auf die soziale Versicherung übertragen werden. War doch mit der Einführung der Reichsversicherungsordnung eine starke Einschränkung der Selbstverwaltung der Versicherungskörperschaften der damaligen politischen Zeitströmung entsprechend herbeigeführt worden. Weiter wurden den entsprechenden Reformbestrebungen folgend einige schärfere Versuche gemacht, die soziale Versicherung etwas zu vereinfachen und zu vereinfachen. Zuletzt wurde die soziale Versicherung auf die Goldmarkrechnung zurückverwiesen und der „Entwertungsfaktor“ auf sie angewandt.

So sind rund 300 Notgesetze, Notverordnungen und ähnliche Änderungen der Reichsversicherungsordnung ergangen. Fast alle wichtigeren Vorschriften dieses Grundgesetzes sind zum Teil wiederholt umgeändert worden. Dadurch ist die soziale Versicherung außerordentlich verwickelt geworden. Kein Rechtsgebiet ist heute so unübersichtlich wie dieses, so daß schon der jährliche Berufsbeamte sich kaum noch hindurchfindet.

Die Gesamtorganisation.

An dem Gesamtbau der öffentlichen Versicherung ist nur wenig geändert worden. Den Bestimmungen, die ganz besonders laufende Angelegenheitenversicherung der Invalidenversicherung einzugliedern, sind durch das Gesetz vom 10. November 1922 einige Konzessionen gemacht worden. In Angelegenheitenversicherung ist der ganze Wirtschaft über Schiedsgerichte aufgegeben worden. Dafür sind die Versicherungsämter wenigstens zum Teil namentlich in der Nachprüfung in der Angelegenheitenversicherung mit tätig. Die durch das Gesetz herbeigeführte Ueberweisung der Lohn- und Gehaltsklassen der Invaliden- und Angelegenheitenversicherung ist durch die Verordnung vom 20. Dezember 1923 leider wieder aufgehoben worden.

Bei der Bemessung der Lohnklassen der Krankenkassen soll auf die Lohnklassen der Invalidenversicherung Rücksicht genommen werden.

Die längst fälligen Neuwahlen der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten bei den Versicherungsbehörden und einem Teile der Versicherungsorgane sind wiederholt verschoben worden, so daß die Vertreter 10 bis 18 Jahre im Amte sind. Die Neuwahlen sind jetzt im Gange.

Das Reichs-Knappschaftsgesetz vom 23. Juni 1923, das sich zurzeit in der Ausführung befindet, setzt an die Stelle der zahlreichen Knappschaftsvereine und Knappschaftspensionskassen den Reichs-Knappschaftsverein. Er übt für das ganze Reich die Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenen-, Pensions- und Angelegenheitenversicherung für den Bergbau durch. Die bisherigen Einzelvereine werden zu Kreisvereinen (Bezirksknappschaftsvereinen) umgeändert. Viele Vorschriften der Reichsversicherungsordnung, namentlich für die Kranken- und Invalidenversicherung, gelten sinngemäß. Die Beiträge werden für jede Versicherungsart gesondert berechnet.

Das gesamte Geschäftsvorgehen in der Versicherung ist durch die Verordnung vom 30. Oktober 1923 vereinfacht worden. Der „Empfänger“ gegen Bescheide der Berufsangehörigen ist beseitigt worden; es kann nunmehr gegen diese sofort Berufung beim Oberversicherungsamt eingelegt werden. Anträge auf Leistungen der Kranken- und Hinterbliebenenversicherung können unmittelbar bei der Bundesversicherungsanstalt angebracht werden. Die Gutachten des Versicherungsamts werden von dessen Vorstehenden erteilt. Die Spruch- und Bescheidstellen der Versicherungsbehörden entscheiden bei einer geringeren Besetzung.

Stephan der Schmied.

Eine Erzählung von Ernst Zahn.

(5. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Faust drängte sich der Gedanke auf, daß die Stube genau so aussah, wie damals die Sterbestube der Maria. Nur kleiner war sie. Der Mond füllte sie ganz mit seinem Licht, und der Mond traf den Kopf des Kindes, wie er damals das Bett der Maria getroffen hatte. Auf buntem Kissen lag ein kleiner Kopf, von dünnen Härchen umrandet, die fein und rein und goldfarben waren. Das Gesicht war hell und doch zart und hatte dieselben schönen Linien, wie das andre sie gehabt hatte damals — auch im Mondlicht.

Um das lebendige Gesicht war aber etwas, was seine Schönheit noch über jenes andre erhob. Das Licht war so hell, daß das Gesicht und Seiten der Brust unter dem gestrichelten Jäckchen erkennbar war. Die feinen, jamahafien Wangen blühten sich auf, und von dem kleinen Mund lag der Atem ganz sichtbar; die Lippen öffneten sich bei jedem Zuge dem Rauch, wie der Rauch einer Blume.

Faust blidte eine Weile auf das Bett. Einen Augenblick schien es, als fessle ihn der Anblick. Er neigte sich unwillkürlich und wie in freudigem Staunen vor, aber dann ging eine seltsame Veränderung mit ihm vor. Der dunkle edige Kopf schob sich mehr nach vorn, so daß der Mondschein auf die freigelegte, höckerige Stirn traf. Aus Haltung und Gesicht des Schmiedes war leicht zu lesen, wie der Starbittin das bühnen Freude, das ihn hatte ankommen lassen, ermüdete.

„Das ist er also, der Kain Faust?“ jagte er. „Du fütterst ihn gar.“ rügte er hinzu, drehte sich dabei um und nach der Treppe hin. Als er schon hinführender begann, murmelte er zurück: „Deswegen klettert mich nicht da herauf zu händeln brauchen.“

Der Katharina drang das Wasser in die Augen. Sie hatte sich nach ihr ganzes Gesicht juckte. Dann ging sie bis zur Treppe hin, und sich hinabschneidend, rief sie ihn häßlich: „Kain, Faust.“

„Na?“ fragte er, stehenbleibend.

„So darf ihn doch keiner rufen, wenn er einmal hört — so.“

„Wie anders?“ Daß Du Dich nicht unterstehst! Der Name ist kurz. Und was ist, das ist!“

Der Schmied schobte nach der Wohnstube hinüber. In der Wohnstube, die nun auch in den nur drang, konnte die Katharina von oben deutlich seinen schwarzen Wollkopf sehen. Dabei fuhr es ihr durch den Sinn, wenn man an den mit einem Eisenblech schlagte, wäre der Kopf der Härtere von beiden.

Jemandem war es aber, daß etwas von dem Bilde, das er an diesem Abend gesehen hatte, doch in Faust haften. Es handelte um Tage und Wochen nachher in ihm, und manchmal bestiegte es seine Gedanken. Ein, zweimal fragte er selber die Katharina nach dem Knaben: „Was macht er, der Bub?“ Jährlich ist noch so aus?“

Die Zeit verging in Waldheim wie anderswo. Die Katharina in der Schmiede lehrte an jedem Jahresende, wie solche Leute

Der Kreis der Versicherten.

Der alte Uebelstand, daß jeder Versicherungszweig seinen eigens abgegrenzten Versicherungskreis für sich hat, besteht weiter. In der Krankenversicherung ist die bei Einführung der Reichsversicherungsordnung geschaffene, mit Kriegsausbruch aber aufgehobene Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden durch das Gesetz vom 30. April 1922 wiederhergestellt worden. Die ursprünglich zulässige Befreiung der landwirtschaftlichen Arbeiter und häuslichen Angehörigen von der Krankenversicherungspflicht ist beseitigt worden. Arbeitslose, die Erwerbslosenunterstützung beziehen, sind nach näheren Bestimmungen vom Arbeitsnachweis bei der zuständigen Krankenkasse zur Weiterversicherung anzumelden. Der Krankenversicherung unterliegen jetzt auch Angehörige in Berufen der Erziehung, des Unterrichts, der Fürsorge, der Kranken- und Wohlfahrtspflege, sofern es sich hierbei nicht um „Beamte“ handelt. Die Krankenkasse kann die Krankenpflege auch für Sozialrentner, Kleinrentner und andre Fürsorgeempfänger gegen Erlaß der Aufwendungen übernehmen.

Während Gesellen, Arbeiter usw. ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Arbeitsverdienstes versicherungspflichtig sind, sind dies Betriebsbeamte, Werkmeister, Handlungsgehilfen usw. und Hausgewerbetreibende nur, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst eine gewisse Grenze nicht überschreitet. Diese Grenze ist zuletzt durch die Verordnung vom 1. Dezember 1923 auf 150 Goldmark monatlich festgesetzt worden. Wer diese Grenze überschreitet, scheidet erst mit dem ersten Tage des 4. Monats nach der Uebersteigerung aus der Versicherungspflicht aus. Der freiwillige Beitritt (Selbstversicherung) ist jedoch selbständigen Gewerbetreibenden, Familienangehörigen von solchen usw. gestattet, die nicht ein monatliches Gesamteinkommen von mehr als 150 Goldmark haben.

Die freiwillige Versicherung erfolgt früher in allen Fällen, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 4000 Mark übersteigt. Diese Beschränkung ist aufgehoben worden. Die Versicherungspflicht von Personen in Betrieben oder im Dienste des Reiches, eines Gliedstaats ist einerseits eingeschränkt worden, da kündbare Angestellte immer versicherungspflichtig sind, andererseits auf beschäftigte Metzger und Zahnärzte ausgedehnt worden.

Der Absatz 2 des § 505 der Reichsversicherungsordnung, wonach eine Erbschaftskasse diejenigen, die sich zum Beitritt melden, ärztlich untersuchen lassen und den Beitritt Erkrankter zurückweisen kann, ist gestrichelt worden. (Gesetz vom 27. März 1923.) Der bei einer Erbschaftskasse Versicherte hat dem Arbeitgeber bei Eintritt der Beschäftigung eine Bescheinigung über seine Zugehörigkeit zur Erbschaftskasse vorzulegen. Der Arbeitgeber hat solche Beschäftigte dann nicht anzumelden.

In der Unfallversicherung ist der Kreis der Versicherten nicht verändert worden. Die Träger der Unfallversicherung können eine höhere als die im Gesetz vorgeschriebene Jahresarbeitsverdienstgrenze für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten statutarisch festsetzen.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hat durch das Gesetz vom 30. April 1922 alle Hausarbeiter und Hausgewerbetreibenden zugewiesen erhalten. Bis dahin waren nur diejenigen der Tabak- und Textilindustrie versicherungspflichtig.

Die Altersgrenze (das vollendete 16. Lebensjahr) für den Eintritt der Versicherungspflicht ist durch das Gesetz vom 10. November 1922 beseitigt worden, so daß nunmehr auch Kinder, wenn die sonstigen Voraussetzungen zutreffen, der Versicherung unterliegen.

Alle Angehörigen, Handlungsgehilfen usw. sind aus der Invalidenversicherung herausgenommen worden, so daß dieser nur noch Arbeiter, Gesellen, Hausgehilfen usw. angehören. Der Angehörigenversicherung unterliegen nunmehr sämtliche Angestellten, auch die Bureauangestellten, soweit sie nicht ausschließlich mit Vorengängen, Reinigung usw. beschäftigt werden.

Die Altersgrenze für den Eintritt der Versicherungspflicht ist wie in der Invalidenversicherung gefallen. Angehörige der Schutzpolizei und Soldaten können bei ihrer Dienststelle die Versicherung beantragen. Wer nach der Verordnung vom 17. Dezember 1923 einen Jahresarbeitsverdienst von mehr als

4000 Goldmark hat, ist versicherungsfrei. Berufsunfähige und Empfänger einer Invaliden- und Witwenrente aus der Invalidenversicherung unterliegen der Versicherung ebenfalls nicht.

Leistungen.

Die Fürsorgeeinrichtungen der Sozialversicherung wurden vielfach umgestaltet. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung ragt besonders die Wochenhilfe hervor. Nunmehr haben Anspruch auf diese 1. selbstversicherte Wöchnerinnen, 2. versicherungsfreie Familienangehörige von Versicherten in Form der obligatorischen Familienhilfe und 3. alle „minderbemittelten“ Wöchnerinnen. Der Anspruch der persönlich Versicherten ist erschöpft worden, indem das Gesetz vom 27. März 1923 eine Mitgliedschaft von 10 Monaten in den letzten beiden Jahren, von denen mindestens 6 im letzten Jahre vor der Niederkunft liegen müssen, verlangt. Dasselbe wird auch für Familienangehörige (Gruppe 2) von den Versicherten verlangt. Gewährt wird allgemein an alle Wöchnerinnen ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. Zu den sonstigen Kosten bei diesen Vorgängen (Gebärmuttergeburten, Geißmittel usw.) wird ein einmaliger Beitrag gewährt. Das Wochenlohn wird für 4 Wochen vor und 6 zusammenhängende Wochen unmittelbar nach der Entbindung, zusammen also für 10 Wochen gezahlt. Für Selbstversicherte ist es so hoch wie das Krankengeld unter Einhaltung eines Mindestbeitrags. Ein solcher wird einseitig den Familienangehörigen und „Minderbemittelten“ gewährt. Solange die Wöchnerinnen die Neugeborenen stillen, ist ein Stillgeld für Selbstversicherte in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch in einem Mindestbeitrag, zu gewähren. Familienangehörige und Minderbemittelte erhalten einen Einheitsbeitrag. Das Stillgeld wird bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Entbindung abwärts.

Die Krankengelder müssen jetzt nach einem bestimmten Wandelskoeffizienten gewährt werden, damit nicht ein allzu fröhliches Krankengeld herauskommt. Als Grundlohn kann der auf den Kalendertag entfallende Arbeitsverdienst bis zur vollen Höhe berücksichtigt werden. Bei Berechnung des Tagesarbeitsverdienstes ist der Wochenlohn in sieben, das Monatsgehalt in dreißig Teile zu zerlegen. Es kann auch der wirkliche Arbeitsverdienst, auch bei einzelnen Versicherten, berücksichtigt werden. Es ist zugelassen, besondere Zulagen zu dem Krankengeld zu gewähren und diese nach den Familienverhältnissen der Kranken abzustufen. Ist festgestellt, daß aus der Unfallversicherung auf Grund eines Nettofalls eine Rente oder Sterbegeld zu zahlen ist, so sind der Krankenkasse die Kosten für die Krankenpflege zu erstatten, die sie dem Verletzten innerhalb der ersten 13 Wochen nach dem Unfall gewährt hat.

Die Leistungen der Erbschaftskassen sind durch Verordnung vom 27. September 1923 neu geregelt worden. Diese Kassen können den Mitgliedern, die von der Zwangskasse nicht befreit sind und dort ärztliche Behandlung usw. haben, ein höheres Krankengeld gewähren.

Die Kassenärzte sind verpflichtet, eine nicht erforderliche Behandlung abzulehnen, im übrigen die Behandlung und die Verschreibung von Arzneien auf das notwendige Maß einzuschränken. Hierbei sind bestimmte Richtlinien einzuhalten, deren Durchführung ein Ueberwachungsamt kontrolliert. Wenn die Ärzte ihre Verträge nicht einhalten, kann im erleichterten Verfahren den Versicherten statt der Sachbezüge eine Barleistung gegeben werden. Eine Verordnung vom 30. Oktober 1923 regelt die Beziehungen zwischen Ärzten und Kassen näher durch Einsetzung von Einigungs- und Schiedsstellen.

Von den Kosten für Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln haben die Versicherten in allen Fällen 10 v. H. selbst zu tragen. Der Anteil kann bis 20 v. H. gesteigert werden. Es können nun auch Kassenmittel für Zwecke der besonderen und allgemeinen Krankenversicherung zur Verfügung ausgenutzt werden.

In der Unfallversicherung war die Anpassung der Leistungen an die Geldentwertung besonders schwierig. Bildet doch die Grundlage der Unfallrentenberechnung der letzte Jahresarbeitsverdienst vor dem Unfall. Soweit dieser eine gewisse Höhe überschreitet, wird der überschüssige Teil nur mit einem Drittel angerechnet. Jene Grenze wurde sehr häufig der Geldentwertung angepaßt. Zu den älteren laufenden Renten wurden erst bestimmte Zulagen gewährt, später wurden jeweils die Renten nach be-

auch tun: „Jesus, jetzt hat es erst angefangen und ist schon wieder vorüber.“

Einmal am Ende eines Jahres, das eben wieder einem neuen Platz machen wollte, fügte sie hinzu: „Es kann eines an dem Bubben sehen, wie alt man wird.“

Das zu Ende gehende war das sechste, seitdem der Bub in der Schmiede am Leben war.

So war die Zeit vergangen.

„An dem Bubben,“ jagte die Katharina, weil sie den Namen, den er trug, nicht aussprechen mochte und ihm doch keinen andern geben durfte.

„Kain,“ rief der Schmied von der Straße herauf, wenn er den Knaben in der Werkstatt haben wollte, oder durchs Haus, wenn er ihn sonst suchte. Seine Stimme klang dumpf wie sein größter Amboss, und so laut, daß der Name auf ein paar hundert Schritt in der Munde zu hören war. Wenn aber jemand das Kind selber um seinen Namen fragte, so hob es noch in aller Unschuld das feine Gesicht und sagte: „Kain heisse ich, Kain.“

Und es war schon gewohnt, daß es den Namen immer zweimal jagen mußte, denn beim ersten Male wollten ihn die Leute immer nicht verstehen oder nicht glauben.

Stephan Faust hielt den Knaben um kein Haar anders, als er ihn gehalten hätte, wenn kein Motel an ihm gewesen wäre. Seit jener der eigentlichen Pflege der Katharina entwichen war, allein stehen, gehen und essen konnte, schlich er zwar noch oben in der Magdammern, teilte aber sonst die Wohnstube mit dem Vater und sah mit ihm am Tisch. Dieser kümmerte sich nicht groß um ihn, tat ihm aber auch nichts zuleide; in der ersten Zeit war es, als sehe er gar nicht über ihn hinweg. Im letzten Jahre trat darin eine Veränderung ein, als dem kleinen Kain und Gedanken klarer und lugiger zu werden begannen und dann und wann, wie bei andern Kindern, ein Wort über die Lippen fuhr, an dessen Artigkeit oder Drolligkeit, wer es hörte, sich ergötzte. Der Schmied hatte ein zu einfaches Leben, als daß nicht die kleine Wöchnerin, die der Knabe hineinbrachte, ihm, ohne daß er es sich oder andern gestand, willkommen gewesen wäre. Er ließ ihn häufiger zu sich in die Werkstatt hinunter, wart ihm einen leichten Hammer zum Spielen hin oder ließ ihn aufpassen, wie er selber ein Gußeisen formte, einen glühenden Stab bog und verglühete mehr. Wenn sie beide allein waren, so standen sie oft in dreifacher Umarmung beieinander und unterhielten sich, während der Schmied arbeitete. Die drei Stimmen klangen zwischen dem Klirrgang des Schmiedehammers, jezt die Fausts dumpf oder hart, jezt die des Kindes hell und hoch, wie wenn der Hammer auf die äußerste Spitze des Ambosses sprang. Die Gestalten des Mannes und des Knaben gaben einen großen Gegensatz. Faust, wenn er vor dem Kinde stand, erschien noch schwerer, plumper und dunkler als sonst. Der Feuerstein der Gasse leuchtete in ihm braunes Gesicht und zeigte die Adernspuren darin, den Schweiß auf seiner Stirn und den Staub in seinem wirren, wuchernden schwarzen Bart. Die Knaben sprangen rings um seinen wuchtigen Schlägen, aber sie sprangen kurz, überredend und beschleunigt zu Boden, sprangen dem Knaben der die in plumpem Schutzwert bedeckten Hüfte, wozu auch an den Schultern, und wenn einer auf dem rauhen Boden glanzt, jaß der

keine Knabe hinaus und lachte und freute sich, wenn er lange nicht erlösch. Der Knabe war aber so hell wie der Mann finster. Wie neu aus einer Schachtel genommen stand er da; denn die Katharina hielt ihn immer noch wie ihr Größlein vorzeiten. Er trug wohl rauhe graue Strümpfe und aus fauchts abgelegtem Sonntagsgewand geschminkte Hosen und Jacke. Es war hartes, unangehliches Zeug, aber das große Hemdchen, das an dem Kinn und am Hals daraus hervorjag, war von leuchtendem Weiß, das in der ruhigen Schmiede so sonderbar sauber sich ausnahm, daß seine Farbe gleichsam in die Dunkelheit hineinfiel. Das war aber nicht das einzige Gelle an dem Kinde. Die Hände, die aus den Ärmeln traten, waren schmal und schlanke und ganz fein und sie hatten eine gewisse Art, Unreines mit den Fingerringen zu fassen, ohne sich zu beschmutzen. Vollends hell aber war des kleinen Kain Haupt mit dem schlanke aus dem zierlichen, ungeschärften Hemdtragen ragenden weißen Gasse. Der Knabenlauf war von einer so seltenen und fast unirdischen Schönheit, daß die Katharina, die ein frommer Mensch und nicht überflügelt war, oft und oft mit gefalteten Händen und offenem Munde, wenn Kain sie nicht bemerkte, in seiner Nähe stand und ihn betrachtete. Dabei gingen heimliche Schauer durch ihre Seele und Gedanken durch ihren alten Kopf. Wenn er gar kein Mensch wäre, der Kain, der Bub, wenn dem Schmied ein — ein Engel unter dem Dach wohnte und —

Die Katharina, die im Gegenjag zu Stephan Faust eine Katharina war, befreuzte sich bei solchen Gedanken.

Für einen Engel sah Stephan Faust seinen Bubben noch lange nicht an, aber wenn der vor ihm Stehende ihn nicht beschädierte, taunte auch er manchmal heimlich in sein Gesicht, das in jedem Zuge wie ein Kunstwerk war. Der Mund hatte die Form gehalten, die der des Säuglings getragen, er war wie eine leise den Kain öffnende Blume, Kinn und Nase, Wangen und Stirn waren von scharfem Schnitt, die Augen groß und von einer dunkeln Stahlfarbe. Ihr Blick hatte etwas Strahlendes, das besonders reich hervorbrach, wenn die langen Wimpern plötzlich sich von ihnen hoben. Das Haar war blond, ganz hell, wie das der Mutter gewesen war, und die Katharina ließ es dem Kinde lang auf Schultern und Rücken hängen. Auch Faust also, über den alle Schönheit Gewalt hatte, hielt manchmal in der Arbeit inne und weidete sich an der Erscheinung des Kindes, aber er war zu diesem kurz angebunden wie zu jedem andern, so daß sein ihr Gespräch in der Werkstatt eine mühsame und geräuschige Sache war. Kam die Magd oder ein fremder Mensch hinzu, so herrschte er wohl den Knaben in besterem Tone an, doch ihn anstandslos aus dem Wege und rannete laut und mit geschäftlicher Denkschnelle seinen Namen. Er packte so gleichsam den kleinen Kain mit seinen beiden Händen und wollte ihn den Leuten deutlich und nahe vor die Augen: „Seht ihn an! Das Unrecht habe ich in ihm gezeichnet und die Schmach, die sie mir getan haben!“ Es war nichts Kleines oder Gefährliches in diesem Tun; er wollte nur zeigen, daß er Mannes genug sei, nichts an der ihm widerfahrenen Schande zu berechnen, aber auch dafür Vergeltung zu üben, ohne zu fragen, ob diese andern gefiele.

(Fortsetzung folgt.)

Mindestjahresarbeitsverdienst umgerechnet. Nach dem Gesetz vom 20. August 1923 gilt als Jahresarbeitsverdienst ein Vielfaches bestimmter Größe. Dieses Vielfache ist nach der Verordnung vom 12. Dezember 1923 auf 900 Millionen festgesetzt worden, die bestimmten Größe sind verschieden festgesetzt, nach Gruppen der Verletzten. Bei einem um 50 v. H. und mehr geschädigten gemittelten Verletzten beträgt die Grundgröße 1 152 000 Mark. Für die Sterbekasse werden durch die Verordnung vom 20. November 1923 neue Mindestsätze festgelegt. Die Berechnung der Unfallrenten ist jetzt die komplizierteste Sache in der sozialen Versicherung.

Die Leistungen der Invalidenversicherung haben einschneidende Umgestaltungen erfahren. Die Altersrenten sind aufgehoben. Bei dem 66. Lebensjahre vollendet hat, erhält die Invalidenrente ohne den Nachweis der Erwerbsunfähigkeit.

Für ein Versicherter Beiträge zur Invalidenversicherung und zur Angefalltenversicherung entrichtet (Wanderbeschäftigte) und die Wartezeit sowohl für die Invalidenrente als auch für das Ruhegeld aus der Angefalltenversicherung erfüllt, so kann er eine Rente aus beiden wählen. Zu den Renten der Invalidenversicherung tritt bei Wanderbeschäftigten der Sickerungsbeitrag aus der Angefalltenversicherung.

Die Waisentante aus der Invalidenversicherung werden bis zum 18. Lebensjahre und auch unehelichen Kindern eines Versicherter gewährt, wenn die Vaterpflicht festgestellt ist. Die Bezeichnung „Krankenrenten“ für die Renten bei vorübergehender Invalidität ist weggefallen. Der Kinderzuschuß wird für Kinder der Rentenempfänger bis zum 18. Lebensjahre und auch für uneheliche Kinder gewährt.

Vom 1. Januar 1924 an werden die Renten durch Leistungszulagen so ergänzt, daß monatlich den Empfängern von Invaliden- oder Altersrenten ein Betrag von 13, von Waisentante von 9, von Waisentante von 7 Rentenmark gezahlt wird. Der Kinderzuschuß nach § 1291 RVO. ist auf zwei Rentenmark für jedes Kind erhöht worden. Daraufhin sind die vom Reichstag am 23. November 1923 beschlossenen Leistungsmaßnahmen für Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angefalltenversicherung sehr eingeschränkt worden. Die Zusatzrenten, die durch freiwillige Zahlung von Zusatzmarken erworben werden konnten, sind, wie diese, im Wegfall gekommen. Ebenso die im Gesetz vorgesehenen Witwen- und Waisenzulagen.

Die Angefalltenversicherung erfährt in ihren Leistungen ebenfalls Neuregelungen. Die in der Invalidenversicherung gilt nun auch hier eine Anwartschaft als nicht erloschen, wenn die Zeit, die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegt, mindestens zu drei Vierteln mit Beiträgen oder Entgeltleistungen belegt ist. Die Waisentante und der Kinderzuschuß sind auch an uneheliche Kinder mütterlicher Versicherter gewährt, wenn die Vaterpflicht festgestellt ist. Zu den Leistungen der Angefalltenversicherung treten als Ergänzungen die Steigerungen der Invalidenversicherung für anrechnungsfähige Beitragszeiten. Nach der Verordnung vom 20. Dezember 1923 werden Ruhegeld und Renten durch Leistungszulagen so ergänzt, daß monatlich den Empfängern von Ruhegeld ein Betrag von 30, von Waisentante von 15 und von Rentenrenten von 15 Rentenmark gezahlt wird. Der Kinderzuschuß nach § 56 des Angefalltenversicherungsgesetzes beträgt monatlich 3 Mark.

Die Organisation.

Man unterscheidet eine äußere und eine innere Organisation der Körperschaften zur Durchführung der Versicherung. Nach dem Gesetz vom 27. März 1923 soll in der Krankenversicherung neben der Allgemeinen Ortskrankenkasse eine Landkranken- und eine Arbeiterkrankenversicherung errichtet werden, wenn jede mindestens 1000 Mitglieder hat. Ein Arbeitgeber kann für seinen Betrieb eine Betriebskrankenkasse nur errichten, wenn der Betriebsrat zustimmt.

Die Vereinigung und Schließung von Kassen wegen zu geringer Mitgliederzahl sind in der Verordnung vom 27. März 1923 geregelt. § 29a der Reichsversicherungsordnung tragen die Krankenkassen im Bezirk jedes Oberverwaltungsamtes im Verhältnis zueinander einen Teil ihrer Aufwendungen (Gemeinkasse). Dem gehört 1. die Wochenhilfe, soweit sie den Krankenkassen zur Last fällt, 2. ein Teil der Aufwendungen für die Krankenpflege einschließlich der Verpflegung, 3. die Gemeinkasse in der Krankenversicherung.

Auf dem Gebiete der Kassenverwaltung wurde bei der Einführung der Kassenversicherung (mit Ausnahme der Betriebskrankenkassen) die gemeinsame Abstimmung innerhalb des Kassenverbandes (doppelte Mehrheit) beibehalten, ebenso für die Wahl der Angeordneten. Bei den Landkranken- und Arbeiterkranken- (Kassen- und Aufsicht) nunmehr wie bei den Ortskrankenkassen gewählt.

In dem Verhältnis der Kassenklassen zu den Zwangs- und freiwilligen Kassen in der Durchführung des Beitragsamtes gegenüber der Ortskrankenkasse eingetrennt. Der Arbeitgeber hat den Beitragsanteil unmittelbar an das Ortskrankenkassenmitglied bei der Lohn- und Gehaltszahlung abzuführen.

Die Arbeitgeber können von der Pflicht zur Anmeldung aller Versicherungsleistungen nach § 317 der Reichsversicherungsordnung entbunden werden, wenn sie die Leistungen an die Kasse anrechnen und Bücher und Reize für den Kassenrat offen halten.

Die Unfallversicherung kann eine Änderung ihrer Organisation durch Anordnungen des Reichsversicherungsamtes erfahren, die den Versicherungsbedingungen entsprechen und den Versicherungsbedingungen entsprechen.

Nach den Bestimmungen der Verträge der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen und Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Oktober 1923 sind Vertreter der Versicherer in die Organisationskommissionen aufzunehmen oder sonst mit der Geschäftsführung beauftragt. Das Reichsversicherungsamt will, daß bei der Durchführung der Unfallversicherung eine besondere Berücksichtigung zu finden ist. Die Unfallversicherungsvereinigungen sollen die Versicherungsbedingungen selbst festlegen und die Versicherungsbedingungen selbst festlegen. Die Versicherungsbedingungen sollen die Versicherungsbedingungen selbst festlegen.

Die Versicherungsbedingungen der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen sind durch Verordnung vom 17. Januar 1924 bestimmt worden. In Anbetracht des Jahres 1923 können von den Berufsvereinigungen ebenfalls bei der Durchführung der Versicherung besondere Maßnahmen getroffen werden, auch kann von der Versicherung überträgt werden.

In der Invalidenversicherung werden die bisherigen Bestimmungen über die „Gemeinkasse“ und die „Waisentante“ aufgehoben. Von nun an wird die Invalidenrente mit einem Zuschuß der Beiträge abgerechnet, die an Empfänger der Invalidenrente gezahlt werden. Die bisherigen Bestimmungen werden, wenn sie nicht dem Zweck zu widersprechen, auf uneheliche Kinder übertragen. Nach dem Gesetz vom 27. März 1923 sollen die Invalidenrente und die Waisentante mit einem Zuschuß der Beiträge abgerechnet werden. Die bisherigen Bestimmungen werden, wenn sie nicht dem Zweck zu widersprechen, auf uneheliche Kinder übertragen.

Die Leistungen der Angefalltenversicherung werden durch die Leistungszulagen so ergänzt, daß monatlich den Empfängern von Ruhegeld ein Betrag von 30, von Waisentante von 15 und von Rentenrenten von 15 Rentenmark gezahlt wird.

versicherungsanstalt muß die Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder (Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten) größer sein als die der beamteten. Die Obliegenheiten des Verwaltungsrats sind vermehrt worden. Die Beiträge werden nunmehr durch Einleihen von Marken (die bei der Post zu haben sind) in die Versicherungskasse entrichtet. Als Beitragszeit in bezug auf das Erlöschen und das Wiederaufleben der Anwartschaft gelten auch die Wochen, für die Beiträge in der Invalidenversicherung entrichtet sind, sofern sie nicht mit denen in der Angefalltenversicherung voll zusammenfallen. Das Rentensetzungsverfahren ist ähnlich wie in der Invalidenversicherung geregelt. Nachdem auch hier die Zahl der Gehaltsklassen vorübergehend bis auf 50 vermehrt worden war, führt die Verordnung vom 20. Dezember 1923 wieder die Klassen A bis E nach Monatsverdiensten ein. Der höchsten Klasse E gehören alle Angefallten mit mehr als 800 Mark monatlich an. Die Monatsbeiträge schwanken von 1,50 bis 12 Mark.

Aus diesen nur kurz wiedergegebenen Bestimmungen der Sozialversicherung ergibt sich die dringende Notwendigkeit ihrer Vereinfachung und Vereinheitlichung. Nicht Abbau, sondern Aufbau muß auch hier die Lösung sein. Das Deutsche Reich stand einst mit Recht in dem Ruf, die Führung in der Sozialversicherung zu haben. Diese führende Stellung besitzt es heute nicht mehr. Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, denen die Entwicklung der Sozialfürsorge im alten Deutschland zu danken war, wird es sein, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Sozialversicherung einheitlich, umfassend und übersichtlich zu gestalten.

F. Kreis.

Nachrichten aus der Provinz.

Zur Notlage der Landwirtschaft.

Bekanntlich können die Unternehmer in der Landwirtschaft keinen höheren Lohn für die Landarbeiter bewilligen, weil die Landwirtschaft keine stärkere Belastung zu tragen imstande ist. Aus mancherlei Anzeichen ist dagegen zu erkennen, daß diese Belastung durchaus nicht so hart sein kann, wie man es die Öffentlichkeit glauben machen will. Ein Beispiel für viele aus der Tagespraxis zeigt das mit aller Deutlichkeit: Vor etwa 14 Tagen versuchte man in Hakenstedt (Kr. Neuhaldensleben) eine Ortsgruppe des Stahlhelms ins Leben zu rufen. Als Redner trat u. a. der Vorsitzende des Stahlhelms von Hakenstedt auf, der die besondere Opferwilligkeit zugunsten des Stahlhelms dadurch bezeugte, daß er folgendes erklärte: Innerhalb der ersten acht Tage nach Gründung der Stahlhelmgruppe in Hakenstedt sei in dieser Gemeinde von den Besitzenden eine Sammlung zugunsten des Stahlhelms vorgenommen worden, die innerhalb der ersten acht Tage als Ergebnis gezeigt habe: über 1000 Goldmark in bar und 44 Zentner Weizen. Dadurch sei der Stahlhelm in Hakenstedt imstande, den benötigten Stahlhelmsmitgliedern in der Woche ein großes Weißbrot kostenlos zu liefern.

Wenn man sich vor Augen führt, daß in der Gemeinde Hakenstedt die Zahl der Besitzer nur verhältnismäßig gering ist, daß weiterhin die Besitzer sich nur aus Landwirten zusammensetzen, so ist ein Sammelergebnis von 1000 Goldmark und 44 Zentner Weizen immerhin schon als recht anständig zu bezeichnen. Eine Notlage der Landwirtschaft wird damit freilich durchaus nicht beseitigt, sondern nur das Gegenteil dieser Behauptung. Merkt es auch, Landarbeiter und Landarbeiterinnen: zum Zwecke der Lohnerhöhung haben die Herren Romber und dergleichen nichts übrig, dagegen für dumme reaktionäre Zwecke alle mit einer offenen Hand.

Kämpfe im mitteldeutschen Kohlenhndikat.

Die Vorgänge im mitteldeutschen Braunkohlenhndikat, die zur Kündigung des Syndikatsvertrages durch die Weiterregulierung geführt haben, werden nur im Zusammenhang mit dem längsten Streik der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie während der letzten 10 Jahre verstanden. Er wird etwa durch folgende Zahlen charakterisiert:

	1913/14	1922/23
Kohlenförderung	318	39,7
Arbeitsverlängerung	7,5	12,7
Kohlenabfall	14,0	26,0
Arbeitsabfall	7,9	11,9

Die Zahlen betreffen sich in Millionen Tonnen. Sie zeigen, daß die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie im Gegensatz zu anderen Industrien dem Produktionsrückgang der letzten Jahre erliegen. Bedarf erklärt sich das Auftreten einer normalen Wirtschaftskrisis, der Überproduktion. Die Differenzen zwischen Syndikat und Weiterregulierung sind ein Streit um die Abgabquote. Das Syndikat selbst bemühte sich seit langem, durch eine feste Preisstaffel und Veredlung der Kohle den Absatz zu steigern. Seine Verhandlungen hatten aber, wie der gegenwärtige Streit um die Löhne beweist, einen nicht ganz befriedigenden Erfolg. Zur Aufklärung ist dies wohl auf die härter werdende Konkurrenz der Steinkohle und die alte Konkurrenz, die böhmische Kohle. Aus dieser Situation heraus sind die Werke zu der Überzeugung gekommen, durch möglichst billige Preise außerhalb des Reiches der Konkurrenz zu widerstehen.

Die Opposition gegen das Syndikat ist unter Einfluß der zunehmenden Abhängigkeit sehr stark geworden und immerhin geeignet, den freiwirtschaftlichen Bestand des Syndikats, das sich in seiner heutigen Form auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes vom 23. März 1919 bildete, zu bedrohen. Jedoch ist anzunehmen, daß zwischen dem Syndikat und den Werken ein Kompromiß vorbereitet wird, da das Syndikat durch Verlängerung der Arbeitszeit (man denkt an die Fortdauer der Arbeitszeit von 12 Stunden) einen generellen Preisrückgang erzwingen will. Die Propaganda für eine Änderung des Arbeitstages ist seit langem im Gange.

Wir können in dem Projekte des Syndikats keine Aussicht auf eine einseitige Besserung erblicken. Die Kohlenwirtschaft ist das Mittelglied zwischen Erde und Wasser und wohl die Kohle mit den wichtigsten Wirtschaftsgütern. Wenn die Braunkohle, deren Schürfung man ja erst seit einigen Jahrzehnten industriell betreibt, demnach ihren Siegeszug antreten konnte, so war dieser nur durch Veredlung des Rohmaterials möglich. Auch heute steht der weitere wirtschaftlichen und chemischen Entwicklung in der Braunkohlenindustrie jede Zukunft offen: Öl- und Gasförderung qualifizieren sie, auf jeden Fall die Steinkohle, selbst die hochwertigere Kohle zu ersetzen. Also liegt die Ausdehnungsmöglichkeit der Braunkohlenindustrie absolut nicht in der Verlängerung der Arbeitszeit, sondern in der technischen und chemischen Weiterentwicklung auf dem Gebiete der Förderung, der Weiterverarbeitung und der Veredlung.

Der gegenwärtige Kampf um Lohn ist eine Preisfrage und kein Kampf gegen den Lebensstandard. Die Schwierigkeiten werden wohl am besten überwunden, wenn die Preisbildung durch das Syndikat noch länger fortgesetzt wird, wie das andere Syndikat seit langem mit gutem Erfolg tat.

Kreis Wanzleben.

Hein-Ottersleben. Schauspiel, so nannte Pastor Rehnitz die sich tag lang hinziehenden Kämpfe, die gegen den kirchlichen Gottesdienst sind, in einer Gemeinde am Sonntag. Er erregte damit wiederum den Hass der kirchlichen Anwohner. Die einzige richtige Antwort wäre, daß die Arbeiterklasse geschlossen der Kirche den Rücken kehrt. Die Verkünder, will man eine evangelische Elternversammlung veranstalten, was dann die Verkünder der weltlichen Schule einlegen werden sollen. Diese Versammlung sollte öffentlich sein und auch in einem größeren Saal abgehalten werden, damit jedermann Zutritt und Platz findet. Dort sollte dem Pastor Rehnitz entgegengetreten werden, der Schandpredigt hält.

Laugentweddungen. Eine Mitgliederversammlung findet am Sonnabend abend 8 Uhr im „Treppenturm“ statt. Wichtige Tagesordnung! —

Anseburg. Sozialdemokratischer Verein. Die gut besuchte Mitgliederversammlung nahm den Bericht der Gemeindeverwaltung entgegen. Ueber die Gewerkschaftsfrage fand eine lebhafte Aussprache statt. Die Kommission zur Vorbereitung der Gemeinderatswahl erstattete Bericht; die Aufstellung der Kandidatenliste zu den Vertreterwahlen wurde im allgemeinen zutreffend. Seitens der bisherigen Gemeindeverwaltung gab der Vorsitzende einen Tätigkeitsbericht. Eine lebhafte Aussprache über politische und wirtschaftliche Fragen schloß sich an. Mit einem Appell, in den Wochen vor den Wahlen recht reger für unsere Partei zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen. —

Kreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt.

Groß-Rodensleben. Unsere letzte Versammlung am Sonnabend, die von allen Genossen, die treu zur Partei stehen, besucht wurde, wurde um 8 Uhr vom ersten Vorsitzenden eröffnet. Alle Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Als Kassierin wurde die Genossin Emma Hakenelle gewählt. Der Wahlkampf soll mit einer Werbezeit für die „Volksstimme“ beginnen. Am Sonntag den 23. März, vormittags 10 Uhr, alle Genossen nach Magdeburg zum Kreisdelegiertentag Wolmirstedt und Neuhaldensleben! Das Jahresbild wird den Arbeitstagen zurückgelassen. Der Sonntag muß zeigen, daß auch die Landproletariat sich dem Rufe der republikanischen Kriegsteilnehmer Schwarzrotgold anschließen wollen. Die Werbezeit für die Volksfürsorge erörterte Genosse Kohler. Genosse Otto Barck (Magdeburg) spricht am 22. März bei Wolff über Zweck und Ziel der Volksfürsorge. —

Groß-Rodensleben. Die Volksfürsorge soll nunmehr auch in unserm Orte Eingang finden. Sie ist eine Einrichtung der organisierten Arbeiterschaft und ist als solche nachweisbar die günstigste Versicherung. Sie ist gegündet worden, um das kapitalistische Monopol auf dem Gebiete der Versicherung zu durchbrechen. Um hierzu Anläufe zu schaffen, wird am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, eine Gewerkschaftsversammlung stattfinden, in der über „Kulturverbände der Arbeiterklasse“ ein Vortrag gehalten wird. Hierzu sind Interessierte und ferner die Frauen der Gewerkschaften eingeladen. —

Neuhaldensleben. Der Achtstundentag im Bauergewerbe. Am 9. März tagte bei Herzog eine kombinierte Versammlung der Zimmerer und Bauarbeiter aus Neuhaldensleben und Umgebung, die sich mit dem Diktat der Bauunternehmer auf Befestigung des Achtstundentags beschäftigte. In der Aussprache erklärten sich sämtliche Mitglieder für die Ablehnung des Unternehmerrdiktats. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, der die Erhaltung des Achtstundentags fordert und die Bauarbeiterschaft auffordert, sich nicht dem Diktat zu fügen. Um die Abstimmung unbeeinträchtigt zu gestalten, wurde geheim durch Stimmzettel abgestimmt. Das Resultat war, daß 134 Mitglieder anwesend waren und Zimmerer gegen eine Verlängerung des Achtstundentags stimmten. Am Donnerstag den 13. März sollte an Stelle des Achtstundentags der Zehnstundentag treten. Die Bauarbeiterschaft ist bereit, falls es die Unternehmer zum Ruhezwecken treiben, den Kampf aufzunehmen. Es haben aber dann die Bauunternehmer die Forderung des Wirtschaftsfriedens zu verantworten. —

Wolmirstedt. Die Kreisbauernschaft Wolmirstedt-Magdeburg entlarvt sich selbst. Nach dem hiesigen „Allgemeinen Anzeiger“ fanden am letzten Montag in Mahlowinkel und Eichengarten Bezirksbauerntage der Kreisbauernschaft statt. Im Wahlwinkel soll der Rittergutsbesitzer Schäfer (Kohwert) an die Tränenbrühen der Anwesenden appelliert haben, als er an die Königin Luise erinnerte. Wahrscheinlich wird der Herr Rittergutsbesitzer die anwesenden Bauern nicht daran erinnern, daß „Brauns holder Stern“ nicht gerade für die Bauernbefreiung geschworen hat, sondern mehr für die Weiterentwicklung der Bauern in der Selbständigkeit begeistert war. Der Redner glaubte mit Genugtuung feststellen zu können, daß der „nationale“ Gedanke marxiert, dem die Zukunft gehören würde. Mit Geber und Nationalhymne endete diese Rede, die für wenig politisch gekulte Gehirne zugeschnitten war. Landtagsabgeordneter Schürze (Stapen) bekannte sich klar zum Ziele der Großagrarien. Er hofft bei den kommenden Wahlen auf einen völkischen Ordnungsbund, der eine Umstellung bedeutet. Vorstehende Tatsachen beweisen, wie bitter Not Aufklärung bei der Kleinbauernschaft ist, damit diese endlich begreift, daß die Interessen des Kleinbauernstandes im direkten Gegensatz zum Großgrundbesitz stehen. —

Kreis Sierchow I und II.

Wieder. Der Mieterverein hielt seine Monatsversammlung ab. Der Anschlag des Vereins an den Provinzialverband wurde vollzogen. Sodann wurde zu den Gemeinderatswahlen Stellung genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, eine Kandidatenliste nicht aufzustellen, vielmehr jedem Mitglied in der Wahl freie Hand zu lassen. Zum Schluß wurde noch Protest erhoben gegen die in der 3. Steuerordnung vorgezeichnete Mietzinssteuer, nach welcher nur die Mieter die Lasten zu tragen haben. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß für ein Hausgrundstück mit zehn Mietern 16 Mark Grundvermögenssteuer zu zahlen sind, während ein Landwirt mit fast denselben Einnahmen in seinem Grundstück und rund 250 Morgen Acker nur 43 Mark zu zahlen hat. Die Versammlung nahm hierüber mit Entrüstung Kenntnis. Alle Mieter müssen sich zusammenschließen, damit in jedem Ort ein Mieterverein entsteht. — Deutschnationale Volkspartei. Am 10. März hielt der Abgeordnete Professor Meyer einen Vortrag, nachdem bereits einige Tage vorher die Volkspartei durch den Abgeordneten v. Emmer den Wahlkampf auch in unserm Ort eröffnet hat. In etwa zündender Rede wurde er sämtlichen Regierungen seit der Revolution kein gutes Haar gelassen, fingerzeige, wie es hätte besser gemacht werden können, gab er nicht. Als alleiniges Ziel stellte er die große Volksgemeinschaft hin, um die verkauften Sozialdemokraten zu befeigen. In der Aussprache ging Genosse Blum scharf mit ihm ins Gericht. Als Genosse Blum auf die Vorgänge beim Stahlhelmtag in Magdeburg zu sprechen kam und die Mißbeurteilung brandmarkte, konnten es sich die anwesenden Stahlhelmer nicht verkneifen, mit den Füßen zu trampeln und Drohungen gegen Genossen Blum auszusprechen. Genosse Blum ließ sich hierdurch jedoch nicht beirren. Nach Blum sprach noch der Erwerbslosenrat Steinbach und der Kommunist Laum. Ersterer wies auf die Not der Erwerbslosen hin, letzterer sollte den Ausführungen des Genossen Blum Beifall. Arbeiter vom Wieder, seid auf der Hut und stärkt die Partei! Dies kann nur erreicht werden, indem ein jeder seine Schuldigkeit tut, neue Mitglieder und neue Leser der „Volksstimme“ wirbt. Nur hierdurch kann der Ansturm der Reaktion gebrochen werden. —

Kreis Kalbe.

Förderstedt. Aufklärung, die beste Agitation! Von diesem Grundtag waren die Ausführungen des Genossen Frede in der Parteiverammlung am Sonntag geleitet. Ueber die Versammlungen nicht immer so heuchel, wie es in Anbetracht der Zeit sein sollte. Die Reden stehen vor der Tür und die Genossen arbeiten. Ueber die Arbeit der Gemeindeverwaltung und -vertretung werden von ihnen be-

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

Willst du Meinungen,
auf zu Prommen,
Berlinerstr. 29.

Wusst führende Verträge verbreiten. Was hat die Gemeindevorsetzung geleistet? An Hand von Dokumenten wie Friede nach, wieviel kulturelle und soziale Einrichtungen für die Allgemeinheit trotz der schweren Zeit geschaffen worden sind. Hier Vergleich mit den Vorjahreszahlen ziehen, muß jedem ehrlich Urteilenden die Wahrheit vor Augen führen. Die Einwohner von Förderstedt sollten sich die Unordnung und die Behandlung von vor dem Kriege vor Augen fassen und dafür sorgen, daß eine wirkliche Ordnungsruppe, die Vertreter der Hand- und Kopfarbeiter, ins Gemeindeparsament zieht. — **Freie Volkshöhne.** Ein Volkshaus „Der Wilderer“ kommt am Sonntag am Hotel zur Eichenkahn zur Ausführung. —

Klein-Mühlungen. In einer sehr gut besuchten Volksversammlung sprach Genosin Vollmann (Halberstadt) über die Politik der Sozialdemokratie und die bevorstehenden Wahlen. Genosin Vollmann wandte sich vor allem an die erfreulicherweise zahlreich erschienenen Frauen und legte ihnen die Aufgaben klar, die die Frauen in der Gemeinde zu erfüllen hätten. Vor allem müssen unsere Frauen sich mehr um die Schulfragen kümmern, ferner um die Aufgaben, die sich der Arbeiterwohlfahrtsausschuß gestellt hat. Aber auch das schwierige Problem der Außenpolitik führte die Rednerin den Frauen verständnisvoll und klar umrissen vor Augen. Von den anwesenden Führern des Stahlbundes, des Werwolfes und der Deutschnationalen Partei nahm niemand trotz freier Aussprache das Wort. Herr Engel führte aus, daß es falsch sei, das „alte Bewährte“ abzuschaffen. Herr Kumppe bedauerte, daß unsere Partei das alte Steuersystem mit abgeschafft hätte. Es muß anerkannt werden, daß diese beiden Herren sachlich sprachen. Eine widerliche Note brachte der jehige „Parteiorganisationsleiter“, frühere Amtsdirektor, Otto Schulte hinein, indem er behauptete, daß die Sozialdemokratie schuld habe, daß es dem Arbeiter schlecht gehe. Genosin Vollmann brachte in Erinnerung, daß Schulte, der sich uns gegenüber als Kommunist bezeichnet hatte, sich nicht scheute, Dinge, die zu seiner Kenntnis gekommen waren, dem früheren Amtsdirektor zu hinterbringen. Es wurde festgestellt, daß gerade die Kreise, denen Schulte Zuständigkeiten leistete, mit der Handlungsweise und Dienstleistung Schultes nicht einverstanden waren. Genosin Vollmann wies darauf hin, daß es dringend notwendig ist, nicht nur Versammlungen zu besuchen, sondern auch die „Volkshöhne“ zu lesen, die objektiv alle Sachen in unserem Sinne behandelt. Die Presse bedeutet eine Macht. Im Schlußwort widerlegte Genosin Vollmann die Ausführenden der einzelnen Redner und ersuchte, bei den zukünftigen Wahlen geschlossen für die Sozialdemokratie einzutreten. —

Bücherei. Volksversammlung. Landtagsabgeordneter Genosse Kasten sprach am Sonntag über die bevorstehenden Gemeindevorwahlen. Bedauert wurde der schwache Besuch. Der Referent betonte, daß die Spaltung der Arbeiter und die Wähler, die dafür gejorgt hätten, daß im Reichstag die bürgerlichen Parteien die Mehrheit hätten, an den jetzigen politischen Verhältnissen die Schuld tragen. In der Diskussion, an der die Genossen Lampe, Müller 1 und Müller 2 und Hofe teilnahmen, jagte der Redner, es handle sich jetzt nicht darum, wer schuld an der Spaltung sei, sondern darum, wie sich die Arbeiter wieder zusammenfinden können. Im Schlußwort bedauerte er, daß sich leider immer noch so viele Arbeiter von der bürgerlichen Presse verkapfen lassen. —

Schönebeck. Stadtverordneten-Sitzung. Bei dem Bericht über die Festsetzung der Haushaltspläne der Schul-, Jugend-, Gymnastik- und Kammereikasse wird die Unsauberkeit der Turnhalle (Friedhofstraße) vom Referenten Gehring zur Sprache gebracht. Der Magistrat wird um Abhilfe ersucht. Die Aufstellung des Etats für 1924 weist trotz größter Sparanstrengungen ein vorläufiges Defizit von 150 000 Goldmark auf; weitere Steuerquellen müssen gesucht werden. Da wiederum für die unbesoldeten Stadträte je 100 Goldmark vorgefahren waren im neuen Etat, erklärt Stadtrat Kasten namens unserer Genossen, daß sie auf diese Aufwandsentschädigung verzichten. Von dem Stadtr. Watermann (bürgerl.) wird das Lyzeum (Mädchenchule) über alles gelobt, weil gelegentlich in der Schulkommision Worte gefallen sein sollen, die eine bessere Leitung des Lyzeums wünschenswert seien. Der Erste Bürgermeister Dr. Greberus verweist auf die Revisionsberichte des Provinzialschulrats. Diese Urteile sprechen nicht dafür, daß das Lyzeum auf der Höhe gestanden hat. Die Steuerbergsteuer wird aufgehoben, weil aus ihr in den letzten 3 Monaten nur 66 Goldmark eingegangen sind. Zur Gewerbesteuer sollen als Gemeindeförderung 200 Prozent vom Ertrag und Kapital erhoben werden. Stadtr. Körtling als Gewerbetreibender beantragt Ablehnung. Vom Genossen Stadtrat Kasten wurde Körtling entgegengesprochen, daß wenn man Steuern als Stadtvater ablehnt, man auch Vorschläge über andere Steuerarten machen müsse. Der arbeitenden Bevölkerung und den Arbeitslosen kann man keine Steuern mehr zumuten. Im weiteren muß Vorsteher Sellge den Stadtr. Watermann ermahnen, doch keine Wahlen zu halten. Die Magistratsvorlage wurde daraufhin angenommen. Für die gewerbliche Berufsschule werden die Sätze der Magistratsvorlage nach Golumrechnung angenommen. Dem Hochschulungsamt und Reinigungsamt soll noch ein Kleinarbeiter-Schiedsgericht angegliedert werden. Genosse Henneke als Referent schlägt folgende Herren vor: Arbeitnehmer Rechnungsrat Gustav Werner, Arbeiter Paul Scharf, Lehrer Karl Engel, Arbeitgeber Landwirt Fr. Hurb, Landwirt Paul Vertram (Felsleben), Landwirt Steine-mann (Felsleben). Diese werden gewählt. Eine längere Debatte trat ein bei den Wahlen der Beisitzer zur Stadtverordnetenwahl. Nach einer Verordnung müssen die Beisitzer zum Wahlvorstand jetzt von der Stadtverordneten-Versammlung vorher gewählt werden. Der Minister hat jedenfalls das demokratische Prinzip hochgehalten, die Wahlvorstände nicht einseitig vom Wahlvorsteher, wie es früher war, festsetzen zu lassen. Genosse Hoyer als Referent hatte eine Liste aufgestellt von 72 Beisitzern ohne Parteiunterchied; in allen Bezirken waren reichlich Bürgerliche vertreten. Es wurde aber dennoch von bürgerlicher Seite auf die „guten Freunde“ des Genossen Hoyer hingewiesen. Nach langem Gut- und Scherreden wurde eine Kommission bestimmt, bestehend aus den Stadtverordneten Fischbeck, Wüthof, Hoyer, Jährling, Köhler, die die Liste auszuarbeiten und in der nächsten Versammlung in Vorschlag bringen soll. Die Neuordnung der Buchbeträge des städtischen Gebirgslandes wird so festgelegt, daß alljährlich die Buchen neu festgesetzt werden durch die Stadtverordneten-Versammlung. Für das Gelände der Firma Dümmling (Weidhänge, Müllershofen) wird die Pacht auf weitere 3 Jahre verlängert. Die Bau- und Spargenossenschaft Felsleben will Häuser bauen an der Chaussee nach Gr. Salze und Felsleben. Zu diesem Zwecke soll ein 26 Morgen großer Ackerplan des Landwirts Vertram aufgekauft resp. enteignet werden. Mit Freuden ist diese Entscheidung zu begrüßen. —

Altmar.
Gardelegen. Für die Schulentlassenen findet wie alljährlich, am 30. März abends 8 Uhr in der „Neuen Welt“ eine Jugendweihnacht statt. Anmeldungen sind schon jetzt zu richten an Frau's Nachau, altes Rathaus; Paul Eöhle, Ratsenstraße; Gertra Schärer Burgstraße 187. —

Tangermünde. Die öffentliche Frauenversammlung, in der Genosin Krenning einen Vortrag über die Stellung der Frauen zu den bevorstehenden Wahlen hielt, nahm den Verlauf, den wir nun in Tangermünde für unsere öffentlichen Versammlungen bereits gewohnt sind. In ruhiger Sachlichkeit hielten unsere Referenten ihren Vortrag. In der Diskussion kamen dann immer dieselben Leute von der R. P. D. und gaben zur besseren Dokumentierung ihres Verdes von der proletarischen Einheitsfront die schmerzlichen Mißel der Verleumdung ab. In der Partei aus. Wenn sie dann im Schlußwort von unserm Redner in das richtige Licht gerückt werden, versuchen sie einen unbilligen Verurteilungsschluß durch des Lärmens zu verhindern und sind tief beleidigt darüber, daß wir uns auch zu wehren wissen gegen ihre Demagogie. Und etwas anderes ist es doch nicht, wenn sich ihr Redner in einer Frauenversammlung umstellt und schwagt fast eine Stunde lang von allen möglichen Unken, den er selbst nicht glaubt. Daß er ihn selbst nicht glaubt, scheint uns dadurch bewiesen, daß er sein Verdes ohne jedes eigene Interesse zum Vortrag brachte. Monoton, als wenn man einen Wasserhahn öffnet, ergoß sich seine Rede in den Saal lediglich zu dem Zwecke uns zu verkleunden und den Frauen das Wiederkommen zu vereiteln. Jeder denkende Arbeiter hat ja denn auch das ganze Gebahren schon durchschaut. Wir aber wissen, daß wir auch diese Phale der Entwicklung durchmachen müssen und übersehen werden, um das Proletariat auf diejenige Höhe sittlicher Reife und politischer Erkenntnis zu bringen, die unentbehrliche Vorbedingung ist zur Aufrihtung und dauernden Erhaltung unserer Macht. —

Aus der Jugendbewegung.

Bezirksausführung der Sozialistischen Arbeiterjugend.
Am Sonntag den 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Schönebeck in der „Burgschene“ (Jugendheim), Weiter Weg, eine Bezirksausführung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftliche Mitteilungen.
2. Unsere nächsten Arbeiten (Gustav Schmidt).
3. Bezirksjugendtag in Halberstadt (Gustav Weber).
4. Kurse für Werbebezirksleiter (Fritz Bergt).
5. Verschiedenes.

Alle Werbebezirksleiter und Bezirksvorstandsmitglieder müssen zu dieser Sitzung erscheinen. Der Arbeitsplan für das kommende Jahr muß besprochen werden, die Literaturation und die bevorstehenden Wahlen sind so wichtig, daß keiner fehlen darf. Der Bezirksvorstand.

!! Ein gutes Buch !!
ist das passende Geschenk für
jeden Konfessionen!
Vorrätig hält als Geschenk für diesen Zweck geeignete Bücher
Die Buchhandlung Volkstimme, Magdeburg.

Kleine Chronik.

Tier Geldfälscherbanden aufgehoben. Einen großen Schlag hat in den letzten Tagen die Falschgelddabeitteilung der Reichsbank den Berliner Geldfälschern veretzt. In kurzer Zeit machte sie vier Banden unschädlich. Die erste bestand nur aus zwei Mann, einem Kaufmann Willi Seifert, einem vielfach vorbestraften Darlehnschwindler, und einem Bügler Krügel. Diese beiden stellten zunächst gemeinsam Zwischenscheine der Reichsbankanweisung zu 1,05 Goldmark, und zwar auf eine ganz raffinierte Weise, her. Die zweite Bande, ein Schauspieler Pohl, ein Mechaniker Schwarzer und drei Arbeiter namens Makitte, Kemzer, Smeiding, übte in ihren Wohnungen echte amerikanische Dollar bedeutend auf, von 5 auf 50 Dollar usw. Ihre gut gelungenen Fälschungen setzten sie stets in Zigaretten-Großhandlungen um. Vier beschlagnahmten sie jedesmal zug weien die Waren, erklärten, wenn sie sich schlüssig gemacht hätten, einen Worten schiden zu wollen, der auch das Geld mitbringen werde. Dem Boten gaben sie dann die aufgehobenen Dollarscheine mit. Zur Vorriht hielten sie sich selbst in der Nähe, um beobachten zu können, ob der Bote vielleicht verfolgt werde. Geßah das nicht, so führten sie rasch mit einem Auto an ihn heran, übernahmen die Ware und jagten davon, nachdem sie auch noch ihre mitbesuchenden Spießgesellen aufgenommen hätten. Die dritte und vierte Bande arbeiteten Hand in Hand. Die beiden Kolonnen zählten zusammen nicht weniger als neun Köpfe. Früher waren ein gewisser Schülze und ein Walzer. Diese arbeiteten zunächst nur zu zweien. Dann gründete jeder eine Bande, und diese halfen sich gegenseitig mit Material aus. Zur Werkstat gab ein Reisender Drahn's seine Wohnung am Friedrichshain her. Die Banden fälschten zunächst Stadtfahrscheine der Stadt Berlin zu 4,20 Mark. Als die Preise vor deren Annahme warnte, fanden sie keinen Abhak mehr. Jetzt machten sie die Preuzendollar nach. Als diese jedoch aus dem Verkehr gezogen wurden, mußten sie sich zum zweitenmal umstellen und versuchten es nur mit der Herstellung von Fünf- und Zehnbillionscheinen. Auch diese Fälschungen gelangen ihnen. Von morgens bis abends wanderten sie durch die Stadt und setzten ihre Fälschscheine in kleinen und kleinsten Geschäften aller Art ab, bis ihnen die Kriminalpolizei auf die Spur kam und sie alle festnahm. In der Wohnung des Drahn's fanden und beschlagnahmten die Beamten die ganzen Druckplatten und Maschinen und auch noch frisch hergestellte Ein Dollarscheine der Reichsbankverwaltung, von denen sie wohl noch nichts ausgegeben haben. —

Das Selbstmörderpaar im Kleiderschrank. Am Mittwoch früh wurde in Potsdam im Hause Kiehlstraße 10 von der Polizei eine Wohnung erbrochen, weil sich Gasgeruch bemerkbar gemacht hatte. Man fand die Leiche der Wohnungsinhaberin und ihres Geliebten, des 27-jährigen Gezeiten Richard Müller, im Kleiderschrank. Beide hatten in eifige Abdringung angelegt, den Schrank mit nassen Tüchern abgedichtet und einen Gaschlauch in den Schrank hineingeleitet. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß beide aus Lebensüberdruß Selbstmord begangen haben. Eine zweite Gasvergiftung wurde in einem Haus in Berlin-Steglitz entdeckt. Dort vergiftete eine Frau Elisabeth Funke sich und ihren achtjährigen Sohn, indem sie den Hauptkahn am Zähler öffnete und sich dann ins Bett legte. Durch eine schadhafte Stelle an der Decke waren außerdem große Gas mengen in die Räume des oberen Stockwerkes gedrungen und hatten dort noch einen Kaufmann und dessen Frau so schwer betäubt, daß sie dem Krankenhause zugeführt werden mußten. —

Raiffe von Hohenzollern. Um die Herausgabe eines vor 19 Jahren dem früheren deutschen Kronprinzen gemachten Hochzeitsgeschenks ist ein Streit entbrannt, der in den

nächsten Tagen entschieden werden soll. Etwa 400 preußische Städte stifteten im Jahre 1905 zur Hochzeit ein kostbares Tafelgeschirr, das von ersten Künstlern, unter denen sich Ignazius Taschner und Knud befanden, gearbeitet wurde. Das Tafelgeschirr war für 30 Personen berechnet und umfaßte 1900 Stücke, die zum Teil aus Silber, zum Teil aus Porzellan und künstlerisch geschliffenem Kristall bestanden. Das Geschirr konnte seinerzeit nicht übergeben werden, da es nicht rechtzeitig fertiggestellt war. In der Provisorienzeit ist es vollendet worden und lagert in den Tresors der Reichsbank. Wie das „B. Z.“ berichtet, hat der Kronprinz jetzt Anspruch auf Auslieferung des Geschirrs erhoben, mit der Begründung, daß seine ungenüßliche finanzielle Lage einen Verzicht darauf nicht gestalte. Die juristische Seite des Falles ist dadurch unklar, daß die Schenkungsurkunde nicht notariell beglaubigt ist. Aus diesem Grunde wird ihre Rechtskraft angezweifelt. Zu den Stiftern des Tafelgeschirrs zählten auch Danzig, Memel und Städte Oberschlesiens, die heute nicht mehr zum preußischen Staate gehören. In den nächsten Tagen werden die Oberbürgermeister der preußischen Städte zusammenzutreten, um über das Schicksal des Tafelgeschirrs, der einen künstlerischen Wert besitzt, zu entscheiden. — Die Oberbürgermeister werden hoffentlich daran denken, daß heute Millionen Menschen hungern, darunter ungezählte Kinder. Und daß die aus dem Erlös des Geschirrs wenn auch nur auf Tage satt gemacht werden können, während Prinz Wähe Rittergüter besitzt und Not noch nicht kennengelernt hat. —

Gasexplosion in Oppau. Mittwoch morgen gegen 11 1/2 Uhr ist in dem Oppauer Werke der Badischen Anilin- und Sodafabriken ein Gasentwicker (Generator) explodiert. Dabei wurde ein deutscher Gendarm, der dort als Schutzposten stand, verwundet. Die Sprengstücke wurden mehrere hundert Meter weit geschleudert. Die Ursache der Explosion ist unbekannt. —

Schiffskollision in der Elbemündung. Der japanische Dampfer „Amur Maru“, der sich auf der Fahrt von Hamburg nach Kobe befand, kollidierte bei unsichigen Wetter in der Elbemündung mit dem von Newyork kommenden deutschen Dampfer „Martha Brniold“. Dieser wurde mit aufgerissenen Seitenblech und Wasser im Raume nach Kurz haben eingeschleppt und mußte hier einen Teil seiner in Schidant bestehenden Ladung löschen. Nach provisorischer Koddichtung wurde der Dampfer nach Hamburg gebracht. Der japanische Dampfer erlitt nur leichten Schaden am Bug. —

Sturmwecker an der atlantischen Küste. Von der ganzen atlantischen Küste Americas werden schwere Stürme gemeldet. Viele Branntweinchugglerboote sind dem Stürme zum Opfer gefallen. Der Wind hat eine Geschwindigkeit von 80 englischen Meilen in der Stunde erreicht. Die Küst ist 2 Fuß über die Norm erhohten. In vielen Städten sind die der Küste nahegelegenen Straßen überflutet, weniger feste Gebäude, Signalmasten und ähnliches umgeworfen, auch fahrende Kraftwagen umgeweht worden. In Newyork sind fünf Personen ums Leben gekommen, die Verletzten zählten nach Hunderten; auch an andern Orten ist die Zahl der Verletzten bedeutend. —

Die Verherung des Erdbebens in Costarica. Das Erdbeben an der Küste von Costarica hat, wie aus San José gemeldet wird, ungeheuren Schaden angerichtet. Es waren im ganzen fünf schwere Erdstöße, die am Dienstag einander im Zeitraum von fünfzehn bis zwanzig Minuten folgten. Durch jeden dieser Erdstöße wurden mehrere Städte in Trümmerhaufen verwandelt. Die Zahl der Toten ist zwar glücklicherweise gering, doch sind Hunderte von Menschen verletzt und Tausende obdachlos geworden. Das Hilfswerk zugunsten der in Not geratenen Bevölkerung ist schonigst eingeleitet worden. —

Telegraphische Auszahlungen.

Die amtlichen Notierungen stellten sich wie folgt in Millionen:

	11. März	Brief	12. März	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1561100	1578900r	1561100	1578900r
Buenos Aires	1425000	143500r	1425000	1435000r
Brüssel-Antwerpen	134700	135300r	143600	144400r
Christiania	560600	563400r	565600	568400r
Kopenhagen	648400	651600r	648400	651600r
Stockholm	1097200	1102800r	1102200	1107800r
Helsingfors	105700	106300r	105700	106300r
Italien	174800	175400r	177600	178400r
London	17955000	18045000r	18005000	18092000r
Newyork	419000	421000r	418000	4210000r
Paris	154600	155400r	16000	167400r
Schweiz	724200	727800r	724200	727800r
Spanien	513700	516300r	516700	519300r
Japan	1875000	1885000r	1855000	1865000r
Rio de Janeiro	495000	505000r	495000	505000r
Wien (pro Tausend)	61800	62200r	60800	61200r
Prag	122100	122900r	122100	122900r
Jugoslawien	54800	55200r	55600	56200r
Pest (pro Tausend)	58800	59200r	57800	58200r
Bulgarien	30900	31100r	31900	32100r
Lissabon-Oporto	130600	131400r	130600	131400r

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Obstbaumschnitt H. D. Lübeck,
Haffelbachstraße Nr. 3.

Würgel gegen Husten

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volkstimme.

Wieder vorrätig:
Henry Ford: Mein Leben und Werk. Aus dem Leben des Automobilkönigs. Halbbandenband, 800 S. — **Sedlich-Strüßler: 12 Jahre am deutschen Kaiserhof.** Erinnerungen aus der Zeit Wilhelms 2. Halbbandenband, 600 S. — **G. Shaw: Der gesunde Menschenverstand im Kriege.** 2 Bände, 480 S. — **Walt Whitman: Der Wanderst. Viele Aufzeichnungen und Gedichte aus dem amerikanischen Geistesleben.** 1,20 M. — **Garbuße: Das Frühlicht.** Novellen, 150 S. — **E. A. Rejzler: Hinter der Front.** Ein Tagebuch, 1,60 M. — **Karinshp: Die Reise nach Jarwido.** Preis 1,20 M. —

Zeitschriften:
1000 Worte Englisch. Lieferung 1, 2, 3. Jede Lieferung 0,20 Mark. — **Welt des Kaufmanns** Nr. 1 bis 6. pro Heft 0,50 Mark. — **Die Tat,** Monatschrift für die Zukunft deutscher Kultur. Nr. 12. — **Der Film** Nr. 10. — **Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau** Nr. 7. — **Die Volkshöhne** Nr. 11. — **Schul- und Kinderfreund** mit Kinderland Nr. 3. — **Simplex** Nr. 5. —

Theaterkasse:
Republikanische Rundgebung Sonntag vormittags 10 Uhr im „Sofinger“. 0,40 Mark. — **Abend des Herrn Riemann** Freitag, 8 Uhr im Wilhelm-Deater. — **Kabale und Liebe** Sonntag 4 1/2 Uhr im Wilhelm-Deater. — **Freitag in der Stadt** Sonntag 4 1/2 Uhr im Magdeburger Volkstheater. 1,00 und 1,50 Mark. —

Nur das echte DR. OETKER'S BACKPULVER „Backin“
müß die Hausfrau beim Einkauf fordern, dann hat sie beim Backen stets Erfolg.

Dr. Oetker's einfacher Napfkuchen. Zutaten: 125 g Butter oder Margarine, 200 g Zucker, 1 Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker oder „-1“ Flüsschen Dr. Oetker's Zitronen-Oel, 500 g Mehl, 1-2 Päckchen Dr. Oetker's Milch-Eiweißpulver, 1 Päckchen Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ und 1/2 Liter Milch.

Zubereitung: Butter, Zucker und Geschmackszutaten rühre schaumig. Dann füge nach und nach das Milch-Eiweißpulver und „Backin“ gemischt und gesiebte Mehl und die Milch hinzu und rühre die Masse gut durcheinander. In einer gut vorbereiteten Form wird der Kuchen in etwa 1 Stunde gar gebacken.

Preiswerte Angebote!

1. Stock Borgezeichnete Weißbäckereien 1. Stock

Duale Decken	Salbleinen	2.50	1.75
Tablett-Decken	Salbleinen	96 75 50	30 J
Rindermagen-Decken	Salbleinen		3.00
Rindermagen-Rissen	Salbleinen		2.75
Rinder-Läshen	Abberbarheit oder Salbleinen		45 J

Erdegeschloß Abteilung Herren-Artikel Erdegeschloß

Sport-Mützen	Neudecken für Herren	3.50 2.75 1.85	1.75
Sport-Mützen	Neudecken für Knaben	3.00 2.75 2.50	1.65
Schlager-Mützen	für Herren 4.50 2.75		1.90
Rind-Mützen	für Herren 6.50 5.00 3.25		2.25
Ein Posten Stepphüte	für Herren und Knaben		1.45

Ein Posten breite	Ein Posten gute
Milch-Hosenträger	Gummi-Hosenträger
erste Wahl	mit Lederstreifen
1.75	1.25

Herren-Stehtragen	(Marineform) 4fach	85 J	Dauerwäsche	85 J
Herren-Stehumiegetragen	4fach	80 J	Dauerwäsche	95 J
Wagners echte Bigognoe		100 Gramm		1.35
Gommer-Merino		160 Gramm		1.25
Gehleichte Baumwolle		160 Gramm		1.00
Herren-Socken	moderne Farben	Paar 1.50 85		65 J
Herren-Socken	Paar gestreift	Paar 1.45 85		50 J
Herren-Socken	feine reißwollene, schwarz	Paar		2.50
Gute Wato-Damenstrümpfe		Paar 1.30		1.20
Gute Seidenfar-Damenstrümpfe		Paar 1.25		1.75
Edel-Seidenfar-Damenstrümpfe		Paar 1.50		2.65

Gommer-Tritotagen

Herren-Hemden	maiofarbig, vorzügliche Qualität	5.50 5.25	5.00
Herren-Hosen	maiofarbig, vorzügliche Qualität	4.00 3.75	3.50
Herren-Jacken	maiofarbig, vorzügliche Qualität	3.80 3.60	3.40

Sarbige Garnituren

für Herren, Jacke und Reintleid	10.25 9.50 8.75
in eleganter Ausführung	15.60 14.40 13.20

Damen-Hemdhojen	mit breitem Spigen-Einjas	3.90
Damen-Schlapphojen	Flor, in feinen Farben	2.25
Damen-Unterhemden	mit Achselbändern	2.50 1.95
Damen-Untertailen	ohne Termel	2.40 2.25 2.10
	in guter Qualität	2.90 2.75 2.60
	mit ganzen Termeln	3.25 3.00 2.75
	in guter Qualität	3.75 3.50 3.25

1. Stock Schuhwaren-Abteilung 1. Stock

Konfirmanten-Stiefel	für Mädchen, Knochengebrau, mit und ohne Lackfarbe	13.00
Konfirmanten-Halbschuhe	mit hohem und flachem Absatz für Knaben, prima Nindbog, beste Verarbeitung	11.00
Konfirmanten-Stiefel		13.00

Turnschuhe		Marke "Arena", grau, mit Chromleder Spitze oder braun Segelstoff, mit Gummi Sohlen
22-24	25 u. 26	27-30
31-33	34 u. 35	36-42
43-46		
2.50	2.75	2.90
3.25	3.50	3.90
4.60		

Kinder-Lack-Spangenschuhe		rel. Lederhaut-Abnutzung
18-20	21 u. 22	23 u. 24
25 u. 26		
4.00	4.75	5.90
6.90		

Kurzwaren-Abteilung

Sadnähzwirn	25-Gramm-Dode	25 J
Maschinengarn	1000-Meter-Rolle	80 J
Maschinengarn	200-Meter-Rolle	19 J
Handnähgarn	100-Meter-Rolle	16 J
Baumwollband	3-Meter-Stück	12 J
Schnürfentel	100 cm	Paar 12
Sicherheitsnadeln	Duzend-Mappe	8 J
Gummibiegen für Hosenträger	3 Stück	20 J
Kinder-Strumpfhälter		Paar 35 J
Leder-Strumpfbänder		Paar 50
Herren-Sockenhalter		Paar 75

Berill	Palet	45 J
Schnitz-Seifenpulver	Palet	32 J
Schneerührer		25 J
Prima Kernseife	Doppelpalet	22 J

Sawatch

Kaffee	1-Pfund-Palet	1.20
Familien-Netze	1/2 Pfund	28 J
Speise-Schokolade	Palet	22 J
Käsezungen	Karton	35 J

Die Volksfürsorge

erfreut die Sozialisierung des Versicherungswesens.
Was durch das Volk, für das Volk!
Seine Dividenden an kapitalistische Interessenten.

Tausende Tote

bei Gebrauch von Robo
Robo ist nicht allein unter Garantie des Ingegnieurs, sondern verleiht zugleich Brut und Schuppen.
Spezial: H. Fischer, Albrechtstraße 2. Sie haben in Frankfurt und Erdreitzgebüten.

Extra billiges Angebot!

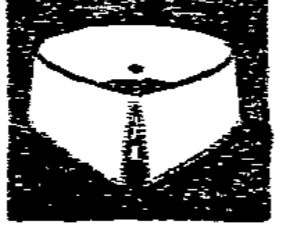
Zigaretten	von 7 Pf. an
Zigaretten	goldgelb 1 1/2 Pf.
Rauchtabak	von 25 Pf. an
Schlag	goldgelb von 30 Pf. an
Kontabak	18 Pf.

H. Ahlemann

Große Münzstraße 11 gegenüber der städtischen Sparkasse.

Konsum-Verein für Magdeburg u. Umgeb.

nur Breitenweg 56, 1.
Konfirmanten-Anzüge 17.00
Konfirmanten-Kleider
Konfirmanten-Schuhe



Mey's Kragen

mit feinem Wäscheleil
das ideale Herrenwäsche
1 Dutzend in Schachtel
8 1/2 - 15 je nach Form

Handverarbeitete
August Leis Nachfolger
Große Münzstraße 11.



Henkel's Scheuerpulver

Ata

putzt, reinigt alles!
Überall zu haben

3 Wäbel-Schlager!

Preiswert Angebot für Hausfrauen. Käufer sparen, auch bei 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 10000, 11000, 12000, 13000, 14000, 15000, 16000, 17000, 18000, 19000, 20000, 21000, 22000, 23000, 24000, 25000, 26000, 27000, 28000, 29000, 30000, 31000, 32000, 33000, 34000, 35000, 36000, 37000, 38000, 39000, 40000, 41000, 42000, 43000, 44000, 45000, 46000, 47000, 48000, 49000, 50000, 51000, 52000, 53000, 54000, 55000, 56000, 57000, 58000, 59000, 60000, 61000, 62000, 63000, 64000, 65000, 66000, 67000, 68000, 69000, 70000, 71000, 72000, 73000, 74000, 75000, 76000, 77000, 78000, 79000, 80000, 81000, 82000, 83000, 84000, 85000, 86000, 87000, 88000, 89000, 90000, 91000, 92000, 93000, 94000, 95000, 96000, 97000, 98000, 99000, 100000.

Eine gute Wäsche

unverwundliche Wäsche nach eigener Methode
auf Zeitzahlung
in Raten
von 50 Pfennig an und Woche durch die
Sofortzahlung
Zinslos in 14 Tagen
Schnell
Maße
Korte Münzstraße 11.

Gute Bücher

empfehlen die Buchhandlung Volksstimme

Unglaublich billig

find meine Preise in Anzügen, Kostümen und Mantelstoffen. — Mein Grundsatz: Kleiner Nutzen, großer Umsatz!

Anzugstoffe	besondere Qualität, ca. 145 cm breit Meter 9.00 8.00	6.50 e-n.
Anzugstoffe	für Sport u. Straße, unverwülstl. L. Tragen, ca. 145 cm br. Meter 7.50 6.00 4.50	3.50 e-n.
Rosenstreifen	prima Qualität	8.50 e-n.
Prima Manchester	übliche Breite Meter 4.20	3.50 e-n.
Reinwollene Gabardine	ca. 130 cm breit	6.80 e-n.
Ein Posten Stoffe	für Sport, Reub., ca. 140 cm breit Meter 6, 5	3.60 e-n.

Textilhandlung

Nr. 12 Tränsberg Nr. 12
1 Minute von der Straßenbahnhaltestelle Elms 3
Inhaber Alfred Katzner.

Geschäft ohne Mittagspause durchgehend geöffnet!



beschäftigt über 2500 Facharbeiter und Angestellte.
„Er“ verhilft durch seine anerkannte Pabform allen Deutschen wieder einen aufrechten Gang. „Er“ wandert aus der Fabrik nach 8 Wochen sorgfältigster Bearbeitung nur direkt in unsere 114 Verkaufsstellen.

„Er“ ist unerhört billig!
„Er“ wird morgen an dieser Stelle ein besonderes Angebot bringen.

Lachen links

Heute neu! Nr. 10 Heute neu!
in verfeinert, verklärter Form, befehle Sie sofort für
25 Pfennig 25

Buchhandlung Volksstimme.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13. März 1924.

Wohnungswirtschaft und Steuerpolitik.

Ueber Wohnungsbau, Wohnungsmiete und die dritte Steuernotverordnung sprach am Dienstag abend Stadterworbener Genosse Plumböhm in einer von der Ortsgruppe Neue Neustadt des Mietervereins Groß-Magdeburg im „Wintergarten“ einberufenen großen öffentlichen Versammlung. Plumböhm erklärte, daß er dieses Thema gewählt habe, weil die Wohnungsfrage eine der wichtigsten Fragen des heutigen Lebens sei. Die Wohnungsfrage verbindet sich in der kommenden Zeit mit dem Aufstieg des deutschen Volkes. Man erhebt die Forderung, die Wohnungswirtschaft, das Reichsmietengesetz und alle diese Dinge seien schuld an der Wohnungsnot. Am 15. v. M. hätte die „Magdeburger Zeitung“ über eine öffentliche Versammlung des Hausbesitzervereins berichtet. Danach wäre eine Entschließung angenommen worden, die verlangte die sofortige Aufhebung des Reichsmietengesetzes u. a. m. Der Vorsitzende des Magdeburger Haus- und Grundbesitzervereins Wilhelmstadt, Herr Dume, betonte in dieser Versammlung, der Hausbesitzer fordere die sofortige Beseitigung der Zwangsbesetze und der Mieterklauselgesetze, denn die Kreditanstalten hätten sich bereit erklärt, Baukapitalien herzugeben. Er erwarte die Belebung des Baumarktes im Sommer d. J. Plumböhm erklärt hierzu: Die Zinssätze, die gefordert werden, beweisen effektiv die Kreditnot. Ueberall macht sich eine Kapitalnot recht sehr bemerkbar. Geld ist teuer und nicht schnell flüssig. Wenn Dume behauptet, daß sich schon jetzt Kreditquellen geöffnet hätten, dann sollten sich doch die Leute, die gern bauen wollen, schleunigst an diese Kreditquellen wenden, Dume wird ihnen diese sicher nennen.

Wie liegen denn diese Dinge? Es ist ziemlich aussichtslos, für 10 Prozent des Bauvertrags eine Hypothek zu bekommen. Hypothekendarlehen können kein Baukapital zur Verfügung stellen, denn sie haben kein Bargeld. Ihre Pfandbriefe werden mit 50 Prozent gegen bar gehandelt. Dume hat danach Schlagwörter gebraucht, die er nicht gut beantworten kann. Plumböhm bemerkt dann, daß bei einem Stundenlohn von 35 Pf. die Miete heute für Küche, Kammer und Stube — in „freier Wirtschaft“ — 825 Mark betragen würde, und was sollte da, bei einem Jahreseinkommen von 867 Mark, übrigbleiben?

Recht interessant waren die Ausführungen des Referenten über die Konferenz in Berlin unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Scheid. Der Baukönig Haberland hätte dort freimütig erklärt, daß ein Bau ohne Baugeldschüsse zurzeit überhaupt unmöglich sei, und es sei dringende Aufgabe, den Bau allmählich an die Wohnungswirtschaft heranzuführen. Haberland hätte auch weiter die interessante Bemerkung gemacht, daß er, wenn er 200 000 Mark besitzen würde, entziehen nicht bauen würde, sondern lieber sein Geld der Industrie zuführen würde, denn dort bekomme er dafür 25 Prozent. Staatssekretär Scheid hätte schließlich festgestellt, daß die Schwerverständigen die Anschaffung vertreteten hätten, daß die freie Wohnungswirtschaft zurzeit unmöglich sei, daß der Wohnungsbau nur mit Zuschüssen möglich sei und daß die Zwangswirtschaft noch nicht entworfen können.

Plumböhm berichtete dann über Verhältnisse in England und Amerika. In Amerika z. B. wäre Wohnungszwangswirtschaft und Mieterschutz noch bis Februar 1926 in Kraft. Vom freien Wohnungsmarkt ist also kein Wohnungsbau zu erwarten, deshalb ist es notwendig, aus öffentlichen Mitteln den Wohnungsbau zu betreiben. Wenn behauptet wird, in Magdeburg sei mit der Wohnungsbaubehörde nichts erreicht worden, dann beweisen die Zahlen — anders, daß nämlich 1600 Wohnungen neu gebaut wurden, 800 Wohnungen rationiert und zusammen damit 9000 bis 11000 Menschen Wohnungen erhalten hätten. Mit der Politik also, die hier in Magdeburg gemacht worden wäre, brauche man sich in der Öffentlichkeit nicht zu verstecken. Plumböhm sprach nun eingehend über die dritte Steuernotverordnung, die von der gegenwärtigen Regierung geboren wurde, und von ihrer Wirkung. Die Steuer erhöhe mehr auf, als sie einbrächte. Den Mietern bringe sie vom 1. April d. J. ab: Veranlagungskosten 5 Prozent, kleine Reparaturen 3 Prozent, große Reparaturen 12 Prozent, Betriebskosten 15 Prozent und die Nachschüsse, für höhere Steuern 3 1/2 Prozent, für besondere Lasten, Wasserzins u. a. 4 Prozent, das sind zusammen 42 1/2 Prozent zulässig, zwangsläufig sind es nur 37 Prozent. Von 25 Prozent Mietssteuer sollen 10 Prozent zum Wohnungsbau kommen. Es kommen damit zusammen 67 1/2 Prozent heraus, und dabei die Arbeitslosigkeit! Man sieht sich wohl bemüht, daß das deutsche Volk diese Lasten nicht tragen könne, denn es ist unmöglich, daß ein Ausgleich für die Lohn- und Gehaltsempfänger hergegeben werden dürfte.

Die Frage, ob in der Tat diese 42 1/2 Prozent bzw. 37 Prozent gebraucht werden, ist entschieden zu verneinen. Plumböhm erklärte, daß er dem Hausbesitzer keinewegs einen Prozentsatz für die Veranlagung beitreibe, das sei zweifellos auch Arbeit, die bezahlt werden müßte. Der Referent kritisierte dann besonders scharf die Paragraphen 27 letzter Absatz und 28 Absatz 4 und 5 der dritten Steuernotverordnung. Es sei das Tollste, was je Veranlagungskommen sei, denn der Besitz ginge glatt und unbelastet aus. Den Mietern drohe eine riesige Gefahr, deshalb sollen sie sich vor den Wahlen an die Parteien wenden, von ihnen eine klare Forderung verlangen und sich danach bei der Wahl entscheiden. Das Reichsmietengesetz müsse unangefastet bleiben, die Hypothekenaufwertung müsse vertagt und die Mietszinsteuer befristet werden, an ihre Stelle hätte eine Vermögenssteuer zu treten.

Für die Gemeinden wäre unter der dritten Steuernotverordnung eine ganz unmögliche Situation geschaffen, die Bürger sollen mit diesen Steuern belastet werden, an die großen Vermögen aber können die Gemeinden nicht heran.

Wie war es denn mit dem Schrei nach dem freien Lebensmittelmärkte, er würde sich schon auswirken. So ist es jetzt mit dem Schrei nach dem freien Wohnungsmarkt! Der freie Kapitalmarkt herrscht. Der Mieter muß wieder Träger der Wohnungswirtschaft, des Wohnungsbaus sein, wir müssen wieder zu einer gesunden und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft kommen und daran muß der Mieter aktiv mitarbeiten.

Plumböhm schloß sein ausgezeichnetes und überzeugendes Referat mit der dringlichen Mahnung an die Mieter, die Augen aufzumachen und sich bei den kommenden Wahlen den Mann ihres Vertrauens recht genau anzusehen.

Die Not der Arbeiterkinder.

Die öffentliche Versammlung, die der Arbeiterverein Kinderfreunde am Mittwoch abend mit diesem Thema veranstaltet hatte, war leider nicht gut besucht. Das ist zu bedauern. Der Vortrag des Genossen Dr. Lohmann (Berlin) hätte von vielen Hunderten gehört werden müssen. Mit ihm wurde gezeigt, daß die sozialistische Arbeiterbewegung, die gerade in jüngster Zeit die erfreulichsten Fortschritte in Deutschland gemacht hat, tiefe soziale Ursachen hat. Genosse Lohmann unterjochte die Möglichkeiten einer körperlichen und geistigen Entwicklung des Arbeiterkinderes. Unter der wirtschaftlichen Not haben die Kinder besonders schwer zu leiden. Nicht nur körperlich, auch geistlich und geistig. Wie groß die Not ist, das zeigt sich bei gelegentlichen Umfragen, die Schullehrer in Volksschulen befragten. Bei solch einer Umfrage in Bremen hat sich herausgestellt, daß 40 Prozent der Kinder einer Klasse auch zur Winterzeit kein Hemd anzuziehen hatten.

Über die Not des Arbeiterkinderes ist keine besondere Entscheidung unter Zeit, sie heißt schon, so lange es eine kapitalistische Wirtschaft gibt. Der Kapitalismus hat die Familie zerstört und hat den Kindern Brot und Kleidung genommen. Die Familie ist keine Arbeits- und Lebensgemeinschaft mehr, sie ist zerfallen. Der junge Mensch braucht aber die Gemeinschaft, um körperlich und geistig wachsen zu können. Diese Gemeinschaft hätte die Schule schaffen müssen. Die alte Schule hat diese Aufgabe nicht erfüllt. Sie hat keine Verbindung zum Leben, zur Natur, von Mensch zu Mensch gefunden. Nun sind Erziehungsreformer, Sozialpolitiker, Sozialisten am Werke, der Jugend eine neue geistige und materielle Welt zu schaffen.

Es muß betont werden, daß das Kind nicht erst werden kann, wenn nicht die arbeitende Menschheit erst aus der Anarchie des Kapitalismus. Die Jugendnot ist ein Teil des großen geschichtlichen Problems der Befreiung der Arbeit. Die Not des Kindes ist auch nur zu beseitigen durch die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft, durch die sozialistische Organisation der Gesellschaft. Diese Gesellschaft wird so sein, wie die heute heranwachsende Generation sie gestaltet. Hier zeigt sich die Bedeutung unserer Erziehungsarbeit: sie ist wirklich positives Wirken für den Sozialismus.

Dem interessanter Vortrag schloß sich eine kurze Besprechung an. Genossin Noack und Genosse Philippson machten Mitteilungen über Vereinsveranstaltungen. Am Sonntag abend 7 1/2 Uhr wird im Guttemplerheim, Gr. Spurlstraße, ein Vortrag gehalten über „Das gesunde und das kranke Kind“.

Der Kampf im Baugewerbe vertagt.

Die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände der Provinz Sachsen und Anhalt teilte den Bezirksleitungen der Arbeitnehmerorganisationen unter dem 28. Februar folgendes mit:

Gleichzeitig geben wir Ihnen davon Kenntnis, daß die Tarifgemeinschaft beschlossen und entsprechend ihre Mitglieder angewiesen hat, mit der vom 13. März 1924 beginnenden Lohnwoche die zehn stündige Arbeitszeit einzuführen.

Um zu dieser einseitigen tarifwidrigen Handlung der Bauarbeitgeber Stellung zu nehmen, trat auf Antrag von Arbeiterschaft am 12. März das Bezirksamt des Baugewerbes zusammen. Als im Laufe der Verhandlungen der unparteiische Vorsitzende des Tarifamtes darauf hinwies, daß er in dem Vorgehen der Tarifgemeinschaft eine tarifwidrige Handlung erblickte, stellten die Vertreter der Tarifgemeinschaft plötzlich die Frage, ob den Arbeitgebern nicht bekannt sei, daß die Tarifgemeinschaft beschlossen hätte, den Beschluß auf Einführung der 10stündigen Arbeitszeit zurückzunehmen und ihrerseits auch schon eine solche Anweisung an die einzelnen Unternehmer ergangen sei.

Durch diesen plötzlichen Zurückzieher machten die Herren eine Beschlussfassung des Tarifamtes unmöglich. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

- 1. Die Arbeitgeber erklären: Die Tarifgemeinschaft der vier Arbeitgeberverbände nimmt die Anweisung vom 29. Februar 1924 betreffend die Einführung einer 10stündigen Arbeitszeit zunächst zurück.
2. Die Arbeitnehmer erklären: Wir nehmen unseren Antrag vom 29. Februar 1924 an das Tarifamt zunächst zurück.

Die Tarifgemeinschaft der vier Bauarbeitgeberverbände wird also zunächst auf die Einführung des Sechstages verzichtet. Das wird für den Teil der Unternehmer, die erst gar nicht abwarten konnten — in Königs-Lutter ist schon seit längerer Zeit, in Sietzstedt ist seit dem 13. März ausgeübt —, die Arbeitszeit ins Ungemessene zu verlängern, ein Strich durch die Rechnung sein. Es wird jedenfalls von dieser Seite aus versucht werden, in einzelnen Orten und auf einzelnen Arbeitsstellen die Arbeitszeit über 8 Stunden zu verlängern.

Die Betriebsräte und Parteilegitimierten werden daher auf strengste darauf zu achten haben, daß eine Überschreitung des Sechstages nirgends erfolgen darf. Sie werden insbesondere Versuche der Unternehmer, für den einzelnen Betrieb eine Verlängerung der Arbeitszeit zu vereinbaren, auf das energigste zurückweisen müssen.

Aus politischen Gummizellen.

Am Sonntag sollte der Antijudenbericht Winter im „Sofjäger“ die Juden und Sozialdemokraten tot reden, werten und etwa noch massakrieren. Der große Winter kam nicht, an seiner Stelle reibete der große Reiter das Germanentum. Der selbe Reiter, der reichen Juden angehoben hatte, er würde eine Schutzgarde für die Juden ausrichten, wenn er genügend jüdisches Geld dafür bekomme; derselbe Reiter auch, der seine Familie in der Stadt Nürnberg ohne alle Erlaubnisse zurückgelassen hatte, in Nürnberggeode sehr großzügig lebte, während die Familie aus Gemeindemitteln unterhalten werden mußte. Gut treue und arisch. Ueber die deutsch-jüdische Ratensverfälschung am Sonntag wird uns von einem Leser noch folgendes geschrieben:

Sie traten an: ein Wahrheitslieb nach dem andern, die in der Diskussion Schwindel an Schwindel reichten. Von der „Rassentumme“ bis zur „Tageszeitung“ — alles Judenwörter, die für deutsch-jüdische Geisteszeugnisse keinen Raum haben. Allerdings: jeder der „Wörterbuch-Besitzer“ hatte auch seinen Platz für die Magdeburger Geistesblitze gehabt, nur Herr Hüler hat die Magdeburger völkischen Staatswirtschaftler gelobt! — Dann kamen die „Juden“ Sollmann und Lenin dran. Das ist schon höherer Schwindel, denn außer den Fälschern weiß es kein jedes Kind, daß beide keine Juden sind.

Die Sollmann-Versammlung übernahm! Sie liegt den Entscherten schwer im Magen, und da muß man schon freche Lüge herhalten, denn ein paar ostdeutsche Arbeiter- und Ehrenmänner verurteilten, ihre Wortmeldungen dort wären unter den Tisch gefallen. Diese tapfern Geden! Es hatte in der Sollmann-Versammlung erst dieser Rülse bedürft, überhaupt einen ihrer Wortführer aufs Podium zu bringen. Und dann trat noch der Ungarman mit dem russisch-polnischen Judennamen auf, der nie fehlt. Über ihm geschleift jubelnd Worte, wenn wir bei diesem Ehrenmann hier betreiben!

Wie ich überhaupt in die Versammlung gekommen bin? Na bin kein Jude, aber ich hatte doch Befürchtungen. Ein Straßenszenario hat meinen Gesichtsausdruck beschädigt. Aber ich war „sozialistischer“ gerührt, zum Baden gewesen, alles in Ordnung gebracht und bereit für alles — die Frontsoldaten und sonstigen Wackalken werden wissen, wofür. Doch der Blick meines blauen Auges genügte. Und dennoch! Nach den Reden der völkischen Schwärzer schien alles außer halb des „Sofjägers“ Jude zu sein, nur in Lokal echte Germanen; aber, aber! Ein paar mal kamen mir ein paar Hauptknecker doch verdächtig vor. Sollte es doch trotz allem möglich gewesen sein? O, diese verdammten Juden!

Stahlhelm und Deutschnationale.

Knüppel-Kunze nahm am Montag 30 Pfennig Eintritt. Er, Parteifreund von uns rieferte die 30 Goldpfennige. Er meinte, diese Summe wird das Vergütigen schon wert sein. Es wurden auch einige bergmütige Stunden. Knüppel-Kunze schloß die Jüdische Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrallisten ebenfalls in der Gergenslust. Je größer der Blödsinn, desto stürmischer der Beifall. Der Redner und die Mehrheit der Zuhörer passen ja an. Einige Kommunisten traten dann auf und „belegten“ die Politik von der andern Seite. Viel heller wurde es auch nicht. Die höchste Höhe erklomm aber ein Stahlhelmist, der sich gegen Kommunisten und Sozial wandte und dabei zu dem Ausspruch sich verließ: „In den Versammlungen belumpft uns dieser Hund und am nächsten Tage kommt dieses Gefindel in unsere Speiseküchen und frisst sich fett.“ Losender Beifall. Junge Dame dem Hakenkreuz auf dem Bauch und dem Stahlhelm auf der Brustfront waren einfach furcht.

Der Ausspruch zeigte den ganzen Stahlhelm-Größen. Wie jämmerlich gering ist die Hilfe, die für Kollektende vom Stahlhelm kommt gegenüber dem sozialen Wirten, das seit Jahren geißt wird von anderer Seite, insbesondere von den Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft. Hier wird nur die Marktschreierreklame nicht gemacht, wie sie der Stahlhelm beliebt. Und wie klein ist der Gewinn, den das Volk von den Stahlhelmaktionen hat gegenüber dem ungeheuren Schaden, den die Stahlhelmaktion: schon in Deutschland angerichtet haben. Über es ist echt teutische Art, um dem großen Mundwerk alles zu machen.

Kapitalismus und Jugendnot.

Die Zahlen, die der Landeshauptmann Dr. Horion, der Vorsitzende des Landesarbeits- und Berufsamts der Rheinprovinz, jetzt bekannt gibt, zeigen selbst dem Unwilligsten, wie die Verhältnisse der Jugend, über die die Paritätler so gern abschällig urteilen, nichts als eine natürliche Erscheinungsform der kapitalistischen Ordnung ist. Da die Arbeitsnachweis-Statistik die Jugend nicht besonders erfasst, hat das Landesarbeits- und Berufsamt der Rheinprovinz eine Erhebung über die gegenwärtige Arbeitsmarktlage der Jugendlichen durch die Berufsämter veranlaßt. Danach sind z. B. in Neuß von den 302 Ostern 1923 entlassenen Knaben, die ursprünglich zu 90 Prozent eine Arbeitsstelle hatten, heute 80 Prozent arbeitslos.

Was das besagt, zeigen uns die Gesamtzahlen, die Dr. Horion für die Rheinprovinz bekannt gibt: In rheinischen Großstädten sind zurzeit noch bis zu 70 Prozent der Ostern 1923 aus der Schule entlassenen Jugendlichen ohne Lehrstelle und ohne Arbeitsstelle. Demgemäß wurden in den Monaten April bis Juni 1923 in der Rheinprovinz der Fürsorgeerziehung überwiegend 224 männliche und 181 weibliche — 505 schulenfreie Minderjährige und in den 4 folgenden Monaten waren die Zahlen 369 und 297 — 666 Minderjährige. Die zweite Hälfte des Jahres 1923 brachte demgemäß weiter gegenüber dem Vorjahr ungefähr die doppelte Zahl der Lehrverweigerungen in Fürsorgeerziehung.

Solche Krisenzeiten gehören zum Wesen des Kapitalismus. Sie sind in der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion unausweichlich. Und so gibt's immer wieder Perioden, in denen der Kapitalismus die Fürsorgeanstalten in ganz besonderem Maße füllt — und hernach die Gefängnisse.

Wie der „Amische Preussische Pressedienst“ mitteilt, reiste der Wohlfahrtsminister im Hinblick auf die verheerenden Folgen, die die Not der Arbeitslosen, insbesondere bei der schulentlassenen Jugend herbeigerufen habe, in einem Erlaß an, für die Einschulung in Berufs-, Fach- und Fortbildungsschulen oder Beschäftigung der erwerbsfähigen Jugend zu sorgen. Für diesen Zweck sollen besondere Lehrverträge, wie sie bereits in industriellen Werken bereits geschlossen haben, geschaffen werden. So infolge der Finanznot des Staates staatliche Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden können, müsse versucht werden, Gemeinen und Private für die Aufgabe zu interessieren. Es ist zwar für den Staat ein etwas sehr bequemes Verfahren, die Gemeinen für die Sache „zu interessieren“; notwendig ist jedenfalls, daß etwas getan wird, ganz gleich von welcher Seite, Schule und Erziehung, alle Opfer der Eltern verlieren ihren Wert, wenn der schulentlassene junge Mensch wieder arbeiten noch einem Beruf erlernen kann.

Freispruch im Wiederanfrageverfahren.

In der Frohler Feldmark kam es am 12. Oktober 1923 zwischen den Polizeibetriebsassistenten Haase und Strohe und drei Jagdschützenbeamten der Firma Mendorf zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Männer waren mit Schusswaffen ausgerüstet: Die Jagdschützen mit Gewehren, Haase mit einem Revolver. Er schoß und traf die Beamten Delje und Scheele tödlich. Haase selbst wurde durch zwei Schüsse leicht verletzt. Am 20. Januar 1923 stand Haase vor dem Magdeburger Schwurgericht. Es wurde gegen ihn wegen Totschlags und Jagdschützen nach Jagdvergehen und Totschlag, sprachen Haase dagegen der Körperverletzung mit Todeserfolg schuldig. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 10 Monaten.

Der Verteidigung gelang es, ein Wiederanfrageverfahren durchzuführen. Am Dienstag stand Haase vor dem Strafamt des Landgerichts. Er behauptete wieder, in der Notwehr gehandelt zu haben. Die Jagdschützenbeamten hätten ihn umstellt und aus nächster Nähe die Gewehre auf ihn in Anschlag gebracht. Als er gedroht habe, bei weiterem Angriff von ihnen Maffie Gebrauch zu machen, habe Delje zuerst auf ihn geschossen. Darauf habe er seine Pistole auf Delje abgefeuert. Im Liegen habe er noch einen Schuß auf Scheele abgegeben. Als er am Boden gelegen, habe er noch einen Schuß von Kallehne, dem dritten Beamten, erhalten.

In der umfangreichen Beweisaufnahme sollte vor allem festgestellt werden, ob sich der Angeklagte in der Notwehr befunden habe. Der Jagdschützenbeamte Kallehne sagte aus, der erste Schuß sei vom Angeklagten auf Delje abgegeben worden. Heute Wagner, der sich auf dem Felde in der Nähe des Tors befand, will bestimmt gesehen haben, daß der erste Schuß vom Angeklagten abgegeben worden sei. Nach der Aussage des Amissekretärs in Angelegenheiten eingedrungen. Staatsanwaltschaftsrat Schmidt fügte aus, daß das Ergebnis der Beweisaufnahme das gleiche sei wie in der Schwurgerichtsverhandlung. Der Angeklagte sei wegen Körperverletzung mit Todeserfolg wieder zu verurteilen. Die Verteidiger gaben zu, daß es wohl feststehe, daß der erste Schuß vom Angeklagten abgegeben worden sei. Der Angeklagte habe sich jedoch, da er als Polizeibeamter von drei Personen ohne amtsmäßige Eigenschaft im höchsten Grade bedroht worden sei, im Zustand direkter, minderer der Putativnotwehr befunden.

Der Gerichtshof hob das Urteil des Schwurgerichts auf und erkannte auf Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Angeklagte in Putativnotwehr (er hat sich die Gefahr eingebildet) gehandelt habe. Der Angriff der Jäger auf ihn sei rechtswidrig gewesen.

(Fortsetzung des rebellischen Teils nächste Seite.)

**Freitag
Sonabend** **2 BILLIGE TAGE!**

Damen-Mäntel in Donegal und Covercoat	10.75	Damen-Strümpfe engl. lang, schwarz . . . Paar	0.38	Tennisplanell 80 cm breit . . . Meter	1.10
Damen-Kleider in Wolle, bestickt	7.95	Damen-Strümpfe Baumwolle, schwarz u. farb. Paar	0.60	Blantuch für Berufsfrauen . . . Meter	0.85
Damen-Röcke in Stoffmischungen	3.95	Damen-Strümpfe , schwarz und farbig, prima Waffeln, Seidenstrick, Doppelfloße und Hochferse Paar	1.10	Blaudruck schwarz . . . Meter	1.20
Damen-Blusen in Wolle, bestickt, Kimo	2.95	Herren-Socken Baumw., gem., verstärkt, grau Paar	0.48	Sephir für Sportbekleidung Meter	0.95
Strickjacken reine Wolle, alle Farben	12.50	Damen-Hemden mit guter Wickelkappe, mit Knöpfen	1.95	Wischtücher gef. u. ged., rot bestickt 60x80	0.48
Schlupfhosen weiß, grau, Sommerstoff	0.95	Damen-Beinkleider geschlossen, mit breiter Gürtel	1.65	Dam.-Zierschürzen gute Meter, verschiedene Formen	1.85
Schlupfhosen grau, Winterstoff	2.25	Damen-Untertailen Baumw. mit Spitzen garniert	1.50	Hauschürzen gefärbt, extra weit	2.25
S.-Normalhosen	2.50			Wappschürzen gefärbte Muster	1.95

Herr.-Oberhemden in Perkal, mit Knöpfen	4.95	Batist-Taschentücher mit farbiger Bordüre	18	Bettvorleger mit Perse . . . Stück	2.95
Sporttragen weiß, Blau . . . Stück	30	Kinderhücher mit farbigen Rand	75	Wachstuch 100 cm breit . . . Meter	1.50
		Herrentücher mit farbigen Rand	28		

Porzellantassen schön decoriert . . . Paar	25	Rüchmesser feiner Stahl . . . Stück	18	Wandspiegel 20x35 mit weiß u. braun. Rahmen	95
Isolierflasche 1/2 Liter Inhalt	1.45	Springform 35 cm, Weizen	95	Sinkenimer 35 cm, Karze Ausführung	1.45

Reine Kernseife 23, 250-Gramm-Block
Seifenpulver m. Schatzel 1 Pfd. 30

R. WITKOWSKI

Breiteweg 61

Volks-Kultur!

Jetzt ist es Jedermann möglich eine geregelte Zahn- und Mundpflege auszuüben und seine Familie und Umgebung dem anzuhaken, denn die

Kaliklora

25 kostet trotz ungewöhnlicher Güte nur 40
1 halbe Tube . . . 25
1 ganze Tube . . . 40

Kaliklora-Zahnpflege ist nicht nur Pflicht, sondern auch Genuß!

Quelsser & Co. GmbH, Hamburg 49

Kämnitz
Künstlerspiele
Royal
Brettelweg 84,
Fernspr. 1477.

Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Lola Bach-
Ballett
mit Rita Gramont.
Kein Belegzwang.

Wächertüfel
Grabensteiner
fermat an
Karl Eisele, Spiegel-
Glas, 10
Frensch 6194.

Walter Grunows
Gasthaus
Braunehirschstr. 3
Fernsprecher Nr. 1801
Diverse Vereins-
Zimmer
40-120 Personen, festend.

Magdeburger Volkshaus
Freitag den 14. März, abends 8 Uhr,
im Wüheltheater
Die Rüdtehr des Niemand
Schauspiel von E. F. Schmitt
Karten 1. Rangl. u. Nichtmitgl. v. 2.50 b. 1.70
b. Heinrichsches Volkstheater, Abendkasse.

Mehlbude

Kaffee
Mehl • Mühlenfabrikate
Futtermittel
für Buckau nur noch
Martinstraße 11.
Fernruf 7162 und 6158.

Zigarren u. Tabake

Borkenland	Stück	8
Planzer Garbarbeit	Stück	10
Probes Hausmarke	Stück	12
Rein Hebersee, aromatisch.		
50-Gr.-Patet Sabat	Stück	20
50-Gr.-Patet Rondo	Stück	40
50-Gr.-Patet Rondo	Stück	50
100-Gr.-Patet Rondo	Stück	70

Reinhold Protze
:: Alter Markt. ::

ZENTRAL
7 1/2 Täglich 7 1/2
Sonntag 3 1/2 und 7 1/2
Der Vogelhändler
Am Freitag den
14. März:
Aufführung

Sie finden
billige Bücher
in unserm
Antiquariat.
Buchhandlung
Volksstimme



Die neuen
Ullstein-Alben

sind heraus! 2000 neue Modelle für
Frühjahr und Sommer. Großes
Preisauschreiben im Damenalbum
Ferner kaufen Sie bei uns stets die neuesten
Ausgaben der Hefte

- Die Dame
- Die Modenwelt
- Die Praktische
- Ullsteins Blatt der Hausfrau

H. Lublin



WANDA TREUMANN
Die scharmante Filmdiva
Ab Freitag
Persönliches Auftreten

in ihrem erfolgreichen Sketch
**Eine Nacht
gelebt im Paradies**
2 Bühnen- und 2 Filmteile.
Es wirkt ferner mit:

- Harry Gandy** (Berlin)
- Luzie Albes** (Berlin)
- Hans Ahrens** (Wien)

Sie werden sich köstlich amüsieren!
Ausserdem:

Der internationale Großfilm
Stadt in Sicht!
... die Sünde
kam zu ihnen!
Hauptrolle: **Edith Poska.**

Beginn:
Wochentags
1/5



Beginn:
Sonntags
1/3

Hühneraugen
groß und klein, beseitigt
KUKIROL allein
Herzlich empfohlen. Wirkstoff nach dem
Apotheken u. Drogerien erhältlich. Gegen
Schweiß, Gynorm u. Sandpapeln Ausstrichmittel.

Abends **7 1/2 Circus 7 1/2**

Der große, vollständig neue Varieté-Teil !!

Elliot, das Wunder menschlicher Kraft
 der brillante Humorist, mit neuem
 Repertoire
Seppi Lux, Schweizer Jodlerin
Anny Edelweiss,

Sondituo, humor. Gesangs- u. Tanzduett
Elvira u. Partner, klass. Produktion
 der einzig auf der Welt da-
 stehende Hand-Equilibrium
Artur Delbost,

Anschließend:
Die internationale Ringkampf-Konkurrenz

heute Freitag von 14. vier sensationelle Kämpfe
 Karsch (Oberschlesien) gegen Schwarz (München)
 Sirk (Finnland) gegen Petrowitsch (Rußland)

Schachschneider (Berlin) gegen Tornoff (Finnland)
 Außerdem: Großer Entscheidungskampf
 Köhler (Brandenburg) gegen Ackermann (Magdeburg)

Beginn des Varietéteils 8 Uhr. — Beginn der
 Ringkämpfe 9 1/2 Uhr. — Vorverkauf täglich im
 Circus vorm. 10—1 Uhr und nachm. ab 4 Uhr.

Es ist so weit!

Ab Freitag 4 Uhr nachmittags:
Das Wunder der Technik!
 Die größte Erfindung seit Bestehen der Kinematographie!
 Die 5jährige Arbeit dreier deutscher Ingenieure!
 Joseph Maffolle, Hans Vogt u. Dr. Jo Engl.

Der sprechende Film

1. Teil: Das Tri-Ergon-Film-Varieté
2. Teil: Ein Tag auf dem Bauernhof
3. Teil: Tri-Ergon-Kammertunft
4. Teil: Universal-Instrumental-Virtuose Keta
 der ungeheures Aufsehen erregt!

Wagloses Staunen, helle Bewunderung!
 Einstimmiges Lob in der ganzen Welt!

Die Presse schreibt:
 ... ohne irgendein Knarren und Gausen reproduziert der Apparat die Klangfarbe aller Instrumente und die charakteristischen Nuancen jeder Sprechstimme! — Deutsche wiesen und weisen Wege; wir verloren den größten Krieg aller menschlichen Geschichte und erdulden weitere Qualen ohne Maß, doch den Willen und das Schaffen des deutschen Geistes kann niemand zerstören: der sprechende Film ist davon ein neues Zeugnis! ... Es kam zu geradezu begeisterten Beifallsstürmungen und zu spontanen Ovationen, die man den antebenen Erfindern darbrachte!

Ferner gelangt zur Vorführung:

Im Verdacht des Brudermordes
 Die Tragödie des Herzogs von Sabova.

◆ Tägliche Vorführungszeiten: 4.00, 6.15 und 8.30 Uhr. ◆
 Sonntags ab 3 Uhr.

Nur die Nachmittags-Vorstellungen geben Gewähr für gute Plätze.

PL Panorama

Wir lassen nicht nach
 auch unser neues Programm ist
allerhöchste Klasse!!

Zaida
 Die Tragödie eines Modells.
Gertrude Welcker
 spielt das Modell des Mägers Will Bruce, der von
Alf Blücher
 glänzend verkörpert wird.
Olga von Belaieff
 ist die Darstellerin der Millionärs-Tochter, die aus Liebe zu dem Vater ebenfalls zu einer Modistin Modell steht
Ein Gitten- und Kriminalfilm
 der mit sensationeller Offenheit ein Künstlerleben beleuchtet. Reich an dramatischen Momenten, spannend vom ersten bis zum letzten Akt.

Dann zum Schluß
 wird gelacht über
Jimmy Aubrey
 als Beschüßer der Unschuld
 die beste amerikanische Grateste. — Ferner:
Rund um die Welt
 der neue John-Hagenbeck-Film.
 Vertärktes Orchester, keine erhöhten Preise.
 Beginn werktags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Extra-Angebote!

Freitag	Herren-Anzüge	moderne Form 25 30.50 34.00 37.50	23.50
Sonnabend	Sammi-Mäntel	gute Qualitäten . . .	21.00
Montag	Konfirmations-Anzüge	mit elb. u. farb. 25.50 30.00	19.50
	Bestreifte Herren-Hosen	moderne Stoffe . . .	6.50
	1 Paare Herren-Hosen	9.50 7.50	5.95

billige Preise!

Stoffe

Sechste Sie bitte sehen Sie!

J. Sorger

Satobstraße 3, Ecke Al. Marktstr.

Tonbild-Theater, Berliner Straße

Das Sensationsprogramm
Der geheimnisvolle Athlet Wanata, das Indermädchen
 Kraft, Humor, Spannung Der große Wildwest
 Beginn: Werktags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr

August Bebel
 der Mann und sein Werk
 von Franz Rißke
 in diesen Tagen ein Stück sozialistischer Geschichte und ein Abbild des Deutschland von 1869 bis 1911 gegeben.
 Halbesleben Preis 4.40 Mark.
 Buchhandlung Volkstimme

Städtische Theater
 Stadttheater
 Freitag den 14. März
 Kabale und Liebe
 Wilhelm-Theater.
 Freitag den 14. März
 Soiree f. d. Belle-Epoque
 Sondervorstellung!
 Die Rückkehr
 des Niemand

Unsere Verwaltungsräume
 befinden sich ab 17. März
 in der Marienkirche 10.
 Am 15. 3. wird das Bureau geschlossen.
 Galtwedel, den 11. März 1924
 Allgem. Ortskrankenkasse Galtwedel-Stadt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltung Magdeburg.
Bezirks-Versammlungen
 finden statt
 am Sonnabend den 15. März,
 abends 7 1/2 Uhr für Wittenberg im „Eich-
 hofen Garten“,
 abends 8 Uhr für Wittenberg in Stadt Prag
 Tagesordnung: 209

Ordentliche Generalversammlung
 am Sonntag den 16. März 1924, bräun-
 liche 9 Uhr, im Kriegerdenkmal, Leipzig, Str.
 Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht: a) des Geschäftsführers b) des Kassierers, c) der Rev.oren.
2. Wahl der Delegierten zur Bezirks-Versammlung.
3. Beratung etwaiger Entwürfe aus dem Bezirk und Deutsches.
4. Bericht von d. 16. Generalversammlung.

Zur Generalversammlung haben nur Mitglieder des Verbandes Zutritt. Sie müssen sich am Eingang des Cafes durch ihr Mitgliedsbuch, das in Ordnung sein muß, legitimieren. Sonst kein Zutritt. Der Besuch mittels fremder Mitgliedsbücher ist untersagt und zieht konstante Strafen nach sich.
 Die Verwaltung.

Radio
 ist jetzt das Tagesgespräch

Wollen auch Sie sich informieren, dann müssen Sie die neuesten Radio-Zeitschriften lesen.

Radio für Alle. Unabhängige Zeitschrift für Radiotechnik und Radiosport, monatlich 1 RM.

Der Radio-Amateur. Zeitschrift für Freunde der drahtlosen Telephonie und Tele. graphie, monatlich 0.45 RM.

Der deutsche Rundfunk. Rundschau und Programm für alle Funkliebhaber, monatlich 0.25 RM.

Radio-Funkl. Zeitschrift für Amateure und Fachleute, 0.30 RM.

Radio-Kurier. Zeitschrift für alle Radio-Interessierten, wöchentlich 0.20 RM.

Interessante Radio-Zeitung. Monatsheft 0.20 RM.

Zur gründlichen Information:
 Der preisliche Radiomater von Hans Gauthier und Dr. Fr. Fuchs 6.00 RM.
 Radio für Jedermann von Hans Stein. Eine erste Einführung für Anfänger. 1.75 RM.
 Praktisches Hilfsbuch für den Rundfunkteilnehmer. Heft 1. 1 RM.

Wie baue ich selbst
 Radio-Rück-Empfänger u. Detektor-Empfänger. 1.20 RM.
 Eine Station für drahtlose Telegraphie. 0.60 RM.
 Drahtlose Fernsteuerung eines Modellsbootes. 0.60 RM.

Aus der Lehrmeister-Wäckerl-Station der Bau einer Funktelegraphen-Station mit Abkürzung. RM. 0.25

Bestellen Sie sofort. Sie finden eine Fülle von Material.

Stündlich zu beziehen durch die Zeitschriften-Abteilung der Buchhandlung Volkstimme, Magdeburg, Gr. Marktstr. 3

Die sensationelle Überraschung
 Ab Freitag in den
Walhalla-Lichtspielen

Aus den Tagen
Buffalo Bills

Der größte Held Amerikas
12 Akte 12
 spannendsten Inhalts

Die letzte Teil: Knoppchen kauft Porzellan.
 Jugendliche haben Zutritt.

Spielzeit: Werktags 3 Uhr — Sonntags 5 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. März 1924.

Wohnungsnot und Wohnungszwangswirtschaft.

Es kann nicht mehr länger gezögert werden: die Wohnungsnot wächst von Tag zu Tag, gebaut wird so gut wie nichts.

Heute ist die Ansicht weit verbreitet, daß die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen nicht nur sich überlebt habe, sondern auch im Grunde die Schuld an der jetzigen Wohnungsnot trage.

Die Gründe der Wohnungsnot sind hinreichend bekannt: bei der zunehmenden Verknappung der Wohnungen war ohne Höchstmietensatzung Wohnungswucher zu befürchten und ist auch in anderen Ländern ohne Höchstmietensatzung und mit Wohnungsnot tatsächlich eingetreten.

Die Hauptursache gegen die Höchstmietensatzung ist nun der, daß die Niedrighaltung der Mieten jeden Anreiz zu privater Bautätigkeit beseitigt hat.

Die neue volkswirtschaftliche Dämmerung.

Der gegenwärtige Stand der deutschen Wohnungswirtschaft ist durch zweierlei gekennzeichnet, nämlich durch gegenüber dem Friedensstand stark erhöhte Baukosten einerseits und durch eine wesentliche verringerte Kaufkraft andererseits.

Man nimmt an, daß eine Wohnung von circa 80 Quadratmetern (etwa 3 Zimmer) jetzt für etwa 9000 Mark erstellt werden kann.

Der andere Zweig der Wohnungszwangswirtschaft, der in der Wohnungszwangswirtschaft vorberrschend ist, ist für jeden Kenner der Verhältnisse auf lange hinaus vollends unentbehrlich.

Am nächsten Tage besorgte er, was ihm für seine Frau und den letzten Weg in Balthasar zu tun blieb.

Der Schreiber sah auf, als Reulung hatte er ohnehin eine gewisse Art, zudem stand der Schmied so dicht bei ihm, als hätte er ihm beim Schreiben die Hand geführt.

„Habt Ihr Euch nicht verbrochen?“ fragte der Schreiber. „Nein,“ sagte der Schmied. Sein Blick stand genau auf die eine weiße Stelle im Register, wo der Name stehen mußte, als hätte er ihn da fest.

„Das — das kann ich doch nicht hinsehen,“ sagte der Schreiber und wurde rot. „Wußt ich es Euch noch einmal sagen!“ riefte Stephan. „Stimmen heissen, meine ich, hätten wir wählen können an der Gemeinde, einen Hinters.“

Er sagte das langsam, immer den Blick unerblickt auf dem Blatt, immer die Seiten gleich einem Freßwolf vorgewandt. Der erregte sich, daß der böse Name immerhin ein Name sei, daß er nicht selber zu tragen brauche und daß der Schmied als Vater das Recht hatte, seinen Namen zu nennen, wie ihn beliebte. So rief er das Wort an die kleine weiße Stelle, wo das Auge Stephens hockte.

Dermaßen bekam der Knabe der Maria den Namen Reinhold und Geck. Als er schwarz auf weiß in dem Buche stand, nickte Faust kurz, mürrisch, gleichgültig, so wie um zu sagen: „Recht steht es da! Das war sicher, daß es da stehen mußte!“

mangels denken mag, er ist doch da und unter keinen Umständen über Nacht — in einer oder zwei Bauperioden — auch nur einigermaßen zu beseitigen. Sollte man angesichts dieses überaus großen Wohnungsmangels die Zwangsregulierung der Wohnungsbereitstellung aufheben, so müßte das zu ganz unmöglichen Zuständen führen.

Was soll nun werden? Zur Neubehaltung der Bautätigkeit muß es unter allen Umständen kommen, und zwar bald. Es bleibt nur eine Möglichkeit. In irgendeiner Form müssen durch öffentliche Ausgaben Mittel aufgebracht werden.

Du bekämpfst die Reaktion am besten, wenn du deinen Mitarbeiter aus der politischen Gleichgültigkeit aufrüttelst. — Gewinne ihn als Abonnent der Volksstimme

etwa 8- bis 10 000 Haushaltungen in Magdeburg ohne eigene Wohnung, wobei die Fälle, in denen ein Haushalt von vielen Personen in Stube und Küche oder noch enger wohnt, unberücksichtigt geblieben sind.

Wohnungen der in Frage kommenden Größe haben im Frieden 6000 Mark gekostet. Da bei der Finanzierung der Bautätigkeit durch die öffentliche Hand, insbesondere bei völlig unergiebiger Vergabe der Gelder, die heute überaus hohen Zinsen für fremde Gelder erspart werden können, wird die Neuwohnung nur um so viel teurer, als die eigentlichen Baukosten heute höher sind.

Sollen diese Mittel aufgebracht werden, so ist, nach den bisherigen Erfahrungen mit der Wohnungsbauabgabe zu schließen, eine Abgabe von etwa 30 Prozent der Friedensmiete erforderlich.

Vergleichen wir nun die Ergebnisse bei Freigabe der Wirtschaft einerseits und bei Aufrechterhaltung einer hinreichend ergiebigen Wohnungsbauabgabe andererseits, so ergibt sich, daß das Bauprogramm von 900 Wohnungen jährlich auf dem Wege der Finanzierung durch eine Wohnungsbauabgabe (30 Prozent) die Bevölkerung nur ein Viertel des Betrags kostet.

Abgesehen davon ist das Experiment der Freigabe der Wohnungswirtschaft infolgedessen ein ganz ungewisses, als schlechterdings nicht vorausehbar ist, wie sich die gesamte Volkswirtschaft und die Lebenslage namentlich der mittleren und unteren Volksschichten gestalten wird, wenn wirklich für eine 3-Zimmer-Wohnung das Minimum von 1000 Mark Miete gezahlt werden soll.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Ein in dieser Richtung liegende Bewegung ist auch die des Verbandes für deutsche Frauenkleidung und Frauentätigkeit. Am Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe Magdeburg im Bürgercafé des Rathauses eine Kleiderchau, in der Erzeugnisse der Münchener Verbandswerkstätten gezeigt wurden.

Künftig, immer die Spuren seiner Arbeit an sich tragend, ging Stephan Faust weiter, so daß der Fremde, der ihn zum erstenmal sah, nachher den Eindruck hatte, mitten am Tag ein Stück Zimernis gesehen zu haben.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

lassen die Erfahrungen der Vorkriegszeit befürchten, daß das Wohnbedürfnis der minderbemittelten Schichten bei ausschließlicher privater Bautätigkeit benachteiligt wird.

Diese Ausführungen haben nicht den Zweck, einen unmittelbaren oder vermittelnden Vorschlag zu machen. Die dazu erforderlichen Berechnungen würden im Rahmen eines Zeitungsartikels nicht ange stellt werden können.

Der Mensch braucht Kleider nicht nur als Schutz gegen die Unbill der Witterung, sondern auch — und das ist besonders beim weiblichen Menschen bemerkenswert — zum Schmücken, zur Betonung des Besonderen, Persönlichen, oder um Besonderes und Persönliches vorzutauschen.

Die Freiheit vor dem Kleiderzwang, die das Bürgertum geschaffen hat, wurde sofort durch eine neue Unfreiheit aus der Welt geschafft, und das war die Mode. Die Mode entsprang dem Bedürfnis der Reichen, durch häufigen Kleiderwechsel, durch immer wieder neue Formen sich als Reicher zeigen zu können.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Stephan der Schmied.

Eine Erzählung von Ernst Zahn.

(4. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Am nächsten Tage besorgte er, was ihm für seine Frau und den letzten Weg in Balthasar zu tun blieb.

Der Schreiber sah auf, als Reulung hatte er ohnehin eine gewisse Art, zudem stand der Schmied so dicht bei ihm, als hätte er ihm beim Schreiben die Hand geführt.

„Habt Ihr Euch nicht verbrochen?“ fragte der Schreiber. „Nein,“ sagte der Schmied. Sein Blick stand genau auf die eine weiße Stelle im Register, wo der Name stehen mußte, als hätte er ihn da fest.

„Das — das kann ich doch nicht hinsehen,“ sagte der Schreiber und wurde rot. „Wußt ich es Euch noch einmal sagen!“ riefte Stephan. „Stimmen heissen, meine ich, hätten wir wählen können an der Gemeinde, einen Hinters.“

Er sagte das langsam, immer den Blick unerblickt auf dem Blatt, immer die Seiten gleich einem Freßwolf vorgewandt. Der erregte sich, daß der böse Name immerhin ein Name sei, daß er nicht selber zu tragen brauche und daß der Schmied als Vater das Recht hatte, seinen Namen zu nennen, wie ihn beliebte. So rief er das Wort an die kleine weiße Stelle, wo das Auge Stephens hockte.

Dermaßen bekam der Knabe der Maria den Namen Reinhold und Geck. Als er schwarz auf weiß in dem Buche stand, nickte Faust kurz, mürrisch, gleichgültig, so wie um zu sagen: „Recht steht es da! Das war sicher, daß es da stehen mußte!“

Als der Schreiber weiter eintrug: ehelicher Sohn des Stephan Faust und der Maria gebornen Leht, lachte er auf, aber er machte keinen Einwand.

Nachdem dieses Geschäft erledigt war, blieb für Faust nur noch das beim Pfarrherrn abzurufen. Der Geistliche war ein alter, beiseits und Allogonatisch gewordener Mensch.

Der Schmied war mit dem Kopfe durch zwei Wände gerannt. Daheim in der Dachkammer der Katharina lag das Kind, dem sie an diesem Tage ein Schandmal auf die Stirn gedrückt hatten, und schliet, und es ging ihm gut; denn die Nagd veränd das Pflegen.

In den Tagen, die nun folgten, wurde die Maria von der Schmiede fort und auf den Balthasar Kirchhof getragen. Es gab den Balthasariern allerlei zu reden. Darauf wurde laut, was der Ruf der Maria für einen Namen haben sollte, und die mühsigen Käufer wollten neue Arbeit.

Über auch das ging alles vorüber. Der Schmied ging seiner Arbeit nach, mürrisch, eigenmütig und allein, wie er eigentlich lange seines Lebens ein einsamer Mensch gewesen war.

Der Schmied war mit dem Kopfe durch zwei Wände gerannt. Daheim in der Dachkammer der Katharina lag das Kind, dem sie an diesem Tage ein Schandmal auf die Stirn gedrückt hatten, und schliet, und es ging ihm gut; denn die Nagd veränd das Pflegen.

Über auch das ging alles vorüber. Der Schmied ging seiner Arbeit nach, mürrisch, eigenmütig und allein, wie er eigentlich lange seines Lebens ein einsamer Mensch gewesen war.

Der Schmied war mit dem Kopfe durch zwei Wände gerannt. Daheim in der Dachkammer der Katharina lag das Kind, dem sie an diesem Tage ein Schandmal auf die Stirn gedrückt hatten, und schliet, und es ging ihm gut; denn die Nagd veränd das Pflegen.

Modasan

Künftig, immer die Spuren seiner Arbeit an sich tragend, ging Stephan Faust weiter, so daß der Fremde, der ihn zum erstenmal sah, nachher den Eindruck hatte, mitten am Tag ein Stück Zimernis gesehen zu haben.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Manigfaltig wandelte sich der Geschmack der breiten Volksschichten. Ihr Selbstbewußtsein wuchs. Die Mode, die im Anfang nur von den Launen einiger reicher Leute ausging, die aber inzwischen für große Industriezweige eine Lebensfrage bedeutete und auf die auch diese Industrien sich Einfluß zu verschaffen suchten, heute macht die Industrie die Mode, nicht mehr irgendwelche reichen Leute.

Kreis Wangleben.

Funktionär-Konferenz in Oßersleben.

Ueberaus zahlreich waren die Funktionäre der Kreise Wangleben und Oßersleben dem Rufe ihrer Parteileitung gefolgt. Das Tagungstotal erwies sich als viel zu klein. Die Leitung übernahm Genosse Julius Koch. Genosse Schumacher führte in seinem Referat aus, daß die Partei nicht nach einer neuen Wahlpole zu suchen brauche, ihr Kampf um die Erhaltung der Republik und die Rechte der Arbeitenden und Schaffenden ist Parole genug. Von jeglicher Propaganda halte sich die Partei frei. Der Organisationsapparat laufe wieder wie früher, alles arbeite für die Partei. Die Flugblattverbreitung hat, richtig vorgenommen, gute Erfolge gebracht. Einige Orte werden weiterverfolgt, um erfolgreicheren Orten gleichziehen zu können. Schwache Ortsvereine müssen im Wahlkampf von stärkeren Ortsvereinen in der Wahlarbeit unterstützt werden. Die Wahlwerbungsaktionen werden nur vom Sekretariat geleitet. Ausnahmeweise können aus ganz dringenden örtlichen Gründen besondere Versammlungen, jedoch auch nur im Einverständnis mit dem Sekretariat, eingeschoben werden. Das Parteisekretariat ist jetzt durch 1268 (Magdeburg) telefonisch zu erreichen. Der Sekretär erteilt auch im Bureau, Große Mühlstraße 3, Auskunft. Mit den Gewerkschaften, Arbeiterturn- und Sportvereinen muß eine dauernde gute Verbindung aufrechterhalten werden. Ganz besonders betonte er, daß unsere Parteigenossen mehr Aktivität in unseren Versammlungen aufbringen müssen. Die Gegner müssen so behandelt werden, wie sie es wollen. Die freie Redezeit darf nicht mißbraucht werden. Die Jungsozialisten finden ein gutes Betätigungsfeld in der Wahlarbeit. Auch zu sonstigen Parteiarbeiten, wie Kaffierung usw., dürften sie geeignet sein. Den jungen, von uns abseits stehenden Wählern muß gesagt werden, daß es nur die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands ist, die ihre Interessen vertritt. Sie haben vor allem die Pflicht, mit dem ihnen von der Partei erkämpften Wahlrecht die Partei zu unterstützen.

Bei der Aufstellung der Listen zu den Stadtordegnen- und Gemeindevertreterwahlen kann und darf nur die Befähigung Ausschlag geben. Kleinliche Kritik fördert die schwereren Aufgaben nicht. Dem geschlossenen Vorkriegsrum wird die geschlossene Sozialdemokratie sich entgegenwerfen.

Genosse Fabian (Magdeburg) gab die Zahlen der „Volkstimme“-Wähler in den einzelnen Orten bekannt. Für die Parteipresse muß tüchtig geworben werden, da die Leser der Arbeiterpresse auch sozialistisch wählen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zu Einkürzungen in der Leserschaft führten, sind einigermaßen behoben. Der „General-Anzeiger“ ist ebenso teuer wie die „Volkstimme“; dieses Argument hat also keine Berechtigung mehr.

Genosse Silberbach: Die kommende Wahlzeit ist für die Partei nicht ungünstig. Jeder Einzige, der die Zusammenhänge im Reich und in der Welt nur einigermaßen zu erkennen sich Mühe gibt, muß zugeben, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Partei ihr Möglichstes getan hat, um die Not der arbeitenden Klasse zu lindern. Die Verbesserungsvorschläge zur dritten Steuernotverordnung beweisen es erneut.

Der Wahlkampf entscheidet die künftige Staatsform. Nichts ist falscher, als den Sozialdemokraten nachzusagen, sie seien Vaterlandslos. Das oft gebräuchte Schlagwort ist nicht weiter als eine große Phrase. Der Kampf gegen die Staatsform und Staatseinkürzung ist geführt worden, weil der frühere Staat gewissermaßen absolutistisch war. Heute gilt es, den neuen Staat zu verteidigen und zu kämpfen für sein Bestehen und seinen Ausbau. Weiterentwickeln, nicht zerstören, das sei die Lösung! Obwohl Deutschland gebunden ist und beeinflusst wird in seinem Handeln durch den Friedensvertrag, hat sich eine günstigere Beurteilung des Deutschen in anderen Ländern, wie in England z. B., eingestellt, weil sich die Erfüllungspolitik, die von der Sozialdemokratie gefordert wird, bewährt hat. Die Lasten des Vertrags und der Missetat der Ruhrbesetzung wirken sich in Frankreich und Belgien langsam aus.

Daß die Keinen Grundbesitzer, Hauswirte sowie die Mieter und Beamten nicht von der Partei geschickt wurden, brauche im Wahlkampf keine unangeordnete Rolle zu spielen. Der Wahlkampf selbst müsse stets nach rechts geführt werden; nach links, wenn es nötig wird. Die Agitation soll jedoch stets sachlich sein. Mit dem Appell, frisch und tatkräftig in den Kampf um die Republik einzutreten, schloß Redner sein mit großem Beifall aufgenommenes Referat.

In der Debatte sprachen die Genossen Knoch, Geißler, Katsch, welcher besonders auf die Not der Sozialrentner hinwies, Schaban, Dankert, Ringel, Flanme, Lagerstein und Schröder, deren Ausführungen dem Referenten allgemein zustimmten. Genosse Koch betonte noch, daß bei der gesetzlichen Regelung der Gemeinde- und Bezirksbezirke stets auf die Interessen der breiten Masse Rücksicht genommen wird.

Die meisten Teilnehmer hatten wegen der Zugverbindung die Konferenz bereits verlassen müssen, als der Geschäftsführer des Reichsbanners Schwarzgold, Rechtsanwalt Genosse Bärensprung, Magdeburg, kurz über die Aufgaben und Zwecke der Organisation sprechen konnte. Agitationsmaterial, Abzeichen und Broschüren sind von den Klauen, im Bezirk Magdeburg durch das Bezirkssekretariat zu beziehen!

Groß- und Klein-Otterleben. Verschieden wird die für Freitag angekündigte Frauenversammlung auf Dienstag den 18. März. Frau Völscher (Magdeburg) spricht über: Was den Frauen not tut?

Langenweddingen. Am Montagabend hatte die Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes eine Versammlung einberufen. Tagesordnung: Kommunalwahlen. Außer dem Vorsitzenden, dem Gemeindevertreter W. Schröder, war noch ein Lehrer erschienen. Das ist wohl der beste Beweis, daß sich die Beamten nicht vor den Wagen des Bürgerblocks spannen lassen wollen.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg. In der Versammlung des Mietervereins gab Genosse Müngner den Bericht von der Mietertagung in Berlin. Die für den in Aussicht genommenen Volkstentative eingeschobenen Schritte wurden kundgegeben, desgleichen die Stellungnahme des Bundes zu den verschiedensten Fragen in Mietsangelegenheiten. Im Bericht über die Organisationsfragen wurde mitgeteilt, daß die Provinzialverbände ihre Tätigkeit jetzt wieder aufgenommen haben. Mitglied Kreiskler gab den Bericht von der Mieterzeitungs-Kommission. Vom Vorsitzenden wird nochmals darauf hingewiesen, daß in den jetzigen Mietsen alle Abgaben inbegriffen sind, mit Ausnahme der Schönheitsreparaturen. Mitglied Rau gab den Bericht von der Provinzialtagung in Magdeburg. Die Verhandlungen deckten sich im allgemeinen mit der Tagung in Berlin. Eine Elternversammlung für die Krabben-Volksschule und die 3. Bürgerstraße wird am Donnerstag dieser Woche, abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle“ sein, zu der auch alle andern eingeladen sind, die sich für Schulfragen interessieren. Besonders zu Eltern, wo viele Eltern ihre Kinder zur Schule bringen, wo aber auch viele Väter und Mütter vor der brennenden Frage stehen: Was soll unser Junge, unser Mädchen werden? ist es Zeit zu einer Aussprache. Die Elternschaft unserer Stadt hat sich in letzterem Eumüdigkeit stets schüßend vor die Schule gestellt, energisch mitgearbeitet am Ausbau unserer Schulwesens, und wird auch weiterhin ihre Pflicht tun. Der Elternarbeit kann aber nur etwas erreichen, wenn er Ansichten und Wünsche der Eltern kennt. Nicht Dank, aber Verständnis. Niemand wird fordern, daß die Kommunalbeamten und die Lehrerschaft sich aus Dankbarkeit entschließen, bei den besorgenden Vätern der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Aber es darf daran erinnert werden, daß der gerade denkende und empfindende Teil unter ihnen sich

vor Augen hält und vergleicht, wie es über dem Kriege war und wie man jetzt trotz der Unkunst der Verhältnisse allen berechtigten Wünschen der Bevölkerung und der Beamtenschaft entgegenkam. Bei objektiver Würdigung der Zeitumstände und des Erreichten wird sich mancher fragen müssen, daß man die gemeinschaftliche Liste aller Bürgerlichen — der Monarchisten und der bürgerlichen Republikaner — nicht unterliegen darf. Gleich nach dem Rathenaufmarsch hörte man von den bürgerlichen Kreisen so oft das Wort: „Niemand wieder mit Deutschnationalen zusammen.“ Aber schwache Politiker vergessen zu gern und sind glücklich, wenn sie Rom in Arm mit den schwarzen Bundesgenossen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gehen dürfen. Nach ist es für die Beamtenschaft Zeit, die Lockungen des Bürgerblocks zu prüfen, damit sie später nicht mit Recht sich selber jagen müssen: Nur die allergrößten Kläber wählen ihre Meßger selber!

Kreis Neuhaldensleben-Wolmirstedt.

Neuhaldensleben. Zur Flugblattverbreitung trafen sich alle Funktionäre und arbeitslustigen Genossen am Donnerstag den 13. März, nachmittags 6 Uhr, beim Genossen Goldig. — Die Parteiversammlung findet am Freitag den 15. März, abends 8 Uhr, bei Herzog statt. Auf der Tagesordnung steht nächst der Vorstandswahl ein Referat über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Vorher findet um 6 Uhr im gleichen Lokal eine wichtige Funktionärsversammlung statt, bei der kein Funktionär fehlen darf. — Arbeiterjugend. Donnerstag den 13. März Zusammenkunft bei Herzog.

Wolmirstedt. Ueber Arbeitsrecht und Schlichtungsweisen spricht am Mittwoch den 12. d. M. abends Gewerkschaftsbeamter Koch (Magdeburg) in „Stadt Prag“ im Auftrag des hiesigen Gewerkschaftsrates. Sämtliche freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind zu diesem Vortrag dringend geladen. — Die Kommunisten hielten eine Mitgliederversammlung ab. Von den 23 Anwesenden waren sechs Gäste. Der Referent, der wie üblich sichtlich auf unsere Partei schimpfte, fand kein Wort der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft. Offenlich begreifen auch die Anhänger der K. P. D. recht bald, daß man durch Bekämpfung der Arbeitskräftler den Klassenkampfgedanken und den Sozialismus nicht fördert. — Die nächste Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Dienstag den 18. März statt. Unser anderem Versammlungstag vom Bezirksparteitag und Besprechung der Stadtordegnenwahlen.

Kreis Kalbe.

Löbberburg. Genossin Arning spricht am Freitag den 14. März 1/2 Uhr bei Jek. Vasse keiner von den Löbberburger und Altensleber Wählern sich abhalten, weil einmal auswärtige Störenfriede vernichten, Aufrieden in die hiesige Arbeiterchaft zu säen, zu kommen. Nun erst recht!

Schönebeck. Einen anregenden Verlauf nahm die Versammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter. Gauleiter Zoffi schilderte das Vorgehen der Unternehmer, die versuchen, die schlechte wirtschaftliche Lage auszunutzen, um Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen. Rücksichtslos soll die Arbeiterchaft ausbeutet werden. Alle Kraft muß daraufgelegt werden, um das Bestehende zu halten und zu gegebener Zeit das Verlorene wiederzuholen. In der Aussprache wurde scharf Kritik an dem Vorgehen der hiesigen Arbeitgeber geübt; unter dem sozialen Mantelchen ist rücksichtslos Unternehmertum verdeckt. Veruche des Stahlwerks und sonstiger Hüttenbetriebe, Breche in die Einheitsfront der organisierten Arbeiter zu schlagen, haben keinen Erfolg. Daran wird auch die neugegründete nationale Zeitung nichts ändern. Trotzdem dem Marxismus, gemeint sind die Arbeiterorganisationen, alle Wochen dreimal der Tod angesetzt wird, wächst der Gedanke der Zusammengehörigkeit der Schaffenden stetig. Im zweiten Punkte der Tagesordnung wurden die Beschlüsse des Verbandes einstimmig angenommen. Aus dem Bericht über die finanzielle Lage ging hervor, daß große Leistungen für die Erwerblosen vollbracht wurden und daß manche Notlage gelindert wurde. Der Mitgliederbestand ist im Steigen begriffen, alle Bestrebungen müssen dahingehen, einen Wall gegen die Unternehmervöllerei zu errichten. Mit einem Hinweis, das Gedächtnis zu beherrigen, wurde die Versammlung geschlossen.

Schönebeck. Die freiwillige Vereinigung und der Frauenverein veranstalteten Freitag den 14. März, abends 8 Uhr, in der „Tonhalle“ einen Elternabend, verbunden mit Ausstellung von Handarbeiten, die von Kindern angefertigt sind. Der etwaige Ueberflus findet Verwendung für bedürftige Konsumwaren. Der Erlös wird den verlaufenen und verlorenen Sachen kommt ohne Abzug zur erwähnten Verwendung. Unterflosser verkaufen Karten zu 50 Pfennig, sie sind auch an der Kasse zu haben.

Schönebeck. Die bürgerlichen Parteien entsalten zu der bevorstehenden Stadtordegnenwahl eine rührige Agitation. Selbst die Deutschnationalen wollen die unzureichenden Arbeiter sammeln. Zu diesem Zweck ist die Gründung eines nationalen Arbeiterbundes vorgenommen unter Leitung des früheren Landarbeitersekretärs Dörmals. Für uns muß diese Spekulation der Deutschnationalen ein Warnposten sein, die Launen auszuwärteln, damit der Erfolg bei der kommenden Wahl sicher ist. Wir haben des öftern darauf hingewiesen, daß die Parteigenossen mehr aktiv tätig sein müssen, leider hat unsere Warnung nicht immer die notwendige Beachtung gefunden. Dies muß schneellstens nachgeholt werden. Zu diesem Zweck findet am Donnerstag den 13. März, abends 8 Uhr, im „Stadtspark“ (H. Saal) eine wichtige Funktionärsversammlung statt, bei der die Agitation sowie der Aufstellung der Liste zur Stadtordegnenwahl beizufügen wird. Die Parteigenossen und -genossinnen, soweit sie gewillt sind mitzuarbeiten, werden ersucht, in der Sitzung zu erscheinen. — Nach langer Zeit hatte die Parteileitung am Montagabend eine Frauenversammlung einberufen, in welcher die Genossin Arning über die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frau in der Politik referierte. Die Ausführungen zeigten, wie die Mitwirkung der Genossinnen in der Wohlfahrtsarbeit für die Partei von Nutzen sein kann. Mit großem Interesse beteiligten sich einige Genossinnen und Genossen an der Aussprache, die dahin auslief, auch in Schönebeck und Umgegend mit neuem Eifer die Frauenbewegung der Partei zu fördern. Eine Stammtisch, bestehend aus sechs Genossen, wurde gewählt, welche die notwendigen Vorarbeiten einleiten soll, damit in kurzer Zeit eine neue Frauenversammlung stattfinden kann.

Stahfurt. Sämtliche Parteigenossen und Genossinnen treffen sich Freitag abend 7 Uhr am Aschenberg zum Abmarsch.

Stadtkreis Wöhrleben.

Wöhrleben. Stadtrat Schnelle hat die aus seinem Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei sich ergebenden Folgerungen immer noch nicht gezogen und sein Amt als Stadtrat noch nicht niedergelegt. Schnelle sucht sich in privaten Gesprächen damit zu entschuldigen, daß er „gar keine Verpflichtungen“ der Sozialdemokratie gegenüber habe. Allerdings besitzen seine hiesigen Wähler keine mit Herzblut unterzeichnete Erklärung Schnelles. Eine solche ist unter anständigen Leuten nicht üblich. Jedenfalls müßten die hiesigen Parteigenossen nicht, daß sie bei Schnelle nötig ist. Wie wäre die sozialdemokratische Fraktion der hiesigen Stadtordegnenversammlung wohl auf Schnelle aufmerksam geworden, wenn er sich nicht als Parteigenosse vorgestellt hätte? Ausgerechnet auf Herrn Schnelle aus Wöhrleben, der dort nur als Rechnungsdirektor ein Dasein als einfacher „mittlerer Beamter“ führte, also eines der Beamten. Aber die er sich jetzt sehr erhaben fühlt. In einem Schreiben vom 7. September 1921 (also unmittelbar nach Ausschreiben der hiesigen offenen Stadtratsstelle) teilte Schnelle einem hiesigen bekannten Genossen mit, daß mit gleicher Post ein Bewerbungsgesuch an den Stadtordegnenvorsteher abgegangen ist. Es heißt dann weiter in dem Brief:

„In der Partei stehe ich hier mit an führender Stelle. Ich wurde als Provinzial-Landtags- und auch als Reichstagsabgeordneter aufgestellt und auch gewählt. Meine Zeilen ... sollen nur auf mein Gefühl aufmerksam machen. Dantbar wäre ich aber doch, wenn Sie Ihren Einfluß geltend machen würden.“

Wenn diese Worte noch keine moralischen Verpflichtungen enthalten, so möchten wir wissen, wie diese sonst aussehen soll. Den

Dank! hat jetzt Schnelle mit dem Austritt aus der Partei erhalten. Am Wahlverfahren um Schnelle hatten die Wählerlichen, die dessen Wahl beständig bekämpften, auch die bestmögliche Schnelle angesetzt. Davon hatte dieser aus den Zeitungen Kenntnis erhalten. In einem Schreiben vom 28. Dezember 1921 sagt hierzu Schnelle:

„Wir müssen nicht wissen, welchen juchendbaren Klang das Wort Sozialist in jenen Kreisen hat, um beurteilen zu können, welche ungeheure Gefahr das Bürgerium in der Sozialisierung der Verwaltung erblickt. Der Verwaltungsapparat ist ihre letzte Stütze. Die laute Kritik der Bürgerlichen ist mir nicht Grund genug, mein Gesicht zurückziehen, im Gegenteil, Genosse ... bedarf einer scharfen Stütze, um den vereintbaren Kräften der Gegner standhalten zu können. Ich bitte die S. P. D. Fraktion, in ihrem Vertrauen zu mir nicht zu erlahmen.“

Inzwischen ist nun die „Partei Stütze“ umgefallen. In einem Schreiben vom 23. Februar 1922 finden sich ähnliche Sätze. Es könnten also die Proben noch beliebig vermehrt werden. Schnelle dürfte auch gerade jetzt anlässlich der Wahl eines Rektors für die Johannischule sehen, wie schwer es ist, einen Sozialdemokraten zu wählen. Schnelle muß nach allem kein Empfinden haben, wenn er die Enttäuschung und Empörung seiner hiesigen Wähler nicht versteht. Nur eine Tat hätte ihn rehabilitieren können: die sofortige Niederlegung seines in der geschilderten Weise erworbenen Stadtratspostens.

Wöhrleben bei Wöhrleben. In einer Volksversammlung hier nächsten Freitag abend 8 Uhr spricht Genosse Kreis aus Wöhrleben über die bevorstehenden Gemeindevahlen.

Altmark.

Stendal. Stadtordegnen-Sitzung. Das Sprachrohr der bürgerlichen Fraktion, die hiesige „Tageszeitung“, schreibt fast in jedem Schulungsbericht über die Agitationsreden und die langen Reden der Sozia. Wenn man aber von solchen Reden wirklich schreiben kann, dann von der Sitzung am Montag, gehalten von Bürgerlichen. Diese Reden der Herren dürften aber eine merkwürdige Beinträchtigung erfahren haben durch die Attacke, die der Stahhelm-Borjende, Stadtordegneter Kohde, ritt gegen die Stadtaufsicht städtischer Beamter gegenüber dem Personalabbau im Staate. Der Herr sprach auch von dem rigorosen Vorgehen des Staates beim Personalabbau. Sollte dem Herrn Kohde als Beamter in der Eisenbahnhauptverwaltung nicht bekannt geworden sein, daß aber auch Verwaltungsstellen brutal im Abbau machen? Daß Herr Kohde so ganz im Stahhelmton gegen die Stadtaufsicht städtischer Beamter weitere, ohne bei seinen Fraktionsgenossen Widerspruch zu finden, werden sich hoffentlich die Beamten merken, wenn die bürgerliche Fraktion bei der kommenden Wahl wieder in Beamtentreuelichkeit macht. Bei der Besetzung der Friedhofgebühren zeigte das Bürgerium wieder mal seine Zügellosigkeit. In der vorletzten Sitzung stimmten sie dem Antrag unserer Fraktion zu auf Zurückverweisung an die Kommission, und obwohl nach mehreren Wochen an der Vorlage nichts geändert, stimmten sie ihr nun zu. Unsere Fraktion lehnte die Vorlage ab, nachdem die nochmalige Abweisung beantragt, aber abgelehnt war, und zwar besonders wegen der unerträglich hohen Beerdigungsgebühr in der dritten Klasse, 25 Mark und Kosten für die Grabstätte. Der Dezentrum Junger Stauhe, mußte sich dabei von unsern Genossen Liebau einige bittere Wahrheiten sagen lassen, die merklich gewirkt haben. Ein Einzelhaushaltsplan wurde angenommen. Beim Fortschritt wurde von allen Seiten scharf die niedrige Jagdpacht kritisiert und vor der Entlassung eine Neuverteilung der Jagdpacht verlangt. Auf Antrag der Bürgerlichen wurde durch Beschluß dem Magistrat anheimgegeben, die 3. Klasse vom Hygiene eingezogen zu lassen, weil sie sich erübrige. Unter den vier neugewählten Armenpflegern befinden sich unsere Genossen Nippe und Bähls. Die Zuschläge zur Grundbesitzsteuer und Gewerbesteuer sollen für März in bisheriger Höhe eingezogen werden. Auf Antrag wurden zum Ausbau einer privaten Badegelegenheit dem Trichtermeier Schulz 500 Mark und ein gebrauchtes Ofen bewilligt. Genosse Müller erinnerte daran, daß im vorigen Jahre der Magistrat und die bürgerliche Fraktion kein Verständnis gezeigt haben für die Anregungen unserer Fraktion, das Viktoriaabend von Stadt wegen mit zu unterstützen, damit es erhalten blieb. Eine Deinglichkeitsvorlage über die Gewerbesteuer für Jüliolen wurde durch die bürgerliche Stimmenmehrheit abgelehnt. Der bürgerliche Kaufmann glaubt, daß die Fälligkeit nicht genügend Steuern zahlen ihm gegenüber. Unser Trachters Kleinlicher Krämergeist. Genosse Luber veranlaßte durch eine Anfrage den Magistrat zur Kaufung über schlechte Straßenverhältnisse in Wöhr, es wurde Mithilfe in Aussicht gestellt. Auf eine Anfrage des Genossen Müller wegen Ausfalls eines Postzuges Berlin-Stendal an Sonntagen versprach der Magistrat, mit den Eisenbahnhelfern in Verbindung zu treten. Eine Anfrage des bürgerlichen Stadtordegneten Kohde, wie es sein Wöhr, daß städtische Beamte in höhere Stellen aufstücken, wozugegen Staatsbeamte abgebaut würden, beantwortete der Oberbürgermeister so, wie sie es verdient. Herr Kohde ist auch Beamter, der die wöhrerwählten Beamtenrechte für sich in Anspruch nimmt. Den städtischen Beamten gönnt er die wöhrerwählte Stellenaufstellungsmöglichkeit nicht. An die öffentliche schloß sich eine geheime Sitzung an.

Stendal. Die Partei und die bevorstehenden Wahlen. Hierüber sprach in der Parteiversammlung am Montag abend bei Peter Genosse Otten. Da voraussichtlich bei der Reichstagswahl das Ermächtigungsgesetz gegen unsere Partei ausgespielt werden dürfte, konzentrierte Redner seine Ausführungen auf das Gesetz und unsere Stellung dazu. Auch schilderte Redner die verfassungsmäßigen Möglichkeiten für die Regierung, ohne Parlament und ohne Ermächtigungsgesetz zu handeln. Genosse Müller besprach dann die bürgerliche Organisation unserer Wahlarbeit und ermahnte vor allem, für einen größeren Bekretis unserer Parteipresse und für Gewinnung neuer Parteimitglieder zu wirken.

Kleine Chronik.

Aus Eifersucht die eigne Tochter getötet. Ein graufiges Verbrechen wurde in dem Hause Memeler Straße 78 in Berlin verübt. Hier wohnt im Erdgeschoß des Vorderhauses der Arbeiter Richard Springer mit seiner Frau, seiner 25 Jahre alten Tochter Else und zwei Söhnen. Springer wurde im November 1923 aus dem Zuchthaus entlassen, wo er wegen Vergehens an seiner eigne Tochter 1 1/2 Jahre verhaftet hatte. Seine Frau beobachtete aber, daß er trotz dieser Strafe der Tochter von neuem nachstellte, und traf deshalb besondere Vorsichtsmaßregeln. Sie verließ möglichst selten die Wohnung, um die Tochter nicht allein zu lassen, und schlief mit ihr in dem einen Zimmer der Wohnung, während der Mann das zweite mit seinen Söhnen teilte. Am Montag abend blieb nun Springer sehr lange im Schlafzimmer der Frauen und begab sich nur widerwillig zu seinen Söhnen. Frühmorgens mußte aber Frau Springer ihren Söhnen das Frühstück bereiten, und diese Gelegenheit benutzte ihr Ehemann, um wieder in das Schlafzimmer seiner Tochter zu gelangen. Hier ergriff der Wüstling ein Beil und schlug blindlings auf den Kopf seiner schlafenden Tochter ein. Die Heberfallene konnte nicht einmal mehr um Hilfe rufen. Das Geräusch lockte die Mutter herbei, sie sah aber nur noch, daß Springer das Beil wegwarf und entflo. Frau Springer holte sofort die Polizei, und man brachte das Mädchen, das noch Lebenszeichen von sich gab, nach dem Krankenhaus. Hier starb die Schwerverletzte bald nach der Aufnahme; die Verletzte hatten den Kopf zertrümmert. Springer war aber nicht mehr zu finden. Am Abend stellte er sich selbst der Polizei in Treptow. Er gibt die Tat zu und will sie aus Eifersucht verübt haben, da seine Tochter zu einem andern Manne Beziehungen unterhalten habe. Der Beweggrund ist aber ausschließlich der, daß seine erneuten Nachstellungen erfolglos geblieben waren.

(Fortsetzung des reaktionellen Teils nächste Seite.)

Gartenbau-Vortrag mit Lichtbildern in der „Reichshalle“ abends 8 Uhr, Donnerstag den 13. März: Anlage und Pflege des Kleingartens.

Gärtner-Arbeiten aller Art H. O. Lübeck, Hasselbachstr. 3.

